

Agenda-Büro



Arbeitsmaterialie 40:

Kirchen und Lokale Agenda 21 *- Der Beitrag von Kirchengemeinden für* *eine nachhaltige Entwicklung*



Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg

Postfach 210 752 - 76157 Karlsruhe - Telefon: 0721/983-1406 - Fax: 0721/983-1414

E-Mail: agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de - Internet: <http://www.lfu.baden-wuerttemberg.de>

Impressum

- Herausgeber:** Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU)
76157 Karlsruhe, Postfach 21 07 52
www.lfu.baden-wuerttemberg.de
- Bearbeitung:** Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg (LfU)
Hans Diefenbacher, FEST Heidelberg
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V.
- Institut für interdisziplinäre Forschung -
Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg
Tel. 06221/91 22 0, Fax: 06221/16 72 57
E-Mail: hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de
- Redaktion:** Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg
Referat 21, Konzeptentwicklung, Forschungstransfer, Agenda-Büro
Tel. 0721/983-14 06, Fax: 0721/983-1414
E-Mail: agendabuero@lfuka.lfu.bwl.de
- Bezug:** Die Broschüre ist kostenlos direkt im Agenda-Büro erhältlich und als pdf.Dokumentation unter www.lfu.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/2113/ zu downloaden
- Stand:** November 2005

Nachdruck - auch auszugsweise - ist nur mit Zustimmung des Herausgebers unter Quellenangabe und Überlassung von Belegexemplaren gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1. Der Weg der Kirchen zum Thema Nachhaltigkeit	4
Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen	6
2. Kirchen und Lokale Agenda 21: Erste Schritte	9
3. Kirchliche Institutionen im Bereich der Nachhaltigkeit	11
Evangelische Kirchen	11
Katholische Kirchen	13
Kirchliche Vereinigungen auf nationaler und internationaler Ebene	14
4. Kirchliche Handlungsfelder im Rahmen der Lokalen Agenda 21	15
4.1. Lokale kirchliche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit	16
Beispiel 4.1.1: Das Erdmobil	18
Beispiel 4.1.2: Partnerschaft Obereschach Mönchweiler - Dareda	19
Beispiel 4.1.3: Katholischer Dekanatsverband Göppingen-Geislingen: Aktion Hoffnung	20
4.2. Fair-Trade-Projekte	21
Beispiel 4.2.1: Weltladen „A Janela“	22
Beispiel 4.2.2: Oldenburg Kaffee	23
Beispiel 4.2.3: „Fair Trade“ als Teil eines Ganzen: „Schöpfungszeit in Kleve und Moers	24
4.3. Projekte zur Förderung lokaler und regionaler ökologischer Produkte	25
Beispiel 4.3.1: Umstellung von Großküchen auf den Einkauf aus ökologischer Produktion und fairem Handel am Beispiel der Evang. Akademie Bad Boll	26
Beispiel 4.3.2: „Peperoni – für agenda 21“	27
4.4. Projekte zum kirchlichen Umweltmanagement	28
Beispiel 4.4.1: Kloster Benediktbeuern	30
Beispiel 4.4.2: Umweltmanagement für acht Pfarrgemeinden in Mannheim	31
Beispiel 4.4.3: Der „Grüne Gockel“	32
4.5. Projekte zur Förderung erneuerbarer Energien und zur rationellen Energiever- wendung	33
Beispiel 4.5.1: Kirchengemeinden für die Sonnenenergie am Beispiel der Evang. Matthäusgemeinde Offenburg	34
Beispiel 4.5.2: Klimaschutzprogramm der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)	35

4.6. Projekte im Bereich Mobilität und Verkehr	36
Beispiel 4.6.1: Mobil ohne Auto	37
Beispiel 4.6.2: Car-Sharing in Kirchengemeinden und „Aktion Autofasten“	38
4.7. Projekte im Bereich Natur- und Artenschutz	39
Beispiel 4.7.1: Naturnahe Gestaltung von Kindergärten	40
Beispiel 4.7.2: Kirchtürme – Lebensräume für Tiere	41
4.8. Projekte zur Armutsbekämpfung im lokalen Umfeld	42
Beispiel 4.8.1: Versorgung bedürftiger Mitbürger mit Mahlzeiten und Lebensmitteln in Mannheim	43
Beispiel 4.8.2: Hamburger Spendenparlament	44
4.9. Projekte zur Förderung benachteiligter Gruppen	45
Beispiel 4.9.1: Evangelisches Integratives Montessori-Kinderhaus Wahlscheid für behinderte und nicht behinderte Kinder in Wahlscheid	46
Beispiel 4.9.2: Arbeit mit Alleinerziehenden	48
4.10. Projekte zum Nachhaltigen Investieren	49
Beispiel 4.10.1: Oikocredit – die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft	50
Beispiel 4.10.2: Nachhaltigkeitsfonds kirchlicher Banken	51
Beispiel 4.10.3: Kirchliche Investitionen in erneuerbare Energien – Kirchenwindmühle Gangloffsömmern und Kreuzkirche Ludwigsburg	52
4.11. Lokale Projekte zur zivilen Konfliktbearbeitung	53
Beispiel 4.11.1: Die ökumenische FriedensDekade	54
Beispiel 4.11.2: Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden	55
4.12. Kirche als Initiator, Partner oder Mediator der lokalen Agenda 21 insgesamt	56
Beispiel 4.12.1: Agenda-Netz Unterfranken	58
Beispiel 4.12.2: Nordelbische Kirche: Agenda 21 für Kirchengemeinden	59
Beispiel 4.12.3: Lindenfels: Kooperation Kirche – Lokale Agenda 21	60
Beispiel 4.12.4: Aktion Pro Schöpfung – Lokale Agenda 21 der Kirchengemeinde St. Marien Osnabrück-Lüstringen	61
5. Anhang	
Weitere Hinweise: Literatur	62

Kirchen und Lokale Agenda 21

Einleitung

In der folgenden Broschüre soll darüber informiert werden, wie sich Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen mit dem Thema „Lokale Agenda 21“ auseinandersetzen, sich an einer Agenda beteiligen oder sogar aktiv werden können, um einen Agenda-Prozess in ihrem Umfeld anzuregen oder voranzutreiben. Um die Broschüre zusammenzustellen, musste „das Rad nicht neu erfunden“ werden. Die Kirchen haben sich in vielen Bereichen bereits intensiv an der Umsetzung der Agenda 21 beteiligt. Es gibt Stellungnahmen und Verlautbarungen von kirchleitenden Gremien, die sich positiv zur Agenda 21 und dem in Rio de Janeiro 1992 bei der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) angestoßenen Prozess äußern. Auch zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung (WSSD) haben die Kirchen Stellung genommen. Und es gibt – an der Basis – viele Projekte, die in konkreten Schritten die Arbeit für eine zukunftsfähige Entwicklung praktisch werden lassen.

Über beide Aspekte der kirchlichen Arbeit, über öffentliche Stellungnahmen und über konkrete Projekte, soll hier berichtet werden. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass sich dadurch Menschen anregen lassen, sich auch und gerade als Mitglied einer Kirchengemeinde oder als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter einer kirchlichen Einrichtung für den Prozess der Agenda 21 in ihrem lokalen Umfeld einzusetzen. Wir verschweigen nicht, dass ein solches Engagement mit viel Arbeit verbunden sein kann, und dass Erfolge manchmal große Mühen vorausgehen können. Gerade die im Folgenden beschriebenen Beispiele zeigen aber, dass sich der Einsatz auf vielfältige Weise lohnen kann. Viele Agenda-Projekte haben sichtbare Zeichen gesetzt, wie eine zukunftsfähige Entwicklung konkret aussehen kann. Die Beteiligten konnten oft die Erfahrung machen, dass sich neue, teilweise überraschende Koalitionen bilden ließen, um bestimmte Ziele der Lokalen Agenda 21 am jeweiligen Ort zu erreichen. Und nicht zuletzt haben viele der Beteiligten geäußert, dass sie die Arbeit an den konkreten Projekten auch für sich selbst als

überaus gewinnbringend empfunden haben und noch empfinden.

In den folgenden Abschnitten zeigen wir zunächst, auf welchem Hintergrund sich Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen für die Lokale Agenda 21 einsetzen können. Dafür nehmen wir vor allem Bezug auf die Stellungnahme zur UN-Konferenz für Nachhaltigkeit und Entwicklung (WSSD), die der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland gemeinsam mit der Deutschen Bischofskonferenz im Juli 2002 veröffentlicht hat, sowie auf das sogenannte „Wittenberger Memorandum“, mit dem Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus kirchlichen Umwelt- und Entwicklungseinrichtungen im Mai 2002 eine Bilanz des kirchlichen Handels für nachhaltige Entwicklung gezogen und Empfehlungen für die weitere Arbeit geäußert haben.

Im zweiten Teil der Broschüre werden 30 kirchliche Projekte dokumentiert, die im Kontext einer Lokalen Agenda 21 angesiedelt werden können. Die Sammlung dieser Projekte ist eine kleine Auswahl aus einer Vielzahl von Vorhaben und Initiativen, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden. Beispielfhaft werden Projekte vorgestellt, die – wie bereits gesagt – Anregungen geben können, um sie auf den jeweils eigenen Kontext der Arbeit in einer lokalen Agenda 21 zu übertragen oder dafür zu modifizieren.

Wir möchten uns bei all jenen bedanken, die uns Informationen über einzelne Projekte und Vorhaben gegeben haben. Über Kritik und Anregungen würden wir uns freuen – besonders aber über Rückmeldungen neuer kirchlicher Projekte im Rahmen der Lokalen Agenda 21.

Heidelberg, November 2005

Hans Diefenbacher

1. Der Weg der Kirchen zum Thema Nachhaltigkeit

Das im Mai 2002 von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern verabschiedete „Wittenberger Memorandum“ enthält einen Abschnitt, in dem dargestellt wird, wie sich Kirchenleitungen und andere kirchliche Gremien zu Fragen der nachhaltigen Entwicklung und deren Bedeutung für die kirchliche Praxis geäußert haben. Darin wird zunächst einmal deutlich, dass kirchliche Konferenzen und Stellungnahmen bereits sehr früh den Begriff der Nachhaltigkeit im Rahmen der globalen Umweltdiskussion verwendet und auf eine bestimmte Weise geprägt haben. Zu dieser Diskussion haben die internationalen ökumenischen Gremien substantielle Beiträge geleistet. Auf der anderen Seite lässt sich erkennen, dass viele Aktivitäten, die man heute mit Fug und Recht als Teil einer lokalen Agenda beziehungsweise als integralen Bestandteil der Bemühungen um eine zukunftsfähige Entwicklung begreifen kann, von den Kirchen durchgeführt werden, ohne dass dies mit dem Begriff der Nachhaltigkeit oder dem Konzept der Lokalen Agenda verbunden wurde; zu einem guten Teil ist dies auch heute noch so der Fall. – Der folgende Text ist leicht ergänzt, an anderen Stellen gekürzt aus dem „Wittenberger Memorandum“ übernommen.¹

Seit Jahrzehnten wird von vielen Menschen in unserer Gesellschaft nach ethischen Kriterien für den Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und nach den Formen des gerechteren Zusammenlebens zwischen den Menschen gefragt. Die Kirchen, Christinnen und Christen verstehen dabei die Umwelt als Schöpfung, die uns nicht beliebig zur Verfügung steht.

Das Alte Testament beginnt mit dem Bekenntnis, dass die Natur und der Kosmos von Gott geschaffen wurden. Nach der biblischen Schöpfungsüberlieferung bekommt der Mensch von Gott eine mitschöpferische Verantwortung zugewiesen: die Erde „zu bebauen und zu bewahren“.² Wissenschaft und Technik wurden aber

vor allem in der Tradition von Bauen und weniger von Bewahren gesehen. Die Kirchen begnügten sich lange Zeit zu zeigen, dass die biblische Schöpfungslehre mit einem naturwissenschaftlich-technologischen Weltbild vereinbar ist.

Frühzeitig haben die Kirchen vor vermessenen Eingriffen in die Natürlichkeit des Menschen durch Medizin und Psychologie gewarnt. Die Wahrung der Menschenwürde und das Bemühen um soziale Gerechtigkeit waren schon zu Zeiten der Industriellen Revolution immer wieder ein Thema, das von Teilen der Kirchen aufgegriffen wurde.

Der Aufgabe, sich zum Anwalt der Natur und ihres Eigenwertes zu machen, nahmen die Kirchen jedoch erst spät an. So enthält eine gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz aus dem Jahre 1985 unter dem Titel „Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung“ in der Tat das Eingeständnis, „dass die christliche Theologie die drohenden Gefahren für die Umwelt nicht rechtzeitig erkannte und in Verlegenheit geriet, als die Bedrohung der Umwelt plötzlich mit Macht ins allgemeine Bewusstsein trat.“³

In jahrzehntelanger ökumenischer Diskussion ist die vereinfachte Interpretation des göttlichen Auftrages nach der Formel „Macht Euch die Erde untertan!“ allmählich von dem Leitbegriff einer verantwortlichen Haushalterschaft abgelöst worden. Dieser Begriff umfasst sowohl Ökonomie als auch Ökologie mit dem Ziel einer Haus-, Lebens- und Weltgemeinschaft für alle Menschen. In der bereits genannten gemeinsamen Erklärung der beiden Kirchen von 1985 werden drei Richtlinien für verantwortliches Handeln genannt:

- die Ehrfurcht vor dem Leben,
- eine vorausschauende Gefahrenabschätzung und
- eine nicht nur am ökonomischen Kalkül orientierte Abwägung von Schaden und Nutzen menschlicher Eingriffe in die Natur.

¹ „Wittenberger Memorandum“ (2002): Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen, abgedruckt in: epd Dokumentation, Nr. 30/2002, 22. Juli 2002, 8 – 10.

² Ausführlich siehe dazu u.a. EKD-Texte 52, 12f.

³ Rat der EKD/Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.) (1985): Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung, 32.

Die damals formulierten Forderungen für ein „neues Denken und Handeln“ lesen sich auch heute noch überraschend aktuell. Angemahnt wurde:

- ein neuer, umweltverantwortlicher Lebensstil,
- das Denken in ökologischen Systemzusammenhängen,
- ökologisch verträgliches Wirtschaften, hier vor allem die Entwicklung von „sanften“ und „alternativen“ Technologien sowie ein Engagement für selbstorganisierte, kleine und überschaubare Betriebsformen.

Von der Politik wurden Rahmenbedingungen verlangt, die ökologisch sinnvolles Verhalten nicht durch Wettbewerbsnachteile bestrafen.

Nachhaltige Entwicklung darf jedoch nicht auf ökologische Ziele verkürzt werden. Deshalb ist aus christlicher Sicht die Gerechtigkeit zwischen den Generationen sowie die Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich Dreh- und Angelpunkt für eine nachhaltige Entwicklung. Ohne Gerechtigkeit und Solidarität kann es keine nachhaltige Entwicklung geben. Die Gefährdung eines menschenwürdigen Lebens in der Zukunft darf nicht gegen die Armut und Marginalisierung der Menschen heute ausgespielt werden. Nachhaltige Entwicklung insgesamt ist nur dann möglich, wenn eine einseitige Ausrichtung auf jeweils die ökologische, die ökonomische oder die soziale Nachhaltigkeit vermieden wird. Es geht nicht nur um ökologische Schadensbegrenzung, sondern darum, wie unser Wirtschaften und unsere Lebensstile global verträglicher werden können.

Die Kirchen waren wohl mit die ersten der großen Institutionen, die den Begriff der nachhaltigen Entwicklung zur Beschreibung ihrer Aufgaben verwendet und in ihre Programmatik aufgenommen haben. Auf der „Weltkonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) über Wissenschaft und Technologie für eine menschliche Entwicklung“ 1974 in Budapest wurde das Studienprogramm „Suche nach einer gerechten, partizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft“ (Just, Participatory and Sustainable

Society - JPSS) entworfen.⁴ Die fünfte ÖRK-Weltversammlung 1975 in Nairobi verabschiedete JPSS als Arbeitsschwerpunkt der Weltkirchengemeinschaft für das darauf folgende Jahrzehnt. Daraus entwickelte sich der konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung (Justice, Peace and Integrity of Creation - JPIC). Diese frühzeitige Schwerpunktsetzung der Kirchen aus Nord und Süd hat den internationalen Diskurs über Nachhaltigkeit mit geprägt. Nachhaltigkeit als grundlegendes Leitbild für zukünftige und zukunftsfähige Entwicklungen hat seit der Konferenz von Rio in verschiedenen kirchlichen Erklärungen und Verlautbarungen große Beachtung gefunden.

Das Gemeinsame Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz von 1997 mit dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ nimmt die Zielsetzung der nachhaltigen Entwicklung ausdrücklich auf und bezeichnet die Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Problematik als Ziel der Bewusstseinsbildung für eine christliche Weltgestaltung. Es fordert eine stärkere ökologische Ausrichtung der Wirtschaft, die Abkehr vom rein quantitativen Wirtschaftswachstum und – zur Wahrnehmung der Verantwortung für die „Eine Welt“ – eine Aufwertung der Entwicklungspolitik sowie ein verbessertes Mitspracherecht der armen Länder in internationalen Wirtschaftsgremien.⁵ Nachhaltigkeit wird hier also unter den grundlegenden ethischen Perspektiven wie Gottes- und Nächstenliebe, vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten, Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität eingereiht (3.3). „Die Zielperspektive der Nachhaltigkeit“, so heißt es dort (3.3.5.), „schließt vor allem die Verantwortung für die Schöpfung ein.“ Und weiter: „Die christliche Soziallehre muss künftig mehr als bisher das Bewusstsein von der Vernetzung der sozialen, ökonomischen und

⁴ Vgl. dazu Rudersdorf, Karl Heinrich (2004): „Lebensfähige Weltgesellschaft – Zur Geschichte der Begriffe ‚sustainable‘ und ‚nachhaltig‘“, in: Zeitschrift Entwicklungspolitik, Heft 8-9/2004, 57f.

⁵ Rat der EKD/Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.) (1997): Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Randziffern 122 – 128.

ökologischen Problematik wecken.“ Nachhaltigkeit erscheint hier als neues Sozialprinzip!

Dieser Grundgedanke wird weitergeführt in der von der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz 1998 herausgegebenen Schrift „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“. Nachhaltige Entwicklung wird hier als politisch-ethischer Leitbegriff und als eine unabdingbare Forderung zeitgemäßer Schöpfungsverantwortung beschrieben. Es werden Entscheidungskriterien für den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung vorgestellt und die Erneuerung des Lebensstils als wesentliche Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung benannt.

Als weitere wichtige Veröffentlichungen sollen erwähnt werden:

- „Umwelt und Entwicklung - eine Herausforderung an unsere Lebensstile“ (1995), das Abschlussdokument des gemeinsamen Studienprojekts der Konferenz europäischer Kirchen (KEK) und der europäischen Bischofskonferenz (CCEE);
- die Studie des Beirats des Beauftragten des Rates der EKD für Umweltfragen „Gefährdetes Klima - Unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung“ (1995);
- die Studie „Die vielen Gesichter der Globalisierung - Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung“ (1999), herausgegeben von der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz;
- die Studie der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt „Ernährungssicherung und nachhaltige Entwicklung“ (2000) sowie
- die Ergebnisse der dritten Konferenz der Umweltbeauftragten der europäischen Bischofskonferenzen zum Thema „Christlicher Lebensstil und nachhaltige Entwicklung“.

Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen

Am 5. Juli 2002 haben die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine gemeinsame Pressemitteilung veröffentlicht, in der sie im Vorfeld des UN-Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung auf dem Hintergrund der kirchlichen Auseinandersetzung mit dieser Programmatik die Bedeutung der Konferenz und ihre Erwartungen, aber auch die Ansprüche und die Verpflichtung an das eigene Handeln der Kirchen herausgestellt haben. Der folgende Abschnitt gibt diese Pressemitteilung in einer leicht gekürzten Fassung wieder.⁶

„Fortschritte in der Umsetzung einer global nachhaltigen Entwicklung sind heute eine Überlebensfrage für die Zukunft der Menschheit. In dem Willen, die Bedürfnisse der heutigen Generation zu befriedigen, ohne die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu gefährden, müssen wirtschaftliche Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und der Schutz der Umwelt aufeinander abgestimmt werden.“

Die Kirchen haben das Prinzip der Nachhaltigkeit ... als Ausdruck christlicher Verantwortung für weltweite, gegenwärtige wie zukünftige Generationen umfassende Gerechtigkeit angenommen. Wir sehen deshalb mit Sorge, dass trotz vielfältiger Bemühungen und einzelner Fortschritte zehn Jahre nach dem ersten „Weltgipfel“ für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro die notwendige Trendwende zu einer nachhaltigen Entwicklung noch aussteht:

1. Die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich hat sich weiter vertieft: 1,2 Milliarden Menschen leben mit weniger als einem US-Dollar pro Tag in extremer Armut; drei Milliarden Menschen und damit rund die Hälfte der Menschheit leben von weniger als zwei Dollar pro Tag. 800 Millionen Menschen hungern.

⁶ Vgl. Evangelischer Pressedienst, Zentralausgabe, 5. Juli 2002.

2. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit richtet sich verstärkt auf die Wettbewerbsbedingungen einer globalisierten Wirtschaft, während ökologische und entwicklungspolitische Belange politisch weniger wichtig wurden.

3. Die weniger wahrnehmbaren, oft mit beträchtlicher Zeitverzögerung eintretenden Auswirkungen menschlichen Handelns auf die Umwelt werden nicht hinreichend beachtet (z.B. Klimaveränderungen, fortschreitender Verlust von Tier- und Pflanzenarten, weiterhin steigende Belastung von Böden und Grundwasser). Die ökologischen Schäden haben ein Ausmaß erreicht, das zu einer dauerhaften, großräumigen und irreparablen Gefährdung der elementaren Lebensbedingungen des Menschen führen kann.

In vielen Bereichen werden die durch technische Fortschritte erzielten Einsparungen durch die direkten und indirekten Folgen des wirtschaftlichen Wachstums zunichte gemacht (z.B. in den Bereichen Verkehr und Konsum).

... Die in Rio verabschiedete Agenda 21, das „Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert“, und die übrigen Vereinbarungen sind nach wie vor eine unverzichtbare Basis für eine verantwortliche Zukunftspolitik. Die Evangelische Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz setzen sich für folgende Prioritäten ein:

- für die Bekämpfung der Armut durch einen breiten Ansatz der Ernährungssicherung und des nachhaltigen Schutzes von Boden und Wasser, durch verstärkte Investitionen in Basisdienste der Bildung und des vorsorgenden Gesundheitsschutzes, durch die Stärkung von Menschenrechten und der Demokratie sowie durch faire Handelschancen für Entwicklungsländer im globalen Wirtschaftssystem. Der Zugang zu sauberem Wasser als Voraussetzung für gesundes Leben, wirtschaftliche Entwicklung und Ernährungssicherung wird im 21. Jahrhundert zur Schlüsselfrage der Armutsbekämpfung;

- für den globalen Klimaschutz durch schnelle Ratifikation, Umsetzung und Fortentwicklung des Kyoto-Protokolls, das eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes der Industrieländer um insgesamt 5,2 % im Vergleich zu 1990 bis zum Jahr 2005 vorsieht. Die Industrienationen haben hier eine besondere Verantwortung. Die Kirchen unterstützen deshalb die Initiativen in der Europäischen Union, die für eine Klima- und Energiepolitik eintreten, die über diesen Minimalkonsens deutlich hinausgeht. Die konsequente Förderung des Energiesparens, der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien in Deutschland und weltweit ist eine unverzichtbare Basis nachhaltiger Entwicklung;

4. für den Aufbau einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft auf nationaler und globaler Ebene durch wirksame nationale und internationale Rahmenordnungen und starke internationale Institutionen, durch aktive Förderung der Nachhaltigkeit von Produktion und Verbrauch in allen Bereichen und geeignete Kontrollmöglichkeiten, durch mehr Eigenverantwortung der Unternehmen, durch einen gerechten Ausgleich der von den Familien erbrachten Leistungen, durch Förderung der heranwachsenden Generation sowie durch eine verstärkte Partizipation und Bürgerbeteiligung auf allen politischen Ebenen;

- für eine Erhöhung der Entwicklungsfinanzierung durch verbindliche Regelungen zum Erreichen eines Anteils von 0,7 % des Brutto-sozialprodukts der Industrieländer für öffentliche Entwicklungshilfe sowie eine breite Umsetzung der 20:20-Initiative, bei der sich die beteiligten Entwicklungs- und Industrieländer gegenseitig verpflichten, 20 % des Staatshaushaltes bzw. der öffentlichen Entwicklungshilfe für soziale Grunddienste zu verwenden.

Die Kirchen sind in diesen Handlungsfeldern seit langem engagiert. Sie sehen sich durch die UN-Konferenzen in Rio de Janeiro und Johannesburg verstärkt in die Pflicht genommen, ihre eigenen Anstrengungen in diesen Handlungsfel-

dern konzeptionell wie praktisch weiter zu intensivieren. Aus den Quellen des christlichen Schöpfungsglaubens und Menschenbildes sowie durch das Zeugnis des eigenen Handelns können sie die nötigen Kräfte in unserer Gesellschaft stärken und zur Ermöglichung einer zukunftsfähigen Politik beitragen. Bei diesem Engagement sind folgende Akzente wesentlich:

- Wertorientierung: Die christlichen Kirchen treten für eine weltweite Verständigung über die ethischen Grundlagen einer nachhaltigen Gesellschaft ein, wozu unter anderem die Anerkennung des Eigenwertes aller Geschöpfe, das Eintreten für die unbedingte Würde des Menschen, Initiativen für eine verantwortliche Gestaltung der Globalisierung sowie der Einsatz für Gerechtigkeit für die Ärmsten und für die künftigen Generationen gehören. Wesentliche Elemente der nachhaltigen Entwicklung haben die Kirchen im Rahmen des ökumenischen Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung aufgenommen. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gehört zum Kernbestand christlicher Sozialethik. Dessen konkrete Bedeutung muss zusammen mit anderen ethischen Prinzipien für alle kirchlichen Handlungsfelder ausformuliert werden. Die Verständigung über die Bedeutung dieses Leitbildes muss auch im interreligiösen Dialog gesucht werden.
- Nachhaltiger Lebensstil: Die Kirchen tragen dazu bei, eine Politik des ökologischen Strukturwandels möglich zu machen, wenn sie immer wieder aufrufen, den eigenen Lebensstil zu überdenken. Das christliche Menschenbild bietet vielfältige Ansätze für einen Gewinn an Lebensqualität durch die Unterscheidung von „gut leben“ und „viel haben“. Ein nachhaltiger Lebensstil in Verbindung mit entsprechenden Strukturveränderungen im Welthandel ist heute entscheidend für eine Neuorientierung in den reichen Industrienationen selbst.

- Beispielhaftes Handeln: Es gehört zu den Zielen kirchlichen Handelns, mit zahlreichen praktischen Initiativen den Schöpfungsglauben in alltägliches Handeln zu übersetzen. So gibt es zahlreiche kirchliche Energiesparprojekte, Richtlinien zum energieeffizienten Bauen und Förderprogramme zur Nutzung erneuerbarer Energieträger. Kirchliche Entwicklungshilfe orientiert sich an den Kriterien der Nachhaltigkeit. Zahlreiche Veranstaltungen zu ökologischen und entwicklungspolitischen Themen finden in kirchlichen Bildungseinrichtungen statt. Gemeinden und kirchliche Verbände beteiligen sich an Agenda-21-Prozessen.

Derzeit wird deutschlandweit ein ökumenisches Projekt zum „Kirchlichen Umweltmanagement“ durchgeführt. Es gibt Initiativen für nachhaltige Lebensstile in Klöstern und Kommunitäten. Viele kirchliche Einrichtungen kaufen Produkte aus fairem Handel und unterstützen Ansätze der Regionalvermarktung und der Verarbeitung von Lebensmitteln aus der Region. In der nächsten Zeit muss es aber gelingen, die vielen Ansätze guter Pilotprojekte in die Breite der kirchlichen Einrichtungen und Aktivitäten zu übertragen.

Wir sehen in einer Beteiligung an der Weiterführung des Rio-Prozesses für eine nachhaltige Entwicklung eine zentrale Verpflichtung und Chance für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Entwicklungs- und Umweltschutzfragen werden immer mehr zu strategischen Überlebensfragen für die Zukunft der Menschheit. Ihre Gewährleistung ist vorsorgende Friedenspolitik. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Deutsche Bischofskonferenz setzen sich für die Ermöglichung einer solchen neuen Politik ein und ermutigen alle Christen, durch entschlossenes Handeln Zeugnis von der Liebe Gottes zu seiner Schöpfung abzulegen. Sie fordern die Verhandlungsdelegationen in Johannesburg auf, ein entschiedenes Zeichen zu setzen und ihrer Verantwortung für die Politik des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.“

2. Kirchen und Lokale Agenda 21

In den Kirchen gibt es zu vielen Fragen der weltweiten Gerechtigkeit einen breiten Konsens. Dazu gehört das Engagement der Kirchen im Blick auf die internationale Verschuldung wie zu Fragen der Menschenrechte oder der sozialen Entwicklung. Dabei stehen sie vor einer Fülle von Herausforderungen und neuen Aufgaben: Die wirtschaftliche Globalisierung und die damit verbundene weltweite gegenseitige Abhängigkeit bewirkt, dass unser Wirtschaften, unsere nationalstaatlichen Entscheidungen, unser Lebensstil und Konsum zunehmend Auswirkungen hat auf Lebenschancen von Menschen in anderen Weltregionen. Globalisierungsprozesse müssen so gestaltet werden, dass sie Teil einer nachhaltigen Entwicklung werden.

Nicht zuletzt um der Glaubwürdigkeit ihrer Verkündigung willen müssen sich die Kirchen mit ihrer eigenen Praxis auseinandersetzen. Die tägliche Praxis und die äußere Gestalt der kirchlichen Einrichtungen können von den kirchlichen Stellungnahmen und Forderungen an Politik und Öffentlichkeit nicht abgetrennt werden. Die Kirchen besitzen Land und betreiben eine Vielzahl von Häusern, etwa Gemeinde- und Tagungshäuser, Kindergärten und Schulen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. In Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen arbeiten in Deutschland insgesamt fast eine Million Menschen. Sie verbrauchen Energie und erzeugen Abfall. Sie kaufen Büromaterial, verbauen Rohstoffe, verwalten Vermögen. Millionen von Menschen kommen täglich in Kontakt mit kirchlichen Einrichtungen. Projekte zur zukunftsgerechten Gestaltung der alltäglichen Praxis in diesen Einrichtungen können als Modelle nachhaltiger Entwicklung in die Lokale Agenda 21 eingebracht werden.

Im Prozess für nachhaltige Entwicklung können die Kirchen außerdem als Vermittler zwischen vielfältigen Interessen auftreten. Sie verfügen über große Erfahrungen im sozialen Engagement – unter anderem in Diakonie, Caritas und in der Entwicklungszusammenarbeit. Vor allem

aber sind sie fast überall in lokalen Strukturen verankert. Sie können umfangreiche Ressourcen bündeln. Diese Eigenschaften machen kirchliche Einrichtungen und Gemeinden zu Institutionen, die eine wichtige Rolle im jeweiligen Prozess der Lokalen Agenda 21 übernehmen können.

Es gibt zu vielen Aspekten der Nachhaltigkeit im Raum der Kirche wichtige Vorreiter und gute Pilotprojekte. Viele dieser Projekte und Initiativen werden in den folgenden Abschnitten genannt. Das bereits zitierte Wittenberger Memorandum stellt jedoch einen weiter gehenden Anspruch an die zukünftige Entwicklung der kirchlichen Institutionen:⁷ „Aber nachhaltige Entwicklung, die als Wesensmerkmal kirchlicher Arbeit begriffen wird, verlangt weitergehende Anstrengungen. Eine „gute fachliche Praxis“ für nachhaltige Entwicklung muss in allen kirchlichen Einrichtungen zur Selbstverständlichkeit werden und in den täglichen Auftrag eingehen. Dafür müssen auch die notwendigen Mittel und Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden, wenn Nachhaltigkeit als Prinzip im Handeln der Gemeinden und der kirchlichen Verwaltungen dauerhaft verankert werden soll.“

Erste Schritte

Wer die Praxisbeispiele in der vorliegenden Broschüre ansieht, wird feststellen, dass es ganz verschiedene Wege gibt, wie Kirchen und Lokale Agenda 21 zueinander kommen können.

- Da gibt es Kommunen, in denen Agenda Gruppen auf Kirchen und kirchliche Gruppen zugehen und sie zur Mitarbeit einladen, weil sie sich von ihnen ganz bestimmte Impulse erhoffen.
- Dann gibt es kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in der Lokalen Agenda am Ort engagieren und feststellen, dass sie die Gemeinde oder andere kirchliche Einrichtungen an diesem Engagement beteiligen können.

⁷ Wittenberger Memorandum (2002), op.cit., 11.

- Es gibt Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen, die feststellen, dass einige ihrer Projekte – teilweise sind das Aktivitäten, die sie schon lange durchführen – sich sehr gut in den Rahmen einer kommunalen Agenda 21 einfügen und einbringen lassen.
- Und es gibt schließlich Fälle, in denen Kirchengemeinden und kirchliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter eine wichtige Rolle beim Aufbau der Lokalen Agenda in der Kommune spielen – oder auch dann, wenn Akteure mit sehr unterschiedlichen Interessen „an einen Tisch gebracht“ werden sollen.

Für alle diese Fälle sind in der vorliegenden Broschüre Beispiele vorhanden. Patentrezepte gibt es wohl trotzdem nicht; wer sich überlegt, eines der geschilderten Projekte für seinen Bereich zu übernehmen, muss es in jedem Fall an die jeweiligen individuellen Umstände anpassen. Dabei hätte die Broschüre ihren Zweck gänzlich verfehlt, wenn die guten Beispiele abschreckend wirken würden, gerade weil sie besonders gut gelungen sind und Zweifel aufkommen, ob dies in der eigenen Gemeinde ebenso gut gelingen kann. Die Beispiele zeigen, dass oftmals der erste Schritt – von der Theorie und vom Planen hinein in die praktische Arbeit – der schwerste ist. Um diesen Schritt gehen zu können, ist es vielleicht sinnvoll, sich zunächst von allzu hohen Ansprüchen zu befreien:

- Es muss nicht erst ein ganz perfekter Plan einer Lokalen Agenda insgesamt erarbeitet werden; manchmal ist es sinnvoller, sich erst einmal nur die „ersten Schritte“ vorzunehmen;
- man muss nicht alles selbst tun; für viele Arbeitsschritte gibt es Fachleute, die einen beraten können;
- und schließlich muss man nicht alles auf einmal tun: Man kann mit ganz einfachen Dingen beginnen – in dem Arbeitsfeld, das einem am leichtesten zugänglich ist. Es ist eine Binsenweisheit, dass erste Erfolge zu schwierigeren Aufgaben motivieren!

Wie könnte also die Agenda-Arbeit in einer Kirchengemeinde oder kirchlichen Einrichtung beginnen? Am Anfang müssen auf jeden Fall die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch die Gemeindeglieder informiert werden. Manchmal bestehen Bedenken, dass sich nun die christliche Gemeinde in die Belange der politischen Gemeinde einmischen soll. Diese Berührungsängste lassen sich oft schon durch Informationsveranstaltungen über Aufgaben, Strukturen und Prozesse der Lokalen Agenda abbauen.

Als nächstes kann es sehr lohnend sein, eine Art „kircheninternen“ Agendaprozess zu beginnen.⁸ Ein Arbeitskreis aus interessierten haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kirchengemeinde könnte mit einer internen Bestandsaufnahme beginnen und dabei alle agendarelevanten Aktivitäten der Kirchengemeinde zusammenstellen. Dabei kann sowohl der kirchliche Nutzen der Agenda als auch die Bedeutung der kirchlichen Beteiligung – an der Agenda betrachtet werden. Die Agenda Arbeitsgruppe sollte den Prozess der Agenda in der Kirchengemeinde begleiten und gleichzeitig an Ansprechpartner für kommunale Agenda Gruppen dienen.

Am Ende einer solchen Bestandsaufnahme könnte in einem nächsten Schritt die Festlegung der Schwerpunkte erfolgen, die die Kirchengemeinde oder kirchliche Einrichtung in die Lokale Agenda 21 einbringen will. Welche Projekte bestehen bereits, die sowohl in ihrer Qualität als auch in ihrer Bedeutung aufgewertet würden, wenn sie in den Rahmen der Lokalen Agenda eingebettet würden? Gibt es neue Projekte, die aufgrund der spezifischen Kompetenz der kirchlichen Agenda Gruppe als eigenständiger Beitrag in die Lokale Agenda eingebracht werden könnte? Häufig engagieren sich kirchliche Gruppen schon in ökumenischen Partnerschaften, in der Eine-Welt-Arbeit oder in bestimmten sozialen Projekten. Es kann aber, wie gesagt, auch sein, dass es aus den Agenda Gruppen der (politischen) Gemeinden Anfragen an die kirchliche

⁸ Siehe dazu auch Institut für Kirche und Gesellschaft/Umweltreferat (Hrsg.) (2000): Lokale Agenda 21, die Kirche macht mit!, Iserlohn: Selbstverlag, 37f.; vgl. auch die weiteren Hinweise im Literaturverzeichnis

Gruppe gibt, eine bestimmte Aufgabe zu übernehmen.

Es liegt nahe, dass die Agenda Arbeit kirchlicher Gruppen auch eine spezielle kirchliche Prägung haben kann, um die Verknüpfung zur weltweiten Ökumene und zum Leitbild „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ sichtbar werden zu lassen. In vielen Gemeinden sind hierzu spezielle Gottesdienste gefeiert worden; es haben Agenda Gemeindefeste stattgefunden oder Veranstaltungen, in denen Bibelarbeiten unter dem Gesichtspunkt der Agenda Ziele stattfanden. Hilfestellungen hierfür sind auch der Literaturliste im Anhang dieser Broschüre zu entnehmen.

Natürlich kann es im Rahmen einer Lokalen Agenda 21 auch darum gehen, die jeweils eigene Einrichtung – Kirche, Gemeindehaus, Pfarrhaus, Kindergarten und anderes mehr – nach ökologischen Gesichtspunkten zu „bewirtschaften“. Wer sich auf diesen Weg begibt, wird eine zweite Bestandsaufnahme der ersten folgen lassen und den „Umweltverbrauch“ der Gemeinde bilanzieren. Dies kann sich auf die Bereiche Energie, Wasser, Abfall, Büromaterial und Reinigungsmittel, Nahrungsmittel, Zustand und Gestaltung des Außenbereiches und anderes mehr erstrecken. Auch hier kann der Ist-Zustand – unter Umständen mit Hilfe von Fachleuten – bewertet und danach ein Handlungsprogramm entwickelt werden. Wer hier einen Schwerpunkt setzen will, sei das Kapitel 4 der folgenden kirchlichen Handlungsfelder empfohlen – als Einstieg kann es aber durchaus sinnvoll sein, Dinge, die nach einer solchen Bestandsaufnahme quasi auf der Hand liegen, rasch umzusetzen. In diesem Sinne kann die Zuwendung zur Lokalen Agenda durchaus auch als Anstoß genutzt werden, über „eingefahrene“ alltägliche Verhaltensweisen nachzudenken: Wer Energiesparlampen kauft oder den Kopierer nun doch mit Recycling-Papier betreibt, hat zwar noch keine „kircheninterne lokale Agenda“ verwirklicht – aber wenn der Zusammenhang zur Agenda gewahrt bleibt, ist ein erster Schritt dazu vielleicht schon getan.

Es gibt kaum eine Lokale Agenda, ohne dass es hin und wieder zu Konflikten untereinander kommt, in der Agenda insgesamt oder auch in

einzelnen Gruppen. Nicht selten haben Kirchen die Moderation oder Mediation, also die Konflikt-schlichtung, in bestimmten Agenda Zusammenhängen übernommen. Diese Rolle ist nur möglich, wenn die Mediatoren oder Mediatorinnen keine eigenen Interessen in das Verfahren einbringen wollen. Häufig hat sich gezeigt, dass es sehr wichtig ist, die Hintergründe eines Konfliktes zu klären: ist es ein fachliches Problem, werden bestimmte Dinge von den beteiligten Parteien jeweils anders bewertet, oder ist es ein Problem, das aus vielleicht schon lange bestehenden Schwierigkeiten des Umgangs miteinander herührt? Agenda Prozessen sind häufig dann erfolgreich, wenn es gelingt, einer längerfristige Kommunikation und Vernetzung zwischen verschiedenen Interessengruppen herzustellen und zu vermitteln, dass es im Grunde nur eine Zukunft gibt, an der die Agenda 21 gemeinsam arbeiten muss.

3. Kirchliche Institutionen im Bereich der Nachhaltigkeit

Sowohl die katholische Kirche als auch die evangelischen Kirchen haben eigene Gremien beziehungsweise Fachstellen oder Beauftragte, die sich mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung befassen beziehungsweise die damit verbundenen Aufgabenbereiche im Rahmen der Kirchen oder als deren Vertreter in der Öffentlichkeit wahrnehmen. Dies gilt auch für die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) wie auch für einige internationale kirchliche Zusammenschlüsse.

Auf den folgenden Seiten werden die Struktur der Zuständigkeiten erklärt und die wichtigsten Ansprechpartner genannt.

Evangelische Kirchen

(1) Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist ein Zusammenschluss der 24 lutherischen, reformierten und unierten Landeskirchen. Das evangelische Kirchenwesen ist auf allen Ebenen föderal aufgebaut.

Ohne die Selbständigkeit der einzelnen Landeskirchen zu beeinträchtigen, nimmt die EKD die ihr übertragenen Gemeinschaftsaufgaben wahr. Die demokratisch verfassten und gewählten Leitungsgremien der EKD sind Synode, Rat und Kirchenkonferenz. Sie tragen die Verantwortung für die Wahrnehmung der Aufgaben der EKD, die in der kirchlichen Verfassung, der Grundordnung der EKD, festgehalten sind. Die Geschäfte von Synode, Rat und Kirchenkonferenz nimmt das Kirchenamt der EKD wahr.

Die Synode der EKD hat einen Umweltausschuss eingesetzt der über die Geschäftsstelle der Synode im Kirchenamt der EKD erreichbar ist; der Vorsitzende ist der Synodale Uwe Michelsen:

- Geschäftsstelle der Synode, Kirchenamt der EKD, Postfach 210220, 30402 Hannover

Der Rat der EKD hat eine „Kammer für nachhaltige Entwicklung eingesetzt“. Den Vorsitz der Kammer hat Prof. Dr. Lothar Brock inne:

- HSKF, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Brock@hsfk.de Ansprechpartner im Kirchenamt der EKD ist OKR Dr. Renate Knüppel, Postfach 210220, 30402 Hannover, Renate.Knueppel@ekd.de

Außerdem hat der Rat der EKD einen Beauftragten für Umweltfragen berufen:

- Privatdozent Dr. Hans Diefenbacher, c/o FEST, Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg, hans.diefenbacher@fest-heidelberg.de, www.fest-heidelberg.de

Ein Mitglied des Rates der EKD ist auch Mitglied des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung

- Margot Thieme, über Kirchenamt der EKD

Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg e.V., ein von den evangelischen Kirchen getragenes interdisziplinäres Forschungsinstitut, hat einen ständigen Arbeitsbereich „Nachhaltige Entwicklung“.

(2) Fast alle Landeskirchen haben in ihrem Zuständigkeitsbereich Umweltbeauftragte ernannt; teilweise gibt es zusätzlich Gremien, die die landeskirchlichen Synoden oder Landeskirchenämter in Umweltfragen beraten.

Baden-Württemberg:

- Umweltbeirat/Geschäftsstelle:
Dr. Klaus Nagorni, Blumenstr. 1-7, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721/91 75 -35 5, E-Mail:klaus.nagorni@ekiba.de; <http://www.ekiba.de>
- Dr. Hans Hermann Böhm, Gymnasiumstr. 36, 70012 Stuttgart, Tel. 0711/20 68-25 3, E-Mail: hans-hermann.boehm@elk-wue.de, <http://umwelt-elk-wue.de>

Bayern: Pfarrer Gerhard Monninger, Augustenstr. 17/I, 80333 München

Berlin-Brandenburg: Pfarrer Reinhard Dalchow, Umweltforum Berlin, Auferstehungskirche, Pufendorfstr. 11, 10249 Berlin

Braunschweig: Pastor Bernhard Kiy, Ermelandstr. 4d, 38116 Braunschweig

Bremen: Pastor Friedhelm Blüthner, Hollerallee 75, 28209 Bremen

Hannover: Britta Rook, Arbeitsstelle Umweltschutz, Archivstr. 3, 30169 Hannover

Hessen und Nassau: Pfarrer Wilhelm Wegner, Elisabethenstr. 51, 64283 Darmstadt

Kurhessen-Waldeck: Pfarrer Stefan Weiß, Rückertstr. 9, 63452 Hanau und Dr. Martin Reinhold, Hundeburg 1, 34260 Kaufungen

Lippe: Pfarrer Dr. Gesine von Kloeden-Freudenberg, Landeskirchenamt, Leopoldstr. 27, 32756 Detmold

Mecklenburg: Änne Lange, Ev. Akademie, Am Ziegenmarkt 4, 18055 Rostock und Dr. Arnold Fuchs, Fischerweg 64, 18273 Güstrow

Nordelbien: Pfarrer Dr. Thomas Schaak, Kurchenstr. 8, 25821 Breklum

Oldenburg: Karl-Ulrich Spieß, Ev. Heimvolkshochschule, Mühlenstr. 126, 26810 Rastede

Pfalz: Bärbel Schäfer, Große Himmelsgasse 3, 67346 Speyer

Rheinland: Winfried Hoffmann, Amt für Sozialethik, KDA und Ökologie, Hans-Böckler-Str. 7, 40476 Düsseldorf

Kirchenprovinz Sachsen: Kirchl. Forschungsheim Wittenberg, Schlossplatz 1d, 06886 Wittenberg

Sachsen: Joachim Krause, Hauptstr. 46, 08393 Schönberg

Thüringen: Dr. Thomas Seidel, Ev. Akademie, Zinzendorfplatz 3, 99192 Neudietendorf

Westfalen: Pfarrer Klaus Breyer und Gudrun Kordecki, Institut für Kirche und Gesellschaft, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn

Katholische Kirche

Von der Deutschen Bischofskonferenz zum zentralen Ansprechpartner für Umweltfragen ist berufen:

Gotthard Dobmaier, Erzbischöfl. Ordinariat, Rochusstr. 5, 80333 München

Geschäftsführer der Arbeitsgruppe für ökologische Fragen der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz:

Thomas Wallenhorst, Bereich Kirche und Gesellschaft, Bonner Talweg 177, 53129 Bonn

Auf bundesweiter Ebene arbeitet außerdem die Clearingstelle Kirche und Umwelt, Prof.Dr. Markus Vogt, Don-Bosco-Str. 1, 83671 Benediktbeuern

Im Bereich der katholischen Kirche gibt es folgende Umweltbeauftragte bzw. Ansprechpartner in den (Erz-)Diözesen:

Baden-Württemberg:

- Freiburg: Benedikt Schalk, Erzbischöfl. Seelsorgeamt, Okenstr. 15, 79108 Freiburg i.Brsg., Tel. 0761/51 44-29 0; E-Mail: umweltbeauftragter@erz-bistum-freiburg.de; <http://www.erzbistum-freiburg.de/umwelt>

Aachen: Dr. Manfred Körber, Abteilung Grundlagen, Klosterplatz 7, 5202 Aachen

Augsburg: Christoph Wessel, Akademisches Forum und Erwachsenenbildung, Kappelberg 1, 86150 Augsburg

Bamberg: Franz-Josef Rother, Erzbischöfl. Ordinariat, Domstr. 5, 96049 Bamberg

Berlin: N.N.

Dresden-Meißen: Ulrich Clausen, Bischöfl. Ordinariat, Käthe-Kollwitz-Ufer 84, 01309 Dresden

Eichstädt: Pfarrer Josef Bierschneider, St. Marienstr. 5, 85137 Gungolding

Essen: Christina Drepper, Bischöfl. Generalvikariat, Zwölfling 16, 45127 Essen

Hamburg: Andreas Rjaden, Erzbistum Hamburg, Herrengraben 4, 20459 Hamburg

Hildesheim: Pfarrer Klaus Jung, Ostlandplatz 1, 30982 Pattensen

Köln: Dr. Dietrich Ruchay, Diözesanrat, Breite Str. 106, 50667 Köln

Limburg: Norbert Stennes, Bischöfl. Ordinariat, Roßmarkt 4, 65549 Limburg

Mainz: Dr. Klaus Lenhard, Fontanestr. 97, 55127 Mainz

München: Gotthard Dobmaier, Erzbischöfl. Ordinariat, Rochusstr. 5, 80333 München

Münster: Thomas Kamp-Deister, Kath. Landvolkshochschule, Am Hagen 1, 48231 Warendorf; Domvikar Stefan Sühling, Bischöfl. Generalvikariat, 48135 Münster

Osnabrück: Bernward Rusche, Bischöfl. Generalvikariat, Domhof 12, 49074 Osnabrück

Paderborn: N.N., Erzbischöfl. Ordinariat, Domplatz 3, 33098 Paderborn

Passau: Sepp Rottenaicher, Domplatz 4, 94032 Passau

Regensburg: Norbert Krenn, Pfarrei St. Peter, Pointstr. 27, 94135 Straubing

Rottenburg-Stuttgart: Stefan Schneider, Bischöfl. Ordinariat, Postfach 700137, 70571 Stuttgart, Tel. 0711/97 91-21 6, E-Mail: Sschneider@bo.drs.de, www.dioezese-rottenburg-stuttgart.de

Speyer: Christoph Bussen, Bischöfl. Ordinariat, Postfach, 67343 Speyer

Trier: Dr. Hans Gerd Wirtz, Kath. Akademie, Auf der Jünger 1, 54293 Trier

Würzburg: Edmund Gumpert, Bischöfl. Ordinariat, Postfach 110362, 97032 Würzburg

Kirchliche Vereinigungen auf nationaler und internationaler Ebene

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen e.V. (ACK) umfasst heute 16 christliche Kirchen als Vollmitglieder, 4 Gastmitglieder und 3 Beobachter. Die ACK hat einen Ausschuss für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung eingerichtet. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von Kirchen und Basisgruppen und befasst sich derzeit in Anknüpfung an den „Konziliaren Prozess“ schwerpunktmäßig mit den Anliegen und Themen der „Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt“.

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland e.V., Ökumenische Centrale, Ludolfusstraße 2-4, 60487 Frankfurt am Main, <http://www.oekumene-ack.de/>

Auch die ACK hat selbständig arbeitende regionale Gruppen. So hat zum Beispiel die ACK Baden-Württemberg eine Kommission zum Thema „Umweltfragen und Schöpfungsverantwortung“ eingerichtet.

Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in
Baden-Württemberg: Staffenbergstraße 44, 70184 Stuttgart, Tel. 0711/24 31 14 , Fax: 0711/23 61- 43 6, E-Mail: ackbw@t-online.de, www.kir-chen.de/ack/ackbw

Das European Christian Environmental Network wurde 1998 bei einer Tagung von Umweltbeauftragten Europäischer Kirchen in der Orthodoxen Akademie in Vilémov in der Tschechischen Republik gegründet; es hat heute institutionelle und persönliche Mitglieder aus 26 Ländern. Die Arbeit wird von einem „Fortsetzungsausschuss“ (enabling team) geleitet; derzeit gibt es Arbeitsgruppen unter anderem zu Fragen des Klimawandels und zu Wasser, zu praktischen Fragen des kirchlichen Umweltmanagements und zu

Fragen der Behandlung der Schöpfungsthematik in Liturgie und Gottesdienst allgemein. Eine Vollversammlung von ECEN wird sich Anfang Mai in Basel mit dem Thema „Kirchliche Beiträge zu einem nachhaltigen Europa“ befassen. Das Sekretariat von ECEN ist im Büro der Konferenz Europäischer Kirchen in Brüssel:

Peter Pavlovic, Conference of European Churches, Ecumenical Centre, Rue Joseph II 174, B-1000 Bruxelles, <http://www.ecen.org/>

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) ist eine Gemeinschaft von mittlerweile 342 Kirchen in über 120 Ländern auf allen Kontinenten und aus praktisch allen christlichen Traditionen. Die ÖRK-Programme sind um die fünf „historischen“ Themen gruppiert: Glauben und Kirchenverfassung; Mission und ökumenische Ausbildung; Gerechtigkeit, Frieden, Schöpfung; internationale Angelegenheiten, Frieden und menschliche Sicherheit; Diakonie und Solidarität. Der ÖRK hat ein ständiges Programmteam zu Fragen von Frieden, Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung.

Ökumenischer Rat der Kirchen, Postfach 2100, 150 route de Ferney, CH-1211 Genf 2, <http://www.wcc-coe.org/>

Für die katholische Kirche informiert über die internationale Ebene:

Clearingstelle Kirche und Umwelt, Prof.Dr. Markus Vogt, Don-Bosco-Str. 1, 83671 Benediktbeuern

4. Kirchliche Handlungsfelder im Rahmen der Lokalen Agenda 21

Auf den folgenden Seiten werden Projekte aus ausgewählten kirchlichen Handlungsfeldern vorgestellt, die in den Zusammenhang einer lokalen Agenda 21 eingebracht werden können. Folgende Schwerpunkte wurden herausgegriffen:

1. Lokale kirchliche Entwicklungszusammenarbeit
2. Fair-Trade
3. Förderung lokaler und regionaler ökologischer Produkte
4. Kirchliches Umweltmanagement
5. Erneuerbare Energien und rationelle Energieverwendung
6. Mobilität und Verkehr
7. Natur- und Artenschutz
8. Armutsbekämpfung im lokalen Umfeld
9. Förderung benachteiligter Gruppen
10. Nachhaltiges Investieren
11. Lokale Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung
12. Kirche als Initiator oder Mediator der lokalen Agenda 21 insgesamt

Die Auswahl dieser Schwerpunkte basiert auf den Handlungsfeldern, die im „Wittenberger Memorandum“ beschrieben wurden. Diese Handlungsfelder wurden dann aber im Blick auf die hier angestrebte Verbindung zur Lokalen Agenda 21 modifiziert und ergänzt. Es soll noch einmal betont werden, dass die Auswahl der Projekte unter dem Gesichtspunkte erfolgte, Anregungen für die Übertragung in den jeweils eigenen Kontext der Leserinnen und Leser zu geben. Sicher hätten auch andere Projekte in diese Auswahl aufgenommen werden können. Wir haben uns jedoch bemüht, exemplarische und repräsentative Vorhaben auszuwählen.

Projekte und Initiativen verändern sich, neue Projekte kommen hinzu. Weitere Informationen

lassen sich aus den einschlägigen Datenbanken für Agenda-Projekte gewinnen; einige davon sind im Anhang aufgeführt.

4.1. Lokale kirchliche Projekte der Entwicklungszusammenarbeit

Aus dem „Wittenberger Memorandum“:

„Nach dem Zweiten Weltkrieg orientierte sich Entwicklungspolitik bis in die neunziger Jahre am Leitbild einer nachholenden Entwicklung. Dies galt für staatliche und kirchliche Entwicklungsarbeit gleichermaßen. Auf der Synode in Berlin-Spandau 1968 beschlossen die Gliedkirchen der EKD, künftig mindestens zwei Prozent aller kirchlichen Haushaltsmittel für den Entwicklungsdienst bereitzustellen. Diese Mittel, so der Synodenbeschluss, sollten „für Aufgaben eingesetzt werden, die der Überwindung der Armut, des Hungers, der Not in der Welt und ihrer Ursachen dienen.“

Die Kirchen dürfen in ihrem Engagement für die Armen und Marginalisierten nicht nachlassen. Die Aufgabenbeschreibung von Spandau ist heute nicht weniger aktuell als vor dreißig Jahren, auch wenn kirchliche Entwicklungsarbeit nicht mehr zu einer nachholenden, sondern zu einer nachhaltigen Entwicklung unter dem Leitbild von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung beitragen will. Die kirchlichen Anstrengungen zur Armutsbekämpfung sind deshalb auch ein Beitrag zur Umsetzung der Ziele der bei der UNCED in Rio 1992 verabschiedeten Agenda 21, in der es unter anderem heißt: „Die Ausrottung von Armut und Hunger, eine größere Ausgewogenheit der Einkommensverteilung und die Erschließung und Weiterentwicklung menschlicher Ressourcen bleiben weiterhin die größten Herausforderungen überall auf der Welt.“

Die beiden evangelischen kirchlichen Werke, Brot für die Welt und Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), haben seit der Rio-Konferenz 1992 mit mehr als zwei Milliarden Euro aus staatlichen und kirchlichen Mitteln sowie aus Spendengeldern Entwicklungsprogramme gefördert. Die Gliedkirchen der EKD haben seitdem mehr als 600 Millionen Euro für die Gemeinschaftsaufgabe Kirchlicher Entwicklungs-

dienst zur Verfügung gestellt. Nicht mitgerechnet sind dabei die Mittel, die Missionswerke, Landeskirchen, Kirchenkreise und -gemeinden im Rahmen von Nord-Süd-Partnerschaften und auch mit Partnern in Osteuropa aufgebracht haben.

In vergleichbarem Umfang und mit gleicher Intensität haben sich auch das Bischöfliche Hilfswerk Misereor sowie die katholischen Werke, Diözesen und Gemeinden für die Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt.

Die Bewusstseinsbildung für die Entwicklung nachhaltiger Lebensstile als Grundlage für zukunftsfähige Lebens- und Wirtschaftsweisen ist ein zentrales Anliegen kirchlicher Arbeit. Hierzu werden in kirchlichen Kindergärten und Schulen, in Akademien und Bildungshäusern und natürlich in den Ortsgemeinden vielfältige Impulse gegeben. Das Leitbild „gut leben statt viel haben“ aus der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ ist dabei richtungsweisend. Das Leitbild regt an, genau zu prüfen, welche Auswirkungen die Lebens- und Wirtschaftsweisen in den Industrieländern auf die Entwicklungen in den Ländern im Süden und Osten hat.

Armut hat viele Gesichter. Sie bedeutet nicht nur fehlendes Einkommen, sondern auch fehlenden Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, ausreichender und ausgewogener Ernährung, sauberem Trinkwasser. Aufgabe des kirchlichen Entwicklungsdienstes ist es, die Armen und Marginalisierten in den Ländern des Südens und des Ostens darin zu unterstützen, für ihr Recht auf Gesundheit, Bildung und Nahrung zu kämpfen.

Dazu fördern der Evangelische Entwicklungsdienst (EED) und Brot für die Welt wie auch Misereor und andere kirchliche Hilfswerke Partnerorganisationen (Kirchen, kirchliche Gruppen und Nichtregierungsorganisationen) in Übersee, indem sie deren Vorhaben finanziell unterstützen. Beispielsweise werden Projekte und Programme zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und für eine ländliche Entwicklung durch Brot für die Welt mit Spendenmitteln und durch den EED

mit kirchlichen und staatlichen Mitteln gefördert. Vom EED vermittelte Entwicklungshelferinnen und -helfer arbeiten in vielen Partnerorganisationen des kirchlichen Entwicklungsdienstes mit und tragen durch ihre fachliche Unterstützung dazu bei, dass die Menschen im Süden und im Osten im Kampf für ihre Rechte und die Überwindung der Armut konkrete Hilfe erfahren.

Im Kontext des Rio-Folgeprozesses etwa werden Projekte und Programme von Partnerorganisationen im Süden zur Erhaltung der biologischen Vielfalt und zum Schutz traditionellen Wissens in Afrika, Asien und Lateinamerika mit finanziellen und personellen Mitteln unterstützt. Dabei spielen der Schutz traditioneller Pflanzensorten für Landwirtschaft und Ernährung (und damit zusammenhängend Patente und andere Rechte an geistigem Eigentum, die die freie Verfügbarkeit von Saatgut betreffen) eine besondere Rolle. Gleichzeitig treten EED und Brot für die Welt dafür ein, dass die 1992 in Rio beschlossene Konvention für biologische Vielfalt umgesetzt und nicht von Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) unterlaufen wird. Im Rio- und Johannesburg-Prozess ist für die Zukunft zu wünschen, dass die begonnene Vernetzung und Zusammenarbeit kirchlicher Umwelt- und Entwicklungsarbeit weiter verstärkt und verstetigt wird.

Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Süden und Osten gehört auch die Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung bei uns. Deshalb engagiert sich der kirchliche Entwicklungsdienst in der Lobby- und „Advocacy“-Arbeit und fördert entwicklungspolitische Bildungsarbeit hier in Deutschland. Er kooperiert auf dem Feld der Bildung für nachhaltige Entwicklung mit anderen kirchlichen Partnern und setzt sich zum Beispiel für einen nachhaltigen Tourismus ein.

Brot für die Welt und der EED fordern gemeinsam mit dem katholischen Hilfswerk Misereor, dass die Bundesregierung ihre Verpflichtung einlöst, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Die kirchlichen Werke fordern die Bun-

desregierung auf, von den vorhandenen Mitteln mehr für direkte Armutsbekämpfung zu verwenden und das Aktionsprogramm 2015 umzusetzen. Mit diesem Aktionsprogramm verpflichtet sich die Bundesregierung zur Armutsbekämpfung und zum Ziel globaler Gerechtigkeit. Auch das Finanzministerium und das Wirtschaftsministerium müssten diese Ziele verfolgen. Dafür setzen sich die kirchlichen Werke unter dem Stichwort der Kohärenz bereits seit mehr als zehn Jahren ein.“

Beispiel 4.1.1: Das Erdmobil

Das Erdmobil ist ein Projekt des Freundeskreises Kunan Mink'a (FKKM), der 1986 gegründet wurde, um den damals bereits bestehenden Kontakt mit Bolivien und dort vor allem mit der Gebirgsprovinz Ayopaya längerfristig und tragfähiger zu gestalten. Die Partner in Bolivien sind ebenfalls an dem Projekt „Erdmobil“ beteiligt. Es sind die Stiftung für Selbstbestimmte Entwicklung und Umweltschutz (FUPAGEMA) und das Kulturzentrum Ayopayamanta in Bolivien.

In einem geschlossenen PKW-Anhänger werden verschiedene Aktivitäten zur nachhaltigen Entwicklung aus Ayopaya und dem Donnersbergkreis, wo FKKM beheimatet ist, dargestellt. Z.B. werden auf Infotafeln Themenbereiche wie das Dorfleben, die Energienutzung und Müllkonzepte und Ansätze zum Natur- und Landschaftsschutz vorgestellt. Mithilfe moderner Technik (Video, Computer) wird unter anderem über das Land Bolivien und das Alltagsleben seiner Bewohner informiert. So wird am Beispiel zweier ländlicher Regionen der Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung aufgezeigt. Um auch praktisch etwas zu lernen, besteht die Möglichkeit, Arbeiten aus Lehm anzufertigen oder einige biologische Untersuchungen an den Lebensräumen durchzuführen.

Ziel des Erdmobils ist es zum einen darüber zu informieren, was sowohl in Deutschland als auch in ärmeren Ländern, wie eben z.B. Bolivien, schon gemacht wird, wie man mithelfen kann und welchen Nutzen jeder Einzelne davon hat. Zum anderen soll man durch den Vergleich zu Bolivien erkennen, wie gut es den Menschen in Deutschland geht und inwiefern sie ihren Luxus vielleicht etwas einschränken könnten, damit andere Länder davon nicht Schaden tragen müssen.

Seit dem Frühjahr 2001 ist das Erdmobil im Dienste der Agenda 21 in der Region Pfalz, hauptsächlich an Schulen, Jugendtreffs oder bei Veranstaltungen der Dorf- und Kirchengemeinden anzutreffen. Außerdem besteht die Möglichkeit, das Erdmobil direkt beim Freundeskreis Kunan Mink'a auszuleihen.

Unterstützt wird das Projekt durch Gelder des Ausschusses für Bildung und Publizistik (ABP) des evangelischen Entwicklungsdienstes und durch den katholischen Fonds für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Quellen: Evangelische Kirche der Pfalz (Hrsg.): Lokale Agenda 21, Protestantische Beiträge in der Pfalz, Speyer 2001.

Weitere Informationen: Steffi und Thomas Henrich, Freundeskreis Kunan Mink'a, Kirchgasse 3, 67822 Finkenbach-Gersweiler, Tel: 06362/83-27, E-Mail: postmaster@erdmobil.de, Internetseite: www.erdmobil.de

Beispiel 4.1.2: Partnerschaft Obereschach/ Mönchweiler - Dareda

Die beiden katholischen Kirchengemeinden St. Ulrich in Obereschach und Hl. Geist in Mönchweiler, nördlich von Villingen-Schwenningen, unterhalten mit ihren 2.300 Kirchengemeindemitgliedern seit 1989 eine Partnerschaft mit dem Dareda-Hospital und der Dareda-Pfarrei in Tansania. Dareda befindet sich südöstlich des Victoriasees im Herzen Tansanias. Das durchschnittliche Einkommen pro Kopf betrug im Jahr 2000 in Tanzania unter 300 Euro. Über 50% der Bevölkerung lebt unterhalb der nationalen Armutsgrenze, über 80% der Bevölkerung lebt vom Anbau eigener landwirtschaftlicher Produkte.

Die Partnerschaft wurde auf Initiative eines ehemaligen Entwicklungshelfers in die Wege geleitet. Das 1948 von irischen Missionsschwestern gegründete Missionshospital, welches zu Beginn der 70er Jahre im Zuge der Ujamaa-Politik (Sozialismus afrikanischer Prägung) unter Julius Nyerere in die Zuständigkeit des Staatsbezirkes fiel, wurde 1988 der katholischen Diözese von Mbulu übergeben. Bis zum Juli 2001 blieb der Status eines Bezirkskrankenhauses erhalten. Inzwischen werden vom Staat nur noch die Mindestlöhne für das medizinische Personal aufgebracht, alle anderen Kosten wie Ausstattung, Medikamente und Verwaltung müssen vom Krankenhaus selbst erwirtschaftet werden. Dies bedeutet in einem Land ohne Krankenversicherungssystem, dass selbst von den ärmsten PatientInnen ein finanzieller Beitrag verlangt werden muss. Das Dareda-Hospital hat 180 Betten und ein Einzugsgebiet von ca. 100 qkm, in dem ca. 350.000 Menschen leben.

„Helfen, Teilen, Sorgetragen“, unter diesem Motto haben die nördlichen Partnergemeinden schon viel konkrete Unterstützungshilfe geleistet und damit ermöglicht, dass der Krankenhausbetrieb funktionieren kann. Mit gesammelten Spendengeldern aus der Kirchengemeinde – einmal im Monat wird die Kollekte für Dareda verwendet – und Landesmitteln wurden sogenannte einkommensschaffende Maßnahmen unterstützt, wie zum Beispiel die Herstellung eigener Infusionslösungen oder der Anbau von eigenem Gemüse. Es wurden Container mit

Sachspenden nach Dareda versandt, eine Waschmaschine mit solarbetriebener Brauchwassererwärmung finanziert, medizinisches Gerät und Medikamente beschafft. Organisiert wurde dies alles durch die ehrenamtliche Arbeit des 17-köpfigen Partnerschaftsausschusses der Kirchengemeinden Obereschach-Mönchweiler.

Die Partnerschaft geht jedoch über die materielle Unterstützung weit hinaus. Ein ganz wichtiges Fundament, so betont Pfarrer Bueb aus Obereschach, ist der geistlich-spirituelle Aspekt der Partnerschaft. So feiern die Partner an jedem ersten Sonntag des Monats die Heilige Messe füreinander. Dadurch werden die großen Entfernungen überbrückt, die Existenz des Anderen ins Bewusstsein gerückt und der eigene Horizont geweitet.

Trotz der großen räumlichen Distanz konnten sogar gegenseitige Besuche realisiert werden. Schon drei mal war eine Delegation aus Obereschach und Mönchweiler nach Tansania gereist, neben dem Pfarrer auch ein Ortschaftsrat, Landwirte, PressevertreterInnen und interessierte Gemeindemitglieder. In den Jahren 1995 und 2000 konnten mit hiesigen Spendenmitteln die Reise einer Delegation aus Dareda nach Deutschland ermöglicht werden. Die medizinischen Fachkräfte des Hospitals zeigten besonderes Interesse am Gesundheitswesen und Fragen der Kinderbetreuung; die Dareda-Pfarrei unterhält einen Kindergarten nach Montessori-Pädagogik. In Tansania, wo auf eine Arztfachkraft ca. 25.000 EinwohnerInnen kommen (im Vergleich dazu sind es in Deutschland 317 ÄrztInnen), ist selbstverständlich jede zusätzliche Fachkraft willkommen. Gerne würden die beiden katholischen Gemeinden den PartnerInnen aus Dareda auch längere Arbeitsaufenthalte hier ermöglichen, wenn nicht die unüberwindbare Hürde deutscher Ausländergesetzgebung wäre.

Quelle: http://www.eine-welt-bw.de/partnerschaften/partnerschaften_1174.html

Weitere Informationen: Katholisches Pfarramt St. Ulrich und Hl. Geist, Schloßberg 5, 78054 VS-Obereschbach; Partnerschaftsausschuss, Bertram Schmidt, E-Mail: bertram.schmidt@e-technik.uni-magdeburg.de

Beispiel 4.1.3: Katholischer Dekanatsverband Göppingen-Geislingen: Aktion Hoffnung

Seit 1979 heißt die diözesane Kleidersammlung offiziell „Aktion Hoffnung“ und wird auf Dekanats-ebene durchgeführt. Unterstützt von katholischen Verbänden und Kirchengemeinden gibt es mindestens alle zwei Jahre eine Straßensammlung. 1990 wurde diese Form der Sammlung durch die Aufstellung von Containern erweitert.

Heute ist Aktion Hoffnung ein anerkannt mildtätiger Verein mit zehn Mitgliedsverbänden: Ackermann-Gemeinde, AG Missions und Entwicklungshilfe Ulm, BDKJ, Caritasverband der Diözese, HeliandBund, KAB, Frauenbund, Kolpingwerk, Pax-Christi und Verband Katholisches Landvolk.

Die Erlöse von Aktion Hoffnung gehen ausnahmslos in sorgfältig geprüfte Entwicklungsprojekte. Außerdem werden auch Kampagnen in Deutschland gefördert wie zum Beispiel die Erlassjahrkampagne. Die Mitgliedsverbände können auf Antrag einen Zuschuss zu einem eigenen Projekt erhalten. Zuständig dafür ist die Mitgliedsversammlung, die viermal im Jahr tagt. Dekanate, die Straßensammlungen durchführen, erhalten auf Antrag 20% des Nettoerlöses für eigene Projekte. Aktion Hoffnung konnte im Jahr 2003 fast 100.000 Euro in Entwicklungsprojekte investieren. So wurde z.B. eine Frauenberatungsstelle in Ghana, eine Maismühle in Uganda oder therapeutische Betreuung für Behinderte in Ecuador (Kolpingprojekt) unterstützt.

In der Sammelzentrale Laupheim sortieren über das Jahr ehrenamtliche Helferinnen und Helfer einen Teil der gesammelten Ware von Aktion Hoffnung. Über die Sammelzentrale in Laupheim werden direkt Gebrauchtkleider an bekannte Partner in Übersee verschickt, die die Ware wirklich Bedürftigen weiterleiten.

Der andere Teil der Sammelware wird in Vertrags-Sortierbetrieben von FairWertung sortiert. Der überwiegende Teil der Ware wird verkauft. So geht die sehr gute Ware z.B. in den Second-

Hand-Handel hier bei uns. Aus nicht tragfähiger Kleidung werden z.B. Putzlumpen gemacht und rund 15% der Ware müssen als Müll entsorgt werden. Da seit einiger Zeit die Putzlumpenverarbeitung defizitär ist, ruft Aktion Hoffnung dazu auf, nur noch tragfähige Kleider und Schuhe abzugeben und die schlechten, nicht tragfähigen Kleider über den Hausmüll zu entsorgen.

Der Dachverband FairWertung ist gleichzeitig eine Kontrollinstanz für die Kleidersammlung in Deutschland. Aktion Hoffnung ist Mitglied und Lizenznehmer bei FairWertung. FairWertung ist die einzige Organisation in Deutschland, die den Weg der gesammelten Kleidung und Schuhe von der Sammlung in die Sortierung verfolgt. Der überwiegende Teil der Sammelware wird in Vertragssortierbetrieben sortiert, die sich verpflichtet haben, detaillierte Nachweise über Übernahme, Sortierung und Vermarktung des Sammelguts zu erbringen.

Eine neue Idee ist zum Teil bereits eingeführt: die Punkt- oder Bringsammlung. Diese Sammlungen weisen gute Erfahrungswerte auf, insbesondere was die Qualität der gesammelten Ware betrifft. Die Sammlung funktioniert so: Eine Kirchengemeinde, Verband, Unternehmen oder Privatperson stellt einen Raum zur Verfügung, wo zu bestimmten Zeiten Kleidersäcke abgegeben oder gesammelt werden können. Ist nach einer bestimmten Zeit der Raum voll, genügt ein Anruf und die Säcke werden so schnell wie möglich abgeholt.

Quelle: www.aktion-hoffnung-rs.de/

www.dvgpgs.de/html/body_aktion_hoffnung.html

Weitere Informationen: Geschäftsstelle von Aktion Hoffnung Rottenburg-Stuttgart e. V., Gerald Jantschik, Jahnstraße 30, 70597 Stuttgart

4.2. Fair-Trade-Projekte

Aus dem „Wittenberger Memorandum“:

Seit mehr als 30 Jahren unterstützen die Kirchen in Deutschland den fairen Handel. Alternativ zu den herkömmlichen, die Nord-Süd-Kluft oftmals vertiefenden Handelsbeziehungen sollten den Produzenten in Afrika, Asien und Lateinamerika gerechtere und stabile Preise gezahlt und den Käufern in Deutschland fair gehandelte Produkte angeboten werden. Gleichzeitig ist der faire Handel zum wichtigsten Medium entwicklungs- politischer Bildungsarbeit in Deutschland geworden. Über den Verkauf der Produkte werden Strukturen des Welthandels und Probleme der globalen Ökonomie deutlich gemacht. Insbesondere bietet der faire Handel Christinnen und Christen konkrete Handlungsmöglichkeiten für die Solidarität mit den Menschen in armen Ländern. Seit den 90er Jahren werden auch im fairen Handel bei Anbau, Verarbeitung und Vermarktung verstärkt ökologische Aspekte berücksichtigt. Die handelnden Organisationen bemühen sich bei der Vermarktung in Deutschland auch um Kooperation mit ökologischen Anbietern.

Bisher konnten die fair gehandelten Produkte in ihren Marktsegmenten nur Anteile im Promillebereich erobern. Die Ausnahme bildet fair gehandelter Kaffee mit ca. 1 Prozent. Als handelspolitische Alternative konnte der faire Handel sich bislang nicht etablieren. Trotzdem ist er von großer Bedeutung für eine Vielzahl von Produzenten im Süden und für eine Bildungsarbeit, die entwicklungs- und umweltpolitische Ziele verfolgt. Der faire Handel bedarf daher der Stärkung. Hier können kirchliche Einrichtungen einen wichtigen Beitrag leisten. Küchen und Kantinen in Kirche und Diakonie, gleich ob direkt betrieben oder verpachtet, stellen große Potenziale bei der kontinuierlichen Nutzung fair gehandelter Produkte dar. Mit speziellen Vertragsklauseln zur vorrangigen Nutzung – zum Beispiel von Kaffee und Tee aus der von Kirchen getragenen GEPA und von regionalen Produkten – können Einrichtungen in Kirche und Dia-

konie deutlich zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Viele Synoden haben bereits entsprechende Beschlüsse gefasst, die nun umgesetzt und kontrolliert werden müssen.

Beispiel 4.2.1: Weltladen „A Janela“

Der Weltladen „A Janela“ (portugiesisch: „Fenster“) ist im November 1999 aus einer Aktionsgruppe der katholischen Gemeinde St. Ludwig gegründet worden. Träger ist der gemeinnützige und überkonfessionelle Verein „Eine Welt - St. Ludwig, Berlin Wilmersdorf e.V.“ Zum Aufbringen des Startkapitals wurde eine Sammelaktion „Arche Ludwig“ ins Leben gerufen. Das Ladenteam besteht derzeit aus 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die alle ehrenamtlich tätig sind. Sie wollen mit dem Laden konkret an einer gerechteren Gestaltung der Welt mitwirken. Weitere Mitwirkende sind herzlich willkommen.

Im „A Janela“ wird ein breites Sortiment von fair gehandelten Waren angeboten. Im Sortiment sind sowohl die klassischen Lebensmittel wie Kaffee, Tee und Honig als auch Fruchtaufstriche, Trockenfrüchte, Reis, Wein und vieles mehr, meist aus ökologischem Anbau. Außerdem gibt es handwerkliche und kunsthandwerkliche Produkte, Haushaltswaren, Spielsachen und Textilien aus Afrika, Asien, und Lateinamerika.

Zu den einzelnen Produkten und zum System des Fairen Handels informieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persönlich oder mit dem reichhaltig vorhandenen Informationsmaterial. Auch thematische Videofilme können im Laden angeschaut werden. Für Gruppen aller Art, von der Grundschulklasse bis zum Seniorenkreis, werden auf Anfrage Informationsveranstaltungen im Laden, gelegentlich auch bei den Gruppen vor Ort angeboten. Eine Mediothek enthält Videofilme, Diaserien, Aktions- und Unterrichtsmaterialien, Themenhefte und Bücher. Diese Materialien werden bei Veranstaltungen eingesetzt, können aber auch gegen Kautionsausgeliehen werden.

Für Einzelpersonen und Gruppen, die im eigenen Umfeld Aktionen und Veranstaltungen zum Thema Fairer Handel bzw. Agenda 21 oder Lokale Agenda machen wollen, wird eine Beratung bei Planung und Organisation angeboten. Wa-

ren und Aktionsmaterialien werden in Kommission zur Verfügung gestellt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ladens übernehmen Informations-, Aktions- und Verkaufsstände rund um den Fairen Handel bei verschiedenen Veranstaltungen, vom Straßenfest bis zum Weihnachtsbasar.

Im Rahmen des europäischen Weltladentages am 8. 5. 2004 und der Kampagne „Gerechtigkeit Jetzt!“ veranstaltete der Weltladen „A Janela“ einen politischen Empfang, zu dem zahlreiche Interessenten erschienen. Die anwesenden Kandidaten für das EU-Parlament wurden aufgefordert, sich im Europäischen Parlament dafür einzusetzen, dass die Europäische Union in der Welthandelsorganisation im Interesse der Armutsbekämpfung die Positionen der Entwicklungsländer respektiert und für eine Welthandelspolitik eintritt, die sich an den Menschenrechten, insbesondere dem Recht auf Nahrung, ausrichtet und Schutzmaßnahmen für die Entwicklungsländer ermöglicht. Außerdem wurde ein Ende der verbilligten EU-Agrarexporte gefordert, die die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern gefährdet. Weltladenmitarbeiterinnen referierten im Rahmen des Empfangs zu den Themen EU-Subventionen und Zölle an konkreten Beispielen: den Milchexporten nach Jamaika und den Zuckerrohrimporten in die EU.

Am Freitag, den 30.7.2004, wurde die sechswöchige Sommertour von "fair feels good" in Berlin gestartet. Gemeinsam mit den örtlichen Aktiven des Fairen Handels sollte in 38 deutschen Städten den Menschen der Faire Handel näher gebracht werden. In Berlin, auf dem Hermann-Ehlers-Platz, präsentierten und erläuterten ehrenamtliche Mitarbeiter von „A Janela“ fair gehandelte Produkte.

Quellen:

Internet: www.ajanela.de, www.fair-feels-good.de

Weitere Informationen: Weltladen „A Janela“, Emser Str. 45, 19719 Berlin, Tel.: 030/88 68 08-77, Fax: 030/88 70 18 28, E-Mail: info@ajanela.de

Beispiel 4.2.2: Oldenburg Kaffee

Mit dem Oldenburg-Kaffee können sich Oldenburgerinnen und Oldenburger im Alltag wirkungsvoll für eine zukunftsfähige Welt einsetzen: der Oldenburg-Kaffee ist ein qualitativ hochwertiger und biologisch angebauter Kaffee, wird fair gehandelt und verbindet hochwertigen Genuss in Oldenburg mit einer ökologischen und existenzsichernden Landwirtschaft in Mexiko. Das Projekt möchte verantwortliches Handeln im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung im Süden und im Norden einfacher und wirkungsvoller machen. Der Oldenburg-Kaffee ist somit ein Beitrag zu einem gerechteren Welthandel.

Der Oldenburg-Kaffee ist ein Projekt im Agenda 21-Prozess der Stadt Oldenburg und steht im Zusammenhang der landesweiten Kampagne „fairstärkung für Niedersachsen“ des Verbandes Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN). Im Mittelpunkt des Projektes steht der Faire Handel, über dessen Hintergründe und Kriterien mit einer umfassenden Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit exemplarisch am Produkt Kaffee informiert werden soll. Gleichzeitig wird die mexikanische Kaffeekleinbauernkooperative Yeni Navan unterstützt.

Von jedem verkauften Päckchen Oldenburg Kaffee erhält die Kooperative Yeni Navan statt der auf dem Weltmarkt üblichen ca. 35 Cent einen gerechteren und garantierten Mindestpreis von ca. 85 Cent. Als ein „Not-for-Profit“-Projekt werden alle Gewinne aus dem Verkauf des Oldenburg-Kaffee in Informations- und Bildungsarbeit reinvestiert.

Derzeit ist der Oldenburg-Kaffee in acht Verkaufsstellen und über das Internet – www.bauernfrische.de – erhältlich. Zu den Verkaufsstellen gehören zwei Eine-Welt-Läden, die Oldenburg Touristik und Marketing GmbH, aber auch ein Spar-Laden und andere Lebensmittelgeschäfte. Weitere Verkaufsstellen kommen laufend dazu. Die aktuelle Liste ist unter www.oldenburg-kaffee.de zu finden.

Die Initiatoren des Projektes waren das Ökumenische Zentrum Oldenburg e.V., ProZept e.V., der Förderverein Internationales Fluchtmuseum e.V. und der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN). Entwickelt wurde der Oldenburg-Kaffee von einem Trägerkreis aus Privatleuten, Organisationen und Vereinen, die sich seit langer Zeit im Fairen Handel und im Oldenburgerer Agenda 21-Prozess engagieren. Als Schirmherr des Projektes konnte mit Dietmar Schütz erstmals der Oberbürgermeister für ein FairHandels-Projekt gewonnen werden. Gemeinsam mit Bischof Peter Krug präsentierte er den Oldenburg Kaffee am 26. Juni 2004 auf dem Evangelischen Landeskirchentag in Oldenburg der Öffentlichkeit. Das Projekt wird gefördert von der Stadt Oldenburg, der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg, der Katholischen Hochschulgemeinde Oldenburg und der Stiftung BINGO-Lotto.

Quellen:

www.oldenburg-kaffee.de

Weitere Informationen: Walburga Hahn, WELTLADEN, Tel. 0441/24 89 52 4 und Marco Klemmt, VEN, Tel. 0441/92 66 2, E-Mail: info@oldenburg-kaffee.de

Für vertiefende Informationen hat die Projektgruppe eine Broschüre über den Oldenburg Kaffee, den Kaffeehandel und seine Hintergründe erstellt. Sie ist kostenlos im WELTLADEN, Kleine Kirchenstraße 12, 26121 Oldenburg, oder beim VEN im Umwelthaus, Peterstr. 3, 26121 Oldenburg erhältlich.

Beispiel 4.2.3: „Fair Trade“ als Teil eines Ganzen: „Schöpfungszeit“ in Kleve und Moers

Die Synode der Evangelischen Landeskirche im Rheinland hat 2004 einen Beschluss zur Erprobung einer „Schöpfungszeit“ gefasst. Die Kirchenkreise Kleve und Moers hatten diesen Beschluss initiiert. 2004 haben sie Modelle einer „Schöpfungszeit“ entwickelt und erprobt.

Ziel der „Schöpfungszeit“ sollte vor allem sein, auf die Verantwortung für Gottes Schöpfung und für „gerechtes Teilen“ aufmerksam zu machen. Um zu verdeutlichen, dass dieses Ziel nicht ausschließlich mit „Verzicht“ verbunden werden muss, sollte in diesem Zusammenhang das „Genießen“ der Schöpfung ausdrücklich betont werden. So wurde das Motto gewählt: „Schöpfung genießen – bewahren – teilen“, der Schwerpunkt auf die Kombination von Essen und Trinken aus der Region und aus Fairem Handel gelegt.

Das gemeinsame Programm wurde zwischen dem 14. 9. und 3. 10. 2004 durchgeführt; es bestand aus ökumenischen Gottesdiensten, Vorträgen, Diskussionen, Ausstellungen, einem Liederabend und viel „Genießen“. Eingebunden war der Erntedanktag des Kirchlichen Dienstes auf dem Lande und insbesondere ein „Schöpfungstag“ am 2. 10. 2004 in Neukirchen-Vluyn mit Podiumsdiskussion, einem „Niederrheinischen Markt der Möglichkeiten“ und einem ökumenischen Schöpfungsgottesdienst.

Planung und Organisation des Schöpfungstages lagen in den Händen des Ökumenischen Forums Agenda 21 und der Lokalen Agenda Neukirchen-Vluyn. Für diesen Aktionstag wurde außerdem der „Tag der Regionen“ mit einbezogen, wodurch ein Bündnis mit verschiedensten Bereichen der Regionalvermarktung, des fairen Handels und kirchlicher Akteure entstand.

Das Interesse an regionalen und fairen Produkten wurde mit einer Podiumsdiskussion unter dem Motto „Regional und fair – fit für die Zu-

kunft“ gestärkt. Wichtig war dabei, die Verbindung zwischen gemeinsamen Interessen der heimischen und der ökologisch orientierten Landwirtschaft und den Kleinbauern in Asien, Afrika und Lateinamerika herauszuarbeiten. Behandelt wurden auch die Chancen eines gemeinsamen Marketings von „regionalen“ und von „fair gehandelten“ Produkten und eine stärkere Vernetzung der Anbieter dieser Produkte mit der Gastronomie in der Region.

Kulinarisches vom Niederrhein sowie Kaffee und Orangensaft aus fairem Handel konnte man auf dem begleitenden „Niederrheinischen Markt der Möglichkeiten“ probieren. 800 bis 1.000 Besucher nutzten dieses Angebot. Eingebettet war der Aktionstag in das Projekt „Visitenkarte des Niederrheins“, das wiederum in Zusammenarbeit mit „NRW kulinarisch“ und dem „GEPA Fair Handelshaus“ entwickelt wurde. Im Rahmen dieses Projekts luden in der Zeit vom 26. 9. bis zum 10. 10. 2004 zahlreiche Gaststätten zu niederrheinischen Spezialitäten, die aus regionalen Produkten zubereitet wurden, und boten Kaffee aus fairem Handel an.

Da es den Organisatoren der „Schöpfungszeit“ gelang, Gottesdienste und Veranstaltungen, die schon seit Jahren bestehen, für das gemeinsame Thema zu nutzen und in das Gesamtkonzept einzubinden, war der Zeitaufwand zur Vorbereitung der Schöpfungszeit insgesamt relativ gering – bis auf die besonderen Aktionen rund um den „Schöpfungstag“. Eine Wiederholung der „Schöpfungszeit“ findet vom 1. 9. bis 2. 10. 2005 statt, zu einer Ausweitung auf andere Kirchenkreise ermutigt.

Quellen: Weinhold, Waltraud (2004): Schöpfungszeit in Kleve und Moers, Kirchliches Umweltmagazin Forum, Heft 71, 40f.; Ökumenisches Forum Agenda 21 Neukirchen-Vluyn, e-mail: howein@t-online.de

Weitere Informationen: Siehe www.kirche-moers.de und www.agenda21-nv.de; die beteiligten Gaststätten sind über die Webseite von www.tag-der-regionen.de zu erfahren.

4.3. Projekte zur Förderung lokaler und regionaler ökologischer Produkte

Landwirtschaft ist der Bereich ökonomischen Handelns der Menschen, der am deutlichsten mit der Natur verbunden ist. Aus Verantwortung für die ganze Schöpfung müssen die weltweiten Probleme der Landwirtschaft und ihre Auswirkungen für die Armen stärker denn je beachtet werden. Die Gestaltung der Landwirtschaft hat bei der Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung eine Schlüsselrolle.

Nicht zukunftsfähig sind Strategien zur Entwicklung der Landwirtschaft, die auf einen größtmöglichen kurzfristigen Gewinn ausgerichtet sind. Dies hat weltweit zu Übernutzung, Wüstenbildung und Erosion von Böden, zur Kontamination von Luft und Wasser und zu einem würdelosen Umgang mit den Tieren geführt.

Daher muss das Ziel der Landwirtschaft weltweit sein, durch eine angepasste Bewirtschaftung einen optimalen Ertrag unter gleichzeitiger Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit zu erreichen. Dies wird nur im Zuge einer Rückgewinnung einer regionalen Perspektive und durch eine Stärkung der lokalen Produzenten durch die Förderung des standortgerechten Landbaus möglich sein.

Die Kirchen sollten bei der ökologischen Nutzung ihrer Ländereien und dem Verzehr ökologisch erzeugter Produkte in ihren Einrichtungen Vorbild sein. Der standortgerechte/ökologische Landbau ist sowohl im Norden als auch im Süden zu fördern. Die kirchlichen Werke für die Entwicklungszusammenarbeit unterstützten im vergangenen Jahrzehnt vor allem Programme für kleinbäuerliche Familien mit extrem niedrigen Einkommen.

Grundlegend ist auch der Zugang zu Land. Die Agrarpolitik der Regierungen in Entwicklungsländern muss sich stärker an den Bedürfnissen der Landbevölkerung orientieren als an den Wünschen oft weltweit operierender agroindus-

trieller Konzerne. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist gefordert, den Entwicklungsländern die erforderlichen Möglichkeiten für den Schutz ihrer Märkte für Grundnahrungsmittel zu gewähren. Die Industrieländer sind gefordert, die entwicklungspolitisch schädliche Subventionierung ihrer Landwirtschaft einzustellen. Frei werdende Mittel sind langfristig für notwendige übergreifende Maßnahmen bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, zum Schutz der Artenvielfalt, den Kampf gegen die Desertifikation und für eine ökologisch und partizipatorisch orientierte Agrarforschung im Süden einzuplanen. Der kirchliche Entwicklungsdienst setzt sich deshalb auch in Dialogen mit Wirtschaft und Politik auf nationaler und internationaler Ebene für die Interessen der Kleinbauern und für eine nachhaltige Entwicklung ein.⁹

Da für Kleinbauern der Einsatz von Agrarchemie und Saatgut, das jedes Jahr neu gekauft werden muss, kaum bezahlbar ist und diese Anbaumethoden zudem eine Gefahr für den Erhalt der natürlichen Ressourcen und die Artenvielfalt darstellen, fördert der kirchliche Entwicklungsdienst vor allem den standortgerechten Landbau. Dazu gehören agrarökologische Verbesserungen wie Mischkulturen, Kompostverwendung, Regenwasserreservoirs, der Einsatz von Nützlingen zur natürlichen Schädlingsbekämpfung und die Verwendung lokaler Sorten. Solche Maßnahmen sind oftmals sehr erfolgreich. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern konnten damit ihre Erträge und ihre Einkommen steigern. Die Bodenqualität verbessert sich, und in vielen Fällen wirken die Maßnahmen zur Konservierung der Böden sogar als CO₂-Senke. Allerdings müssen auch die politischen Rahmenbedingungen für Kleinbauern verbessert werden, um im nationalen und globalen Maßstab durchgreifende Fortschritte zu erzielen.

⁹ Näheres zu diesem Thema in: Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung, Studie der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt, EKD Texte 67, 2000.

Beispiel 4.3.1: Umstellung von Großküchen auf den Einkauf aus ökologischer Produktion und fairem Handel am Beispiel der Evang. Akademie Bad Boll

Die Großküche der Evangelischen Akademie Bad Boll hat im Rahmen des inzwischen abgeschlossenen Projektes „Umweltverträgliches Wirtschaften an Akademien und Tagungsstätten“ den Einkauf und die Zubereitung ihrer Lebensmittel umgestellt. Von nun an sollen die Ziele „weltweite Gerechtigkeit“ und „Bewahrung der Schöpfung“ auch bei der Arbeit der Küche erkennbar werden.

So stammen derzeit 60 % der Lebensmittel von regionalen und ökologisch wirtschaftenden Höfen. Ökologische Produkte aus anerkanntem Anbau haben an sämtlichen Lebensmitteln einen Anteil von 32 %. Sogar der örtliche Metzger, von dem das Fleisch bezogen wird, hat inzwischen einen Vertrag mit Bioland abgeschlossen; Tee und Kaffee sind vor allem „Fair-Trade“-Produkte.

Angesichts der etwa 16.000 Gäste im Jahr (mit 27.000 Übernachtungen) trägt die Akademie als Großkunde dadurch gleichzeitig zur regionalen Wirtschaftsförderung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei. Zusätzlich wurde durch die kurzen Transportwege der Verpackungsmüll um etwa 80 % reduziert, da man weitgehend auf verarbeitete Lebensmittel verzichten kann. Früher hatte der Gast mit ca. 250.000 Kleinverpackungen pro Jahr beim Frühstück mehr Plastik als Essen auf dem Teller.

Trotz der Zweifel hat sich herausgestellt, dass sich die Lebensmittelkosten im Gegensatz zu Privathaushalten nicht um 20-30 %, sondern durch saisonalen Einkauf, genaue Verbrauchsermittlung, Reduzierung von Fleisch und Selbstbedienung nur um 15-20 % gesteigert haben. Der Fleischkonsum wurde von 6x pro Woche auf 3x reduziert. Gemüse und Salate der Saison direkt vom Erzeuger sind billiger als andere Sorten zur Unzeit vom Großhändler.

Ziel dieses Pilotprojektes ist es, anderen kirchlichen Großküchen Impulse für eine neue Ess- und Einkaufskultur zu geben und sie vom Sinn einer Umstellung auf ökologische Produkte zu überzeugen. Dass dies geglückt ist, zeigt die

Resonanz: mündliche und schriftliche Äußerungen der Gäste, Anfragen nach Besichtigungen von Küche und Keller, Kochbuchbestellungen und seit Frühjahr 2003 der vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft verliehene „Biostar“. So gilt in doppeltem Sinn: Akademie in aller Munde.

Quellen:

Internet: www.ev-akademie-boll.de/infos/kueche.htm

Weitere Informationen: Ingrid Hess, Abteilungsleiterin Hauswirtschaft, und Jobst Kraus, Arbeitsbereich Umweltpolitik und Umweltbildung, Evang. Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel: 07164/79 22 2, Fax: 07164/79 52 22, E-Mail: jobst.kraus@ev-akademie-boll.de, Internetseite: www.ev-akademie-boll.de

Beispiel 4.3.2: „Peperoni - für agenda 21“

„Katholische Verbände setzen sich gemeinsam für Themen der Lokalen Agenda 21 ein und gestalten ihr Lebensumfeld aktiv mit“. So steht es in der Zielvereinbarung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen und Verbände der Diözese Rottenburg-Stuttgart (ako) in dem Projekt „Peperoni - für agenda 21“. Die ako, ein Dachverband mit 36 Mitgliedsverbänden und insgesamt rund 100.000 Einzelmitgliedern, arbeitet konkret in vier Modellorten mit Verbandsverantwortlichen an Themen der Lokalen Agenda. Die katholischen Verbände bringen dabei ihre Kompetenz mit ein und zeigen Profil, wenn es um Entwicklungsmöglichkeiten im persönlichen und sozialem Lebensstil geht. Sie weisen auf regionale Besonderheiten im sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Bereich als Elemente nachhaltiger Entwicklung hin.

Die katholischen Verbände gehen bei dem Projekt von dem Gedanken aus, dass zwischen dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung und christlicher Schöpfungsverantwortung ein wechselseitiges Ergänzungsverhältnis besteht. So hat die Zweite Europäische Ökumenische Versammlung 1997 in Graz empfohlen, dass sich die Kirchen dem Agenda 21-Prozess anschließen und ihn mit dem Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu verbinden. Der Ansatz der nachhaltigen Entwicklung wurde auch in der Schrift der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz „Handeln für die Zukunft der Schöpfung“, die im Oktober 1998 veröffentlicht wurde, aufgenommen. Christliche Schöpfungsverantwortung findet in dem Leitbild der Nachhaltigkeit ihren zeitgemäßen Ausdruck und vertieft dessen ethische Dimension. Aufgrund dieses wechselseitigen Ergänzungsverhältnisses kommt der Nachhaltigkeit der Rang eines neuen Sozialprinzips christlicher Ethik zu.

In Bad Waldsee sind am Projekt „Peperoni - für agenda 21“ der katholische Frauenbund, der Kolping-Verband und der KAB beteiligt. 2001 wurde hier eine Aktion in der Fastenzeit „7 Wo-

chen mit regionalen Produkten“ durchgeführt. In der Vorbereitung dieser Aktion wurden Bündnisse mit anderen lokalen Organisationen eingegangen werden, die auf ihren je eigenen Bereich aufmerksam machen, wie z.B. Eine-Welt-Laden, Kleider-Stube und Kinderkleiderbörse, Ernährungszentrum. Am 1. Fastensonntag, dem 4. März 2001, fand die diözesane Misereor-Eröffnungsveranstaltung in der Kirchengemeinde St. Petrus in Bad Waldsee mit dem Thema „Teilen mit Gewinn-Geld und Entwicklung oder das Geld der Armen“, statt.

In Meckenbeuren trugen der katholische Frauenbund und das katholische Landvolk das Projekt „Peperoni - für agenda 21“. Am 8. Oktober 2001 hat hier ein regionaler Herbst- und Bauernmarkt in Meckenbeuren stattgefunden, wo an einem Informationsstand entsprechende Produkte aus regionaler Erzeugung, Transfair-Kaffee und der Honig von Fundar präsentiert wurde. Fundar ist das Projekt des Verbands Katholisches Landvolk, das den Mapuche-Indianern in Süd-Chile durch eine integrierte ländliche Entwicklung eine Lebensperspektive bietet. Auf dem Herbstmarkt interessierten sich vor allem Schulen für die regionale Landwirtschaft. Außerdem wurde eine Ausstellung zum Thema „Regionale Landwirtschaft“ in der Kreissparkasse in Meckenbeuren durchgeführt, die anschließend im Rathaus zu sehen war.

Quellen:

<http://www.peperoni-agenda21.de>

Weitere Informationen: Peperoni - Agenda 21, Jahnstr. 30, 70597 Stuttgart, Postfach 700 137, Tel.: 0711/97 91-23 5 Fax: 0711/97 91-15 5, E-Mail: ako@peperoni-agenda21.de

4.4. Projekte zum kirchlichen Umweltmanagement

Aus dem „Wittenberger Memorandum“:

In Deutschland gibt es fast 30.000 Ortsgemeinden beider großer Kirchen und damit eine vergleichbar große Anzahl von Kirchengebäuden, Pfarr- und Gemeindehäusern. Hinzu kommen die Einrichtungen der überregionalen Arbeit wie Tagungshäuser, Akademien und Verwaltung, ca. 15.000 Kindergärten sowie der Gebäudebestand der vielfältigen diakonischen und caritativen Einrichtungen. Der Unterhalt dieser Infrastruktur und das Betreiben der Einrichtungen erfordert den Einsatz von Stoff- und Energiemengen, die bisher weder insgesamt noch nach Kriterien der Nachhaltigkeit erhoben wurden. Basis des Engagements für nachhaltige Entwicklung sind zugleich die zahlreichen Gruppen und Initiativen in den Gemeinden und in den Verbänden. Sie werden insbesondere im Bereich der Bewusstseinsbildung durch die vielfältigen Angebote der kirchlichen Bildungsstätten und durch diözesane bzw. landeskirchliche Gremien und Fachstellen unterstützt, z.B. durch die diözesanen und landeskirchlichen Umwelt- und Entwicklungsbeauftragten. Besonders zu erwähnen sind auch die Klöster, die auf der Grundlage ihrer jeweiligen Spiritualität nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweisen in ihrem Alltag konkretisieren.

Kirche ist eine nicht unbedeutende Bauherrin und Verwalterin von Gebäuden. Bei Neubauten und Renovierungen kommen bereits in vielen Fällen Grundsätze des ökologischen Bauens zur Anwendung. In einigen Landeskirchen und Diözesen wurden dafür umfangreiche Baurichtlinien erarbeitet. Von großer Bedeutung ist die Art und Weise des Umgangs mit Energie. Maßnahmen zur Energieeinsparung auf der Grundlage von Energieanalysen und zur rationellen Nutzung der Energie sind wichtige Schritte auf diesem Weg. In der Studie „Energisch Energie Sparen in Kirchen“ wurde ermittelt, dass alleine in der Evangelischen Kirche Energie in der Größenordnung der Verbräuche einer Großstadt wie Hannover eingespart werden könnte, ohne dass der

Betrieb eingeschränkt werden müsste. Diese Energieeinsparung würde neben dem Schutz der Umwelt durch Reduktion der CO₂-Emissionen erhebliche Kostenminderungen zur Folge haben. Große Einsparpotenziale liegen vor allem in der sachgerechten Beheizung bzw. Dämmung des Gebäudebestandes, in einer ökologischen Büropraxis und bei der Beleuchtung. Hierzu sollen nur drei Beispiele genannt werden:

- Unnötiger Stromverbrauch in Büros

Der moderne Büroalltag macht eine Vielzahl von elektronischen Geräten notwendig. Viele dieser Geräte sind täglich 24 Stunden mit dem Stromnetz verbunden und werden auch über Nacht nicht oder nur teilweise (stand-by) ausgeschaltet. Eine weithin unbekanntes unnötige Stromverbrauchsquelle sind elektrische Geräte, deren Stromversorgungseinheit (Trafo) vor dem Netzschalter angebracht ist. Messungen ergaben, dass selbst bei ausgeschaltetem Netzzugang viele dieser Geräte noch Strom in den Trafos verbrauchen. Die Leistung solcher „ausgeschalteten Geräte“ liegt täglich zwischen 2 und 30 Watt. Wenn in den Büros unserer Kirchengebäude und Einrichtungen jeweils nur 10 Watt veranschlagt werden, ergibt das summiert einen unnötigen Strommehrverbrauch in den Gemeindebüros beider großer Kirchen Deutschlands von mehr als 4 Mio. kWh/Jahr und somit unnötige Kosten von ca. 550.000 €. Dies kann unter anderem durch eine gezielte Auswahl beim Gerätekauf oder durch den Einsatz von vorgeschalteten Steckerleisten mit Ausschalter eingespart werden.

- Energiesparlampen

Eine weitere Dimension der Entlastungsmöglichkeiten zeigt der Einsatz von Energiesparlampen. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern hat eine Energiesparlampenaktion in ihren Gemeinden durchgeführt. 18.000 Energiesparlampen wurden gekauft und gegen herkömmliche Glühbirnen ausgetauscht. Als Ersparnis über die gesamte Lebensdauer der Lampen wurde ein Wert in Höhe von ca. 1 Mio. € errechnet. Die Umwelt wird damit von ca. 12.000 Tonnen CO₂ entlastet.

- Papierverschwendung in Büros

Aus Erfassungen in Gemeinden der Evangelisch-Lutherischen Landeskirchen geht hervor, dass ein Kirchenbüro – konservativ geschätzt – durchschnittlich 150.000 Blatt Papier im Jahr verbraucht (Post, Gemeindebriefe, Handzettel, Liedblätter etc.). Bei 30.000 deutschen Kirchengemeinden ergibt sich ein Verbrauch von ca. 25.500 Tonnen im Jahr oder 116 Tonnen pro Arbeitstag. Dabei nicht eingerechnet ist der Papierverbrauch der mittleren und oberen Kirchenverwaltung und der Diakonie. Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens noch einmal die gleiche Menge verbraucht wird. Weit über 75 Prozent dieses Papiers ist „chlorfrei gebleichtes“ Papier. Dieses wird mit hohem Energieaufwand, Wasserverbrauch und immensen Transportwegen aus Zellstoff hergestellt. Der Einsatz von aus Altpapier hergestelltem Druck- und Schreibpapier sinkt inzwischen auch in der kirchlichen Verwaltung wieder.

Ökologische Grundkenntnisse und die Sensibilisierung für die alltäglichen Zusammenhänge nachhaltiger und nicht nachhaltiger Prozesse müssen stärker denn je in den Grundkanon der Ausbildung kirchlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Ebenen aufgenommen werden. Beschlüsse von Synoden oder Verwaltungsrichtlinien, deren Umsetzung nicht kontrolliert wird, erreichen ihre erhoffte Wirkung in der Regel nicht.

Die Kirche ist auch im Besitz umfangreicher landwirtschaftlicher Nutzflächen. Für eine nachhaltige Entwicklung ist es entscheidend, wie diese Flächen bewirtschaftet werden. Bewirtschaftungsrichtlinien mit Kriterien einer umweltschonenden und naturgerechten Landbewirtschaftung wären dazu eine große Hilfe. Darüber hinaus sollten ökologisch besonders wertvolle Flächen für Zwecke des Naturschutzes zur Verfügung gestellt werden. Beispielgebend sind vor allem Klöster mit ökologischer Landwirtschaft und entsprechend artgerechter Tierhaltung.

Als Besitzerin von Gebäuden trägt die Kirche auch Verantwortung für den Artenschutz. So

sind beispielsweise Kirchtürme und Dachstühle von Kirchen und Klöstern wichtige Lebensräume für Fledermäuse, Dohlen und Turmfalken.

Nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweisen konkretisiert sich sehr unmittelbar in regionalen Vermarktungsinitiativen. Hier sind ökonomische, ökologische und soziale Bedingungen eng miteinander verbunden. Diese Initiativen können von Verantwortlichen aus dem kirchlichen Bereich engagiert gefördert und unterstützt werden. Eine wichtige Unterstützung ist auch der Kauf von Nahrungsmitteln aus der Region durch kirchliche Bildungsstätten, soziale Einrichtungen und Klöster.

Beispiel 4.4.1: Kloster Benediktbeuern

Das Pilotprogramm „Kirchliches Umweltmanagement“, das im Oktober 2003 zu Ende ging, war ein auf drei Jahre angelegtes Projekt zur Verbreitung des Umwelt- und Qualitätsmanagements in der Kirche. Sechzehn katholische und evangelische Einrichtungen aus ganz Deutschland wurden bis zur Validierung nach der EMAS-Verordnung des Europäischen Parlaments (Environmental Management Audit Scheme kurz: Öko-Audit) geführt.

Gefördert wurde das Projekt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), begleitet und geleitet von der Arbeitsgemeinschaft „Kirchliches Umweltmanagement“ bestehend aus der Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung e.V. (KATE), der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) und der Clearingstelle Kirche & Umwelt in Benediktbeuern. Schon bald stieg die Anzahl der Einrichtungen und Kirchengemeinden, die bei dem Projekt mitwirken wollten, allerdings auf fast über 180 an.

Quellen: KATE (Hrsg.): Kirchliches Umweltmanagement, Stuttgart 2003, Internetseiten: www.kirum.kate-stuttgart.org, www.kloster-benediktbeuern.de

Eine Einrichtung, die von Anfang an dabei war, ist das Kloster Benediktbeuern der Ordensgemeinschaft der Salesianer Don Boscos. Auf dessen Gelände befinden sich sieben Bildungseinrichtungen: die Philosophisch-Theologische Hochschule, die Jugendherberge „Don Bosco“, die Jugendbildungsstätte „Aktionszentrum“, eine Abteilung der Katholischen Stiftungshochschule München, ein Jugendpastoralinstitut und das Zentrum für Umwelt und Kultur.

In ihrem Umweltprogramm von 2003 haben die Einrichtungen alle Ziele aufgelistet, die sie bis 2006 erreicht haben wollen und wer dafür verantwortlich ist. So gibt es zahlreiche Angebote zur Umweltbildung, die ein Schwerpunkt Benediktbeuerns sind. Im Einzelnen bedeutet das Themenabende zu Umwelt- und Naturschutz, Schaffung von Bildungsangeboten zum Thema Nachhaltigkeit bzw. Agenda 21 für Kinder und

Jugendliche, Naturerfahrungen mit Kindern usw. An beiden Hochschulen wurde ein Qualitätszirkel zum Öko-Audit gegründet, der auch auf andere Hochschulen in Deutschland ausgebaut werden soll. Weiterhin soll die Öffentlichkeitsarbeit eine große Rolle einnehmen, indem man unter anderem die Gäste, Besucher und Mitarbeiter besser über Umweltfragen informiert. Was die Außenanlagen betrifft, sollen sie durch zwei Lehrpfade, einen Wasser- und einen Bergwaldlehrpfad erweitert werden, die Felder werden unter ökologische Auflagen verpachtet. Um Energie zu sparen, haben die Einrichtungen im Kloster Benediktbeuern folgende Punkte im Umweltprogramm: Betrieb einer Hackschnitzelheizung, die 80 % des Energiebedarfs aus regenerativer Quelle deckt, Einsatz von Zeitschaltuhren und Energiesparlampen, Ausweitung von Wärmedämmmaßnahmen und den Einbau von Heizbegrenzern usw. Die Reduzierung von Wasser erfolgt durch den vermehrten Einbau von Wasserspülkästen mit Spartaste, den Einbau von Thermostatventilen für die Duschen usw. Im Bereich Abfall werden einheitlich Behältnisse zur Getrenntsammlung eingeführt, Tetra-Pack-Verpackungen vermieden usw. Zusammen mit dem Kloster Schlehdorf wird ein Workshop für die Reinigungskräfte angeboten, der über den Einsatz von ökologisch verträglichen Reinigungsmitteln informiert. Auch beim Einkauf von Lebensmitteln wird mit dem Kloster Schlehdorf kooperiert, indem man gemeinsam Produkte aus regionalem und ökologischem Anbau kauft.

Quellen: KATE (Hrsg.): Kirchliches Umweltmanagement, Stuttgart 2003

Kloster Benediktbeuern (Hrsg.): Umwelterklärung 2003 der Einrichtungen im Kloster Benediktbeuern, Benediktbeuern 2003

Weitere Informationen: Prof. Dr. Markus Vogt, Don-Bosco-Str.1, 83671 Kloster Benediktbeuern, Tel: 08857/88 10 0, Fax: 08857/88 19 9, E-Mail: kloster-benediktbeuern@t-online.de, Internetseite: www.kloster-benediktbeuern.de

Beispiel 4.4.2: Umweltmanagement für acht Pfarrgemeinden in Mannheim

Im Rahmen eines vom Land Baden-Württemberg geförderten Konvoi-Projektes werden acht Pfarrgemeinden in Mannheim, nämlich die Auferstehungsgemeinde, Dreifaltigkeitsgemeinde, Erlösergemeinde, Gnadengemeinde, Jakobusgemeinde, Pfingstberg-Immanuelgemeinde, Philippusgemeinde und Thomasgemeinde ein Umweltmanagement-System einführen. Als Grundlage dient dabei die Verordnung Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) der Europäischen Union, die einzelne Schritte auf dem Weg zu einem funktionstüchtigen Umweltmanagement beschreibt und festlegt.

Am Anfang steht die Umweltprüfung, die gerade in den acht Pfarrgemeinden stattfindet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Ressourcenverbrauch: Wie viel Strom, Erdgas, Erdöl oder Wasser verbrauchen die Pfarrgemeinden? Welche Abfallmengen fallen an? Wie hoch sind die Kosten? Ziel ist es, in Zeitreihen von 2001 bis 2004 die entsprechenden Daten zu erfassen, und zwar in jeder Gemeinde unterschieden nach Kindergärten, Gemeindehäusern, Kirchen und Pfarrhäusern. Außerdem werden umfangreiche Checklisten zu einer Vielzahl von ökologischen Aspekten bearbeitet: Da geht es um Bodenversiegelung, Reinigungsmittel oder Lärmbelästigung. Gefragt wird auch, mit welchem Verkehrsmittel die Mitarbeiter der Gemeinde zu ihrem Arbeitsplatz kommen, oder ob ökologische Kriterien beim Einkauf berücksichtigt werden. Daneben spielen Sicherheitsfragen eine wichtige Rolle. Der nächste Schritt nach EMAS besteht in der Formulierung einer Umweltpolitik, in der sich die Pfarrgemeinden ein ökologisches Leitbild geben sollen. Daran wird ein konkretes Umweltprogramm anknüpfen, das Maßnahmen, Fristen und Verantwortlichkeiten festlegt, um in den Pfarrgemeinden einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in Gang zu setzen. Schließlich wird eine Umwelterklärung für die Öffentlichkeit ausgearbeitet, in der alle Schritte zum funktions-

fähigen Umweltmanagement dargestellt werden. Eine Validierung durch einen externen Gutachter bildet den Abschluss des Projekts, geplant für Ende 2005.

Als Ergebnis dieses Projekts können sich einige markante Chancen und Herausforderungen ergeben:

1. Erhebliche Ressourcenschonung und Kosteneinsparungen: Es können unter Umständen beachtliche *Einsparungen* an Ressourcen (Heizenergie, Strom, Wasser, Papier u.a.) und Verringerungen von Abfall erreicht werden. In einzelnen Bereichen erscheinen Einsparungen von 20 bis 30 % der Ressourcen nicht utopisch. Auch finanziell sind damit erhebliche Entlastungen verbunden.
2. *Netzwerkbildung*: Ein fester und dauerhafter Verbund von Pfarrgemeinden, die ein Umweltmanagementsystem betreiben, ist insbesondere hinsichtlich des Erfahrungsaustausches, der Öffentlichkeitsarbeit, der Motivation neuer Einrichtungen sowie für einen Einfluss auf kirchliche und politische Rahmenbedingungen anzustreben.
3. *Organisationsentwicklung durch Umweltmanagement*: Ein wesentlicher „*Mehrwert*“ des Öko-Audits kann in der Verbesserung der Kommunikations- und Organisationsstrukturen in und zwischen den Pfarrgemeinden liegen.
4. *Öko-Audit als Chance der Bewusstseinsbildung*: Soll das Umweltmanagement für Pfarrgemeinden motivierend, identitätsstiftend und öffentlichkeitswirksam sein, dann darf es keinesfalls vorrangig oder gar ausschließlich auf die Fragen des technischen Umweltschutzes reduziert werden. Gerade in der spezifischen Ausgestaltung des kirchlichen Umweltmanagements hinsichtlich einer Verknüpfung mit der Bildungsarbeit, Gottesdiensten und anderen sozialen Projekten liegen für Pfarrgemeinden große Entwicklungsmöglichkeiten.

Weitere Informationen: Dr. Volker Teichert, FEST, Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg, Tel. 06221/91 22 -0, Fax: 06221/16 72 57, E-Mail: volker.teichert@fest-heidelberg.de

Beispiel 4.4.3: Der „Grüne Gockel“

Der Grüne Gockel ist eine eigens für Kirchengemeinden entwickelte Form des Umweltmanagementsystems. Grundlage ist die Europäische Umweltaudit-Verordnung EMAS (Environmental Management Audit Scheme), die von der Landeskirche Württemberg zusammen mit KATE (Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung e.V.) zum Grünen Gockel weiterentwickelt wurde und nun ein formal vereinfachtes System darstellt. In der Praxis bedeutet das für die Gemeinden weniger Formalitäten und Dokumentation, geringere Kosten, aber die gleiche Wirksamkeit. Alle Anforderungen von EMAS werden erfüllt. Damit können sich die Kirchengemeinden auch nach EMAS validieren lassen.

Der Grüne Gockel beruht auf ehrenamtlichem Engagement und legt großen Wert auf die Umweltkommunikation und auf die Verbesserung der direkten und indirekten Umweltauswirkungen.

Betreut werden die Kirchengemeinden bei ihrer Arbeit von ehrenamtlichen, kirchlichen Umweltauditorinnen und -auditoren sowie der Geschäftsstelle Grüner Gockel. Die Geschäftsstelle koordiniert auch die Ausbildung der Umweltauditoren/innen, für die es keinerlei Eingangsvoraussetzungen gibt.

Die Aufgabe einer Umweltauditorin/eines Umweltauditors besteht in der Begleitung und Moderation. Gemeinsam mit dem Schöpfungsbeauftragten der zu betreuenden Kirchengemeinde wird zunächst die Struktur des Grünen Gockels erläutert und ein Zeitplan festgelegt. Hierzu gibt es einen Leitfaden, das so genannte „Grüne Buch“ oder „Handbuch Grüner Gockel“, in dem genau erklärt wird, wie man Schritt für Schritt zum Ziel kommt, sowie eine große Anzahl an Checklisten und Vorlagen, welche die Arbeit erleichtern. Das Handbuch ist eng angelehnt an das EMAS-Umweltmanagement-Handbuch und dient auch den Revisoren/Gutachtern (s.u.) als Dokumentationsgrundlage. Ein Umweltteam wird gebildet, das für die interne und externe Kommunikation sorgt, den Bestand der Ressourcenverbräuche aufnimmt, ein Umweltprogramm mit Zielen, Maßnahmen

und Verantwortlichen entwickelt und den Prozess in einer Umwelterklärung dokumentiert.

Die Zertifizierung der Gemeinden erfolgt entweder durch kirchliche Umweltrevisoren/-revisorinnen (bereitgestellt vom Verband für Kirchliches Umweltmanagement (VKUM) oder durch akkreditierte EMAS-Gutachter.

Quellen: Evangelische Landeskirche in Baden (Hrsg.): *Aktive für die Umwelt gesucht!*, Der Grüne Gockel, Kirchengemeinden mit umweltgerechtem Handeln, 2004

Internetseiten: www.kirum.kate-stuttgart.org; www.e-kiba.de/gruener-gockel; www.vkum.de; www.kloster-benediktbeuern.de

Weitere Informationen: André Witthöft-Mühlmann, Geschäftsstelle Grüner Gockel, Evangelischer Oberkirchenrat, Blumenstr. 1-7, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721/91 75 - 84 0, Fax: 0721/91 75 - 80 9, E-Mail: gruener.gockel@eki-ba.de

4.5. Projekte zur Förderung erneuerbarer Energien und zur rationellen Energieverwendung

Aus dem „Wittenberger Memorandum“:

Auch in kirchlichen Einrichtungen ist die Frage von Bedeutung, inwieweit der hohe Energieverbrauch nicht nur durch Energiesparen und durch den Einsatz effizienter Technologien gesenkt, sondern ob auch durch den Einsatz erneuerbarer Energieträger ein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung geleistet werden kann. Ein wichtiges Element ist hier der Einsatz von Solarenergie, die durch entsprechende Anlagen auf kirchlichen Gebäuden erzeugt werden kann.

Zahlreiche evangelische Landeskirchen und katholische Diözesen haben den Einsatz von Solarenergie in den letzten Jahren durch unterschiedliche Maßnahmen gefördert. So wurde in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg seit 1997 der Bau von 15 Solaranlagen aus dem Umweltfonds der Landeskirche bezuschusst. Auch die Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche hat einen Fonds, der zweckgebundene Zuschüsse für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen vergibt. In der Evangelischen Landeskirche in Baden existiert ein Programm für energiesparendes und umweltschonendes Bauen in den Kirchengemeinden, mit dem unter anderem Energieberatung, die Verbesserung von Wärmedämmungen, die Installation von Steuerungs- und Regelungsanlagen wie auch Pilotprojekte zur aktiven Nutzung erneuerbarer Energien wie Solarkollektoren und Photovoltaikanlagen gefördert werden. Im Blick auf Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung wird in einigen katholischen Diözesen auch die Kraft-Wärme-Koppelung in Form von Blockheizkraftwerken gefördert.

Einen großen Schub hat der Einsatz der Solarenergie in kirchlichen Einrichtungen durch ein Förderprogramm der Deutschen Bundesstiftung Umwelt bekommen, mit dem in den letzten drei Jahren mit einem Gesamtzuschuss von ca. 10 Mio. € bis zu 600 Solaranlagen in katholischen und evangelischen Kirchen gefördert werden

konnten. Dieses Förderprogramm war mit der Auflage verknüpft, in den jeweiligen Gemeinden aktiv über den Einsatz dieser Technik zu informieren, um „Nachahmungseffekte“ anzuregen. Das Förderprogramm ist noch nicht abschließend evaluiert, es kann aber bereits jetzt davon ausgegangen werden, dass gerade dieses Element der regionalen Bewusstseinsbildung sehr erfolgreich war.

Beispiel 4.5.1: Kirchengemeinden für die Sonnenenergie am Beispiel der Evang. Matthäusgemeinde Offenburg

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt hat 1999 eine Förderinitiative „Kirchengemeinden für die Sonnenenergie“ gestartet. Die Antragsfrist lief 2001 aus. Ursprünglich auf 300 Gemeinden begrenzt, wurde das Programm auf Grund der großen Nachfrage auf 700 Gemeinden erhöht.

Ziel des Projektes war es, den vermehrten Einsatz von Solaranlagen, vor allem auch durch private Haushalte und klein- und mittelständische Betriebe, zu beschleunigen, um so zur CO₂-Reduzierung beizutragen. Da die Kirchen immer noch eine meinungsbildende Funktion inne haben, sollten Kirchengemeinden durch die Verbreitung ihres Wissens über Solarenergie und die Demonstration der Fotovoltaikanlagen helfen, das Bewusstsein in der Bevölkerung zu Gunsten der Solarenergie zu verbessern. Außerdem sollen weitere Kirchengemeinden motiviert werden, solarthermische und fotovoltaische Demonstrationsanlagen auf ihren Gebäuden zu installieren.

Um jedem Bürger/jeder Bürgerin zu zeigen wie effektiv Solarenergie genutzt werden kann, ist es wichtig, öffentlichkeitswirksam zu arbeiten. Z.B. durch Visualisierungstechnik d.h. auf einer Tafel werden die Ertragswerte der Anlage aufgezeigt und die Anlagentechnik erklärt oder durch aktive Gemeindearbeit der Gemeindemitglieder.

Quellen: www.dbu.de/spunkte/kirchendaecher/

Weitere Informationen: Deutsche Bundesstiftung Umwelt, An der Bornau 2, 49090 Osnabrück, Projektleiter Christian Feige, Tel: 0541/96 33-920, Fax: 0541/96 33-99 0, E-Mail: kirchendaecher@dbu.de

Ein weiteres Beispiel einer Kirchengemeinde ist die Matthäusgemeinde Offenburg, die in den Jahren 2001/2002 zwei Fotovoltaikanlagen auf dem Dach des Gemeindezentrums in Weier installiert hat. Die Idee für die so genannten „Weierer Schöpfungsfenster“ kam vom Förderverein der Gemeinde und sie wurde sowohl von dem

Pfarrerehepaar Kühlewein-Roloff als auch den Bürgerinnen und Bürgern begeistert aufgenommen. So wurde 2002 eine weitere Anlage gebaut. Zusammen erzeugen die beiden Solaranlagen, eine 5kW und eine 2,3kW Anlage etwa so viel Strom wie 6 Personen in einem Jahr verbrauchen.

Um die Anlagen populär zu machen, werden Vortragsabende, Ausstellungen, Ökumenische Gottesdienste, Malkurse usw. durchgeführt.

Mit Jahresbeginn 2004 sind es 13.000kW-Stunden, die die Kirchengemeinde ins Netz einspeisen konnte.

Quellen:

www.dbu.de/spunkte/kirchendaecher/kirche15504/47.html, <http://matthaeus.ekiog.de>

Weitere Informationen: Pfarrer Kühlewein-Roloff, Evang. Matthäusgemeinde, Johannesweg 11, 77656 Offenburg, Tel: 0781/57 84 0, Fax: 0781/59 40 3. E-Mail: Matthaeusgemeinde.OG@t-online.de, Internetseite: <http://matthaeus.ekiog.de>

Beispiel 4.5.2: Klimaschutzprogramm der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)

Als einer der Verursacher von Kohlendioxid-Emissionen hat die Synode der EKHN 2003 ein Klimaschutzprogramm verabschiedet, das zum Ziel hat, den CO₂-Ausstoß bis 2005 um 25 % zu verringern.

Hierzu soll der Verbrauch an Heizöl, Erdgas und Strom zentral von einer „Controlling-Stelle“ aus kontrolliert werden, die Gemeinden sollen auf Strom aus Sonnenlicht, Wasser- oder Windkraft umsteigen und besonders große Energiefresser sollen durch bereitgestellte Gelder des Ökofonds der EKHN beseitigt und erneuert werden.

Weiterhin werden Glühbirnen durch Energiesparlampen ersetzt, Fotovoltaikanlagen zur Nutzung des Sonnenlichts auf die Dächer von Gemeindehäusern, Kirchen usw. gebaut.

Falls die Erzeugung des „Ökostroms“ nicht ausreichen sollte, ist eine weitere, allerdings nicht ganz regenerative Möglichkeit, ein Blockheizkraftwerk, das gleichzeitig Wärme und Strom erzeugt. In Bezug auf Renovierungen und Umbauten sollen die Vorgaben der Wärmedämmung eingehalten werden.

Obwohl die EKHN noch kein Umweltmanagementsystem eingeführt hat, wird doch an jedes Mitglied, jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin appelliert, zur Umsetzung der Ziele beizutragen. Außerdem gibt es ein aus dem Umweltbeauftragten Pfarrer Wilhelm Wegner, dem Umweltberater Reinhard Franke, ehrenamtlichen kirchlichen Umweltberaterinnen und -beratern und Umweltbeauftragten in Dekanaten und Einrichtungen bestehendes Netzwerk.

Quellen: Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Hrsg.): perspektive, Thema: Klima und Klimaschutz, Ausgabe 4, Frankfurt/Main: Dezember 2003.

Weitere Informationen: Wilhelm Wegner, Umweltbeauftragter der EKHN, Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, Referat für Umweltfragen, Darmstadt, Tel: 06151/36 70 04, E-Mail: Wilhelm.Wegner.zgv@ekhn-net.de

4.6. Projekte im Bereich Mobilität und Verkehr

Warum ist Mobilität ein Thema für Kirchen und Kirchengemeinden? Die Tragweite der damit verbundenen Fragestellungen wird unmittelbar einsichtig, wenn man sich vor Augen führt, wieviel Mobilität die kirchlichen Aktivitäten erfordern; um Beispiele zu nennen:

- Pfarrer machen Besuche in der Gemeinde und in Krankenhäusern, halten Unterricht in der Schule, nicht selten versorgen sie auf dem Lande zwei und mehr Gemeindestellen und Kirchen;
- kirchliche Sozialstationen sowie diakonische und caritative Einrichtungen unterhalten – unter anderem – ambulante Pflegedienste;
- kirchliche Einrichtungen werden täglich von sehr zahlreichen Besucherinnen und Besuchern genutzt: vom Kindergarten bis zu kirchlichen Tagungshäusern.

In allen diesen Fällen gilt es, den damit verbundenen Transporte von Personen und Gütern nicht nur effizient und kostengünstig, sondern auch möglichst sozial- und umweltverträglich zu gestalten.

Dass das Thema auch für die Kirchen von höchster Bedeutung ist, hat den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf dazu geführt, dem Thema Mobilität im Rahmen seiner Beschäftigung mit dem globalen Klimawandel und seinen Folgen eine hohe Priorität einzuräumen. Global gesehen nimmt der motorisierte Transport bei den CO₂-Emissionen mit fast 30 Prozent eine wesentliche Größenordnung ein. Der Ökumenische Rat der Kirchen greift daher die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der heutigen Mobilität von Menschen und Gütern weltweit unter dem Gesichtspunkt der christlichen Verantwortung auf und stellt die Forderung, dass die Kirchen ihren Beitrag leisten sollen bei der Suche nach Formen der Mobilität, die innerhalb der von der Schöpfung gesetzten Grenzen für menschliches Handeln liegen.

Die Überlegungen zu einer strukturell anderen Form der Mobilität geht dabei von folgenden Leitgedanken aus:

- Alle Akteure sollten bei der Planung von Mobilitätsstrukturen einbezogen werden; dabei sollte die ganze Vielfalt von motorisierten und nicht motorisierten Transportmitteln und möglichen Mobilitätsdienstleistungen mit einbezogen werden. Ein hervorragendes Forum hierfür sind Arbeitskreise der Lokalen Agenda 21, in die Kirchen sich einbringen können.
- Nötig ist eine verstärkte Förderung und Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in den Städten und auch auf dem Land. Auch die Verbesserung von Fahrradwegen ist häufig Bestandteil einer „nachhaltigen“ Verkehrsplanung.
- Motorisierter Verkehr sollte so weit wie möglich vermieden beziehungsweise reduziert werden; wo dies nicht möglich ist, sollte er auf die Schiene oder aufs Wasser verlegt werden; wo auch dies nicht geht, sollte der verbliebene Pkw- und Lkw-Verkehr technisch optimiert, in vielen Fällen dazu auch verlangsamt werden. Kurz- und Mittelstreckenflüge sollten ebenfalls so weit wie möglich reduziert und die Transportleistungen auf die Schiene verlegt werden.
- All dies wird nur möglich sein, wenn der Wohnort und die Region als Lebensraum (wieder-)entdeckt wird – sowohl für die Menschen in ihrer Arbeits- und Freizeit, als auch im Blick auf die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, die so weit wie möglich aus der Region kommen sollten.

Auf dem Hintergrund dieser Leitlinien lassen sich eine große Zahl von Projekten und Aktivitäten von Kirchen und Kirchengemeinden zu einer positiven Veränderung der Mobilität anführen. Sie reichen von der Mitarbeit in Lokalen Agenda-Arbeitskreisen über entsprechende Bildungs- und Bewusstseinsbildungsarbeit bis zur Veränderung der eigenen Praxis. Die beiden hier dargestellten Beispiele können nur kleine Ausschnitte des Bereichs präsentieren.

Beispiel 4.6.1: Mobil ohne Auto

1981 startete das kirchliche Forschungsheim Lutherstadt-Wittenberg in der damaligen DDR mit Bürgerinnen und Bürgern der Stadt eine neue Basisbewegung, die den freiwilligen Verzicht auf das Auto propagierte. Umweltschutzverbände und kirchliche Organisationen gründeten nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten eine Dachorganisation, die Aktionen zu einem autofreien Sonntag im Jahr unter dem Namen „Mobil ohne Auto“ schnell bundesweit ausdehnte. Das Bundesumweltministerium unterstützte die Aktion, in mehreren Bundesländern – darunter in Baden-Württemberg – bildeten sich Landeskoordinationsstellen.

Die Aktionen der letzten Jahre waren weniger vom Gedanken des Verzichts geprägt. Der dritte – autofreie – Sonntag im Juni wurde zunehmend von Festen geprägt, bei denen besondere Aktionen für Fußgänger, Radfahrer oder auch Inline-Skater veranstaltet wurden. Zum Teil wurden für solche Events Teilstrecken von Bundesstraßen gesperrt, um auf diese Weise der Bevölkerung ein „neues Mobilitätsgefühl“ zu ermöglichen.

An den bundesweiten dezentralen Aktionen „Mobil ohne Auto (MoA)“ haben sich auch 2004 wieder über eine halbe Million Menschen beteiligt, in rund 230 Gemeinden vom Bodensee über Potsdam bis nach Hamburg. Baden-Württemberg war als beteiligungsstärkstes Bundesland mit Aktivitäten in 105 Gemeinden dabei. „Mobil ohne Auto im Oberen Nagoldtal“, die erstmals grenzüberspannende Aktion „Natürlich Mobil am Bodensee“ und die Sperrung der B 27 am Neckar zwischen Heilbronn und Mosbach waren die drei größten Veranstaltungen im Bundesland. Auf dem Hauptgüterbahnhof in Braunschweig gab es am MoA-Aktionssonntag die erste inoffizielle Draisinen-Weltmeisterschaft mit über 50 Draisinenteams auf 3 parallelen Gleisen mit rund 5000 Zuschauern.

In drei Ruhrgebietsstädten traten beim „Großen Rennen“ verschiedene Verkehrsteilnehmer gegeneinander an, in Karlsruhe gab es einen Fahrrad-Flickwettbewerb und in Potsdam lud der

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) zu einem Tag der Fahrgäste unter dem Motto „Berlin und Brandenburg feiern MoA“.

Die Vorbereitung derartiger Aktionen ist von Ort zu Ort sehr unterschiedlich organisiert. Häufig finden sich jedoch Vertreter von Kirchengemeinden, Umweltverbänden, des VCD und von Sportvereinen zusammen. Aber auch die örtlichen Verkehrsunternehmen und Krankenkassen sowie die Umweltämter von Städten und Gemeinden sind sehr oft mit einbezogen. Der „A-OK-Radsonntag“ kooperiert mit der Initiative „Mobil ohne Auto“.

Viele Kirchengemeinden, die sich an der „Mobil ohne Auto“-Initiative beteiligen, haben in diesem Rahmen noch eigene Veranstaltungen und Aktionen organisiert. Die Jahreszeit bietet sich natürlich zu „Gottesdiensten im Grünen“ an, bei denen ein Bezug zur Aktion und zum Thema „Bewahrung der Schöpfung“ generell hergestellt wird. Einige Gemeinden haben auch im Anschluss zum Gottesdienst zu einer gemeinsamen Wanderung ins Grüne eingeladen.

Verschiedentlich wurden am „Mobil ohne Auto“-Tag auch Aktionen rund ums Fahrrad organisiert. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt: berichtet wurde von Fahrrad-Flohmärkten, Reparaturlehrgängen, Codier-Aktionen, Rikscharundfahrten und Fahrrad-Rallyes. Langfristigere Wirkungen versprechen sich die Initiatoren von Aktionen, die anlässlich von „Mobil ohne Auto“ Mobilitätsberatungen organisieren. Auch hier sind ganz verschiedene Formen möglich: von Hinweisen auf Tagesausflüge unter Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel einschließlich ausgedruckter Fahrpläne bis zum Aufbau von Mitfahrbörsen, die Pendler für ihren täglichen Weg zum Arbeitsplatz nutzen können.

Quellen: Ev. Gemeindedienst für Württemberg (Hrsg.) (2002): Vorfahrt für die Schöpfung – Autofreier Sonntag. 2. Aufl., Stuttgart

Weitere Informationen:

<http://www.mobilohneauto.de/index.php>

Beispiel 4.6.2: Car-Sharing in Kirchengemeinden und „Aktion Autofasten“

Das Prinzip des Car-Sharing – Auto-Teilen – ist simpel. Menschen, die nur gelegentlich ein Auto brauchen, teilen dieses Auto mit anderen. Da die tägliche Koordination kompliziert sein kann, haben sich Car-Sharing-Initiativen gegründet, die diese Autos besitzen und ihren Mitgliedern gegen Kostenumlage zur Verfügung stellen. Je nach Initiative können die Fahrzeuge telefonisch oder auch über Internet gebucht und an vereinbarten Stationen abgeholt und wieder abgestellt werden; berechnet wird üblicherweise eine Mischung aus reservierter Zeit und gefahrener Kilometer. Das Car-Sharing Mitglied zahlt darüber hinaus in der Regel einen Grundbeitrag, hat aber dafür keine Anschaffungskosten und vor allem auch keinen Ärger mit Wartung und Reparaturen der Autos.

Je mehr Menschen einer solchen Initiative beitreten, desto größer und variantenreicher kann das Fahrzeugangebot sein – vom Zweisitzer Smart-Cabrio bis zum Neunsitzer oder Transporter. Mittlerweile gibt es Car-Sharing-Verbände mit über 7.000 Mitgliedern und 400 Fahrzeugen.

Für Kirchengemeinden bieten sich zwei in der Regel einfache Möglichkeiten der Teilnahme: Zum einen können kirchliche Mitarbeiter der Car-Sharing-Initiative vor Ort beitreten und zumindest einen Teil, wenn nicht ihren gesamten Autobedarf auf diesem Weg befriedigen. In sehr vielen Fällen können zumindest Zweitwagen kostengünstig durch die Teilnahme an Car-Sharing ersetzt werden.

Eine weitere Möglichkeit liegt darin, auf dem Gelände der Kirchengemeinde – sofern möglich – einen Standort für ein Car-Sharing-Auto anzubieten. Das setzt natürlich eine Mindestzahl von Nutzern in der Umgebung voraus, aber erfahrungsgemäß ist es oftmals das sichtbare Angebot am Ort, das die Bereitschaft zur Teilnahme an Car-Sharing-Initiativen deutlich steigert. Mit der Einrichtung eines Stellplatzes kann wiederum auch eine Informationstafel verbunden wer-

den – ein sichtbares Zeichen, dass sich die Kirchengemeinde für diese Initiative einsetzt.

Sofern kein Car-Sharing am Ort verfügbar ist, kann sich eine Kirchengemeinde auch für die Gründung einer entsprechenden Initiative einsetzen – oder ein Verbundunternehmen in der Nähe ansprechen und die Mitwirkung beim Aufbau eines neuen Standorts anbieten. Die Gründungsphase ist in aller Regel mit viel zeitlichem Engagement und auch mit Investitionen und dem Aufbau einer entsprechenden Organisationsstruktur verbunden. Möglich ist auch hier, ein solches Projekt über einen entsprechenden Arbeitskreis einer lokalen Agenda 21 in Gang zu setzen.

Die Bistümer Trier, Mainz und Limburg sowie die Evangelischen Kirchen im Rheinland, in Hessen-Nassau und der Pfalz laden seit sieben Jahren zum sogenannten „Autofasten“ ein. Im Jahr 2005 sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihr Auto in der Zeit vom 20.2. bis zum 20.3. stehen lassen – zumindest so oft wie möglich – und in dieser Zeit andere Formen der Mobilität ausprobieren. Explizit wird dazu aufgerufen, in dieser Zeit auch das Car-Sharing auszuprobieren. In den letzten Jahren haben sich weit über 5.000 Menschen an dieser Aktion beteiligt – einer Untersuchung zufolge haben über 60 Prozent ihr Mobilitätsverhalten dauerhaft geändert. Im Jahr 2005 wird die Aktion erstmals auch in Österreich und in Luxemburg angeboten.

Weitere Informationen: Bundesverband Carsharing mit Ortsliste der Initiativen der gesamten Bundesrepublik: <http://www.carsharing.de>

Stadtmobil Rhein-Neckar AG, Viktoriastraße 12, 68165 Mannheim, <http://stadtmobil.de/rhein-neckar/>; <http://www.autofasten.de>

4.7. Projekte im Bereich Natur- und Artenschutz

Die Verbindung zwischen der von der christlichen Umweltethik festgestellten Verantwortlichkeit des Menschen im Blick auf die Bewahrung der Schöpfung und der praktischen Arbeit im Natur- und Artenschutz ist besonders einleuchtend. In diesem Bereich können ganz praktische und konkrete Schritte unternommen werden, um Naturräume zu schützen und die Lebensbedingungen für einzelne Tier- und Pflanzenarten zu erhalten oder zu verbessern. Dafür ist es notwendig, sich im Detail mit den Lebensbedingungen von Tieren und Pflanzen und mit den Funktionszusammenhängen von natürlichen Ökosystemen zu befassen, Wissen darüber zu erwerben und dieses Wissen auch an andere Mitglieder der Gemeinde und an die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben. Sehr sinnvoll sind Kooperationen mit Natur- und Umweltschutzgruppen, gerade im Rahmen von gemeinsamen Anstrengungen einer lokalen Agenda 21.

Wer sich mit der „kirchlichen Landschaft“ näher befasst, entdeckt erstaunlich viele Tätigkeitsfelder, für die Natur- und Artenschutz ein wesentliches, wenn nicht gar unverzichtbares Element ist.

– Zunächst gibt es die Kirchen und Kirchengemeinden, die landwirtschaftlich nutzbare Flächen oder Wald besitzen, die sie – in wenigen Fällen – selbst bewirtschaften oder, häufiger, als Pachtland vergeben. Hier sind ökologisch orientierte Verhaltensweisen auf sehr unterschiedlichen Wegen möglich: Es gibt Landeskirchen, die den Einsatz von genetisch veränderten Saatgut auf ihrem Land durch entsprechende Klauseln in den Pachtverträgen ausschließen. Die Waldbewirtschaftung kann nach verschiedenen Gütesiegeln zertifiziert werden – und anderes mehr.

– Kirchen sind für sehr viele andere Freiflächen verantwortlich – dazu zählen die Außenanlagen um Kirchen, Gemeinde- und Pfarrhäuser, Pfarrgärten, Spielplätze an Kindergärten, nicht zuletzt auch Friedhöfe. Alle diese Außen-

flächen können naturnah gestaltet und ökologisch verträglich bewirtschaftet werden. Gerade innerhalb von Siedlungen können naturfreundliche Gestaltungen und Bewirtschaftungen von Freiflächen unterschiedlichste Lebensbereiche und „Kleinstandorte“ für viele verschiedene Pflanzen und Tiere bieten. Derartige Flächen können bei den Beteiligten bewusstseinsbildend wirken, indem sie Impulse für das Gemeindeleben setzen, öffentliches Interesse wecken und vielleicht sogar zur Nachahmung anregen.

– Auch die Gebäude selbst, insbesondere alte Kirchen und Kirchtürme, sind häufig Lebensraum für seltene Tierarten. Auch dies kann durch eine entsprechende Arbeit in den Gemeinden bewusst erhalten und gefördert werden.

– Nicht zuletzt können die Tätigkeitsfelder im Natur- und Artenschutz an den konkreten Anschauungsobjekten der Gemeinde für die praktische Vermittlung des Gedankens genutzt werden, dass man eigene, kleine Beiträge zum Erhalt der Natur und der Artenvielfalt leisten kann. Ansätze der Schöpfungstheologie können so auf die praktische Arbeit und die Bildungsarbeit bezogen werden – angefangen von den Kindergärten bis hin zur Erwachsenenbildung.

Beispiel 4.7.1: Naturnahe Gestaltung von Kindergärten

Der Gedanke ist naheliegend. Fast alle kirchlichen Kindergärten haben ein Spielgelände im Freien zur Verfügung, außerdem gibt es häufig Außenanlagen, die nicht direkt zum Spielen genutzt werden können: Ränder von Zufahrtswegen, Böschungen und anderes mehr. Außen-spielgelände und andere Außenanlagen können naturnah gestaltet werden: ein Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation, der gleichzeitig zur Umweltpädagogik im Kindergarten selbst genutzt werden kann. Nicht selten sind die so gestalteten Flächen an Ende auch noch sehr viel attraktiver als zuvor.

Die „Krönung“ einer naturnahen Gestaltung von Kindergärten besteht aber dann zusätzlich in einer ökologisch bewussten und anspruchsvollen Gestaltung der Spielgeräte und Spielmaterialien. Häufig ist es dadurch möglich, in das Spielen der Kinder selbst einen Bezug zur Natur zu integrieren, das den Aufenthalt im Kindergarten zu einem ganz neuen Erlebnis macht.

In den letzten Jahren haben bereits viele Gemeinden durch Initiativen der ErzieherInnen, oft auch in gemeinschaftlichen Aktionen mit Eltern und Kindern, ganz unterschiedliche Wege zur Verbesserung ihres Kindergartens in dieser Hinsicht beschritten. Im Folgenden können nur einige wenige Beispiele dieser Art erwähnt werden.

Im Evangelischen Kindergarten in Höfingen wurden in Gemeinschaftsaktionen von ErzieherInnen, Eltern und Kindern im Außengelände ein naturnaher Garten gestaltet. Aus Natursteinquadern wurde eine Halbarena, ein Wasser- und Sandspielbereich mit Bachlauf und eine Kräuterspirale gestaltet. Die Steine wurden auch als Sitze vor einem Weidenpavillon und als Trittsteine an der mit einem Balancierstamm verbundenen „Hügelkette“ verwendet. Strauchpflanzungen ermöglichen Versteckspiele und bieten Rückzugsmöglichkeiten und grenzen eine Naturbaustelle ab, auf der die Kinder mit Naturma-

terialien wie Steine, Äste, und Holzklötze selbst etwas gestalten können.

Im Evangelischen Kindergarten Mühlacker-Lomersheim wurde der ehemals ungenutzte und unattraktive Vorgarten zu einem Garten für die Kinder umgestaltet. Auch hier wurde eine Halbarena aus Natursteinblöcken angelegt, Duft- und Blütensträucher auf die terrassierte Böschung gepflanzt und ein „Sinnenweg“ angelegt. Zwei Kommunalpolitiker haben dem Kindergarten selbst gebaute Holzbänke geschenkt.

Ein weiterer Kindergarten mit Naturspielräumen befindet sich in Vaihingen/Enz. Hier haben Kinder aus Weidenmaterial Flechtzäune, Kriech- und Laufunnel sowie verschiedene Hütten errichtet. Aus Holzstämmen wurden Bänke und „Zwergensessel“ gebaut, bei einer Pflanzaktion wurde der „Märchenhain“ mit Sträuchern und Bäumen bepflanzt, und auch ein Apfelbaum wurde gesetzt. Im Vordergrund bei diesem Umbau stand auch hier die Eigeninitiative von ErzieherInnen, Eltern und Kindern.

Quellen: Evangelische Landeskirche in Württemberg (Hrsg.) (2003): Zukunftsfähige Kirche. Berichte, Beispiele und Impulse für eine nachhaltige Entwicklung, Stuttgart. Evangelische Landeskirche in Württemberg (Hrsg.) (2001): Ökologische Leitlinien in der Praxis, 3. Aufl., Stuttgart

Weitere Informationen: Ev. Kindergarten Höfingen, Ulmenstr., 71229 Leonberg-Höfingen; Ev. Kindergarten Hummelberg, 75417 Mühlacker-Lomersheim; Ev. Kindergarten Gündelbach, 71665 Vaihingen/Enz

„LebensRäume“, Dipl.Ing. Luise Lüttmann, 75428 Illingen-Schützlingen; DIE WERKSTATT gGmbH Heidelberg Wieblingen Weg 81/1, 69123 Heidelberg

Beispiel 4.7.2: Kirchtürme – Lebensräume für Tiere

Viele Kirchtürme sind begehrte Quartiere für bestimmte, teilweise seltene Tierarten: Fledermäuse sowie Turmfalken, Schleiereulen und andere Vögel sind vor allem zu nennen. In der Regel bedarf es nur wenig, um den seltenen Arten ihre Rückzugsräume zu erhalten oder durch kleine bauliche Veränderungen neu zu schaffen. Viele Menschen verfügen aber heute nicht mehr über das notwendige Wissen – und was man nicht kennt, das kann man auch nicht schützen. Daher ist es notwendig, sich zu informieren: Welche Tiere haben den Kirchturm besiedelt? Was brauchen sie zu ihrem Wohlergehen? Müssen bestimmte Sperrzeiten – etwa für Besichtigungen oder Umbaumaßnahmen – eingehalten werden, um den Tieren „geschützte Kinderstuben“ zu bieten? Sollten bestimmte bauliche Veränderungen – zum Beispiel die Montage einer Mobilfunkantenne – schon allein aus Gründen des Tierschutzes unterbleiben?

Auch in diesem Bereich bietet sich daher die Möglichkeit, praktische Arbeit für den Natur- und Artenschutz mit der entsprechenden Umweltbildungsarbeit zu verbinden. Das kann schon aus ganz einfachen Maßnahmen wie einer Information der Gemeinde durch Aushang im Schaukasten, einem Artikel im Gemeindeblatt oder der Lokalzeitung oder einem Vortrag durch einen Spezialisten bestehen. In manchen Fällen mag die Kooperation mit einer örtlichen Naturschutzgruppe sehr sinnvoll sein. Im Folgenden können auch hier nur einige charakteristische Beispiele genannt werden.

Die Michaelskirche in Entringen beherbergt eine der größten Fledermaus-Kolonien in Baden-Württemberg. Das hat die Gemeinde bei der anstehenden Renovierung der Kirche im Jahr 1996 vor große Probleme gestellt, denn diese Kolonie sollte unbedingt erhalten bleiben. So wurde während der für die Renovierung notwendigen Probebohrungen ein Orgelkonzert für die Fledermäuse veranstaltet, das den Lärm der Bohrungen übertönte: Musik waren die Tiere

gewohnt. Der Termin für die Renovierung wurde auf die Zeit zwischen Oktober und April festgelegt, da zu dieser Zeit keine Fledermäuse im Dachstuhl wohnen. Zur Information für die Gemeinde wurde ein Vortragsabend eines Fledermaus-Spezialisten organisiert, durch den die Gemeinde über die Eigenarten im Verhalten der Tiere und die daraus resultierenden Schutzmaßnahmen unterrichtet wurde. „Als Belohnung“ fanden sich nach der Renovierung unverändert viele Fledermäuse in ihrem Sommerquartier ein.

Die Kirchengemeinde Heimsheim hat in Zusammenarbeit mit dem BUND die Nistmöglichkeiten im Kirchturm verbessert. Eine eigentlich für Schleiereulen installierte Kiste wurde von Turmfalken und in den darauf folgenden Jahren von Dohlen bezogen. Unter dem Dachvorsprung des neuen Freizeithauses wurden Fledermauskästen angebracht, die vom Jugendkreis hergestellt wurden. Auch das Kirchengebäude selbst beherbergt jetzt Fledermäuse; auch hier wurden Kästen auf dem Dachstuhl angebracht und Einflugschneisen erweitert. Über die Aktionen wurde jeweils im Gemeindebrief informiert; die Projekte sind von den Gemeindemitgliedern sehr positiv aufgenommen worden.

Im Jahr 2003 hat das Wanderfalkenpaar im Turm der Esslinger Stadtkirche zum ersten Mal erfolgreich gebrütet. In Heidelberg sind es die Jesuitenkirche und die Heiliggeistkirche, in deren Türmen Wanderfalken regelmäßig brüten. Auch St. Martin in Köln ist von Wanderfalken besiedelt. Artenschutz in Kirchtürmen ist also auch eine Aufgabe in Städten!

Quellen: Evangelische Landeskirche in Württemberg (Hrsg.) (2001): Ökologische Leitlinien in der Praxis, 3. Aufl., Stuttgart

Weitere Informationen: zu Entringen: *Evangelisches Pfarramt, Kirchstr. 11, 72119 Ammerbuch*; zu Heimsheim: *Evangelisches Pfarramt, Kirchstr. 5, 71296 Heimsheim*. Zu Heidelberg: <http://www.ag-wanderfalken.de/index.php>

4.8. Projekte zur Armutsbekämpfung im lokalen Umfeld

Die Sorge um ausgestoßene und in Not geratene Menschen ist von je her eine wesentliche Aufgabe von Kirche und ihrer diakonischen und caritativen Arbeit. Sie leitet sich direkt vom biblischen Auftrag ab. Kirche versteht sich hier als „Anwalt“ der armen Menschen und derer, die in unserer Gesellschaft am Rande stehen.

Armut und soziale Ausgrenzung sind Querschnittsthemen, die viele Arbeitsbereiche diakonischen und caritativen Handelns berühren. Die Kirchen beteiligen sich daher auch an der politischen Debatte um Armut und soziale Ausgrenzung. Durch ihr Engagement und ihre Projekte nehmen sie in vielfältiger Weise die Aufgabe wahr, auf die besonderen Notlagen dieser Menschen hinzuweisen und durch praktische Arbeit ihre Situation zu verbessern. Diakonische und caritative Einrichtungen betonen in der Debatte um Nachhaltigkeit daher in besonderer Weise die sozialen Anforderungen, denen wirtschaftspolitischer Regelungen, aber auch umweltpolitische Vorstellungen genügen müssen.

In dieser Perspektive muss darauf hingewirkt werden, dass die Politik die soziale Arbeit anerkennt und die Qualität dieser Arbeit befördert, dass zwischen den Generationen und zwischen den Geschlechtern durch politische Entscheidungen mehr Gerechtigkeit hergestellt wird, und dass die Integration von Menschen in der Gesellschaft als vordringliches politisches Ziel betrieben wird.

Das Wittenberger Memorandum stellt fest:

„Die Diakonie muss sich selbst den Anforderungen nachhaltigen Handelns in der sozialen Arbeit stellen. Unter den sozialen Gesichtspunkten gehört dazu: Partizipation der Betroffenen (Patienten etc.), Arbeitsbedingungen, die auch gesellschaftliche Arbeit ermöglichen, die Sicherstellung eines sozialen Zusammenhalts, der Einkommensgerechtigkeit und der Gerechtigkeit zwischen den Generationen und den Geschlechtern. Zu den wirtschaftlichen Aspekten gehört der schonende Umgang mit den Finanzmitteln, die Transparenz bei wirtschaftlichen Prozessen, die Herstellung von Planungssicherheit für

Dienste und Einrichtungen sowie die Sicherung der personellen Ressourcen. Ökologisch steht die Frage der kontinuierlichen Verbesserung der Schonung natürlicher Ressourcen im Vordergrund.

Die verschiedensten sozialen Arbeitsfelder der Diakonie – wie 318 stationäre Einrichtungen der Krankenhilfe, 783 Heime und 9.505 Tageseinrichtungen der Jugendhilfe, 1.915 Heime der Altenhilfe, 1.431 ambulante sozialpflegerische Dienste – sind Orte zu praktizierender beziehungsweise praktizierter Nachhaltigkeit.“

Die beiden großen christlichen Kirchen unterhalten mit dem Diakonischen Werk und dem Caritas-Verband eine Vielzahl von Einrichtungen und Projekten. In gewisser Weise dienen sie den sozialen Zielsetzungen der Agenda 21 von Rio, ohne dass es dazu dieses Anstosses bedurft hätte. Dennoch zeigt die Agenda 21 auch hier, dass es sehr sinnvoll sein kann, sich die Wechselbeziehungen zwischen den unterschiedlichen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen bewusst zu machen. Insbesondere wird durch die Agenda 21 deutlich, wie sehr die globale und die lokale Handlungsebene miteinander verbunden und aufeinander bezogen sind.

Besonders bei den Projekten zur Armutsbekämpfung im lokalen Umfeld gibt es im kirchlichen Bereich sehr viele Einsatzfelder und Initiativen, sodass die zwei hier dargestellten Einzelbeispiele fast willkürlich ausgewählt sind. Sie sollen aber zeigen, dass es über die „professionelle“ Arbeit von Caritas und Diakonie hinaus nach wie vor sehr viele Betätigungsfelder im lokalen Umfeld einer Gemeinde geben kann, auf denen sich der Einsatz einer Kirchengemeinde und ihrer – vor allem auch ehrenamtlichen – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in hohem Maße lohnen kann. Solche Projekte können besondere Wirkungen entfalten, wenn sie nicht „nur“ als teil der kirchlichen sozialen Arbeit organisiert werden, sondern sich bewusst als Beitrag der Kirchengemeinde zur Lokalen Agenda 21 verstehen, da Projekte der Lokalen Agenda noch einmal neu in das lokale Umfeld der Kommune eingebunden sind.

Beispiel 4.8.1: Versorgung bedürftiger Mitbürger mit Mahlzeiten und Lebensmitteln in Mannheim

(a) Vesperkirche

Vom 6. Januar bis zum 6. Februar 2005 findet zum achten Mal in der Konkordienkirche in der Innenstadt Mannheims die sogenannte „Vesperkirche“ statt. Ursprünglich war das Angebot überwiegend für Obdachlose gedacht, die hier mitten im Winter zwischen 11.00 Uhr und 15.00 Uhr einen warmen Kirchenraum, dazu ein Mittagessen und Getränke, aber auch eine freundliche Bedienung und das Angebot von Gesprächen und einer Andacht erhalten sollten; am Abschluss eines jeden Tages versammeln sich Besucher und Helfer, die daran teilnehmen möchten, zu einem kurzen Gottesdienst. Das Angebot wird aber mittlerweile von weit mehr armen und an den Rand gedrängten Menschen wahrgenommen: Menschen mit sehr geringem Einkommen, darunter Alleinerziehende mit ihren Kindern, Menschen, die Alkohol oder Drogen Probleme haben, aber auch einsame Menschen, die besonders wegen der Gesprächsmöglichkeiten in die Vesperkirche kommen. Im Schnitt 330 Gäste hat die Vesperkirche im Januar 2005 täglich bewirtet. Aufgrund der hohen Nachfrage richtet die Konkordienkirche als Anschlussprojekt bis zum 13.3.2005 eine Suppenküche ein.

Aus der Mannheimer Bevölkerung gehen mittlerweile viele Lebensmittel- und Geldspenden für die Vesperkirche ein. Die Vesperkirche kann ihr Angebot nur aber durch ehrenamtlich Mitwirkende für die Bewirtung der Gäste aufrecht erhalten. In den letzten Jahren ist die Mitwirkung in der Vesperkirche jedoch so beliebt geworden, dass mittlerweile hier eine Anmeldung des Hilfsangebots und eine Koordination der Helferinnen und Helfer erforderlich geworden ist. In den letzten Jahren waren es über 100 Ehrenamtliche, die an einzelnen oder mehreren Tagen mitgearbeitet haben.

Quelle: Evangelische Kirche in Mannheim (2004): Informationsblatt 8. Vesperkirche – Citykirche Konkordien; Mannheimer Morgen vom 16.12.2004 und vom 3.2.2005

Weitere Informationen: www.ekma.de → Aktionsfelder; www.tafel.de

(b) „Mark + Pfennig“ in der Lutherkirche

Unter dem Namen Mark + Pfennig läuft das Projekt bereits in der Zentrale des Diakonischen Werks in der Mannheimer Innenstadt. Als Teil eines Modellprojekts „Gemeinde und Diakonie an der Lutherkirche“ – einer stadtteilbezogenen Arbeit – wurde das Projekt nun zunächst einmal in der Woche auf die Lutherkirche in der Neckarstadt-West und auf die Versöhnungsgemeinde im Stadtteil Rheinau ausgedehnt. Geholfen werden soll damit den vielen bedürftigen Menschen im Stadtviertel, gerade auch jenen, die „versteckt bedürftig“ sind.

Angeboten werden einwandfreie Lebensmittel, die vom Groß- und Einzelhandel nicht verkauft werden können oder anderweitig gespendet werden. Bäckereien geben die Ware vom Vortag ab, eine Bäckerei gibt Ware aus Überproduktion; Obst und Gemüse kommen vom unter anderem Großmarkt, zwei große Lebensmittelketten spenden auch Milchprodukte.

Die Lebensmittel werden zwischen 30 und 50 Prozent unter dem normalen Preis – je nach Qualität der Produkte – abgegeben. Obst und Gemüse werden an Alleinstehende auch stückweise verkauft, wenn von einem bestimmten Produkt nur wenig im Angebot ist, wird darauf geachtet, dass alle Interessenten eine kleine Menge davon bekommt. Das Projekt will keine Konkurrenz zum Einzelhandel in der Stadt aufbauen; einkaufen darf bei Mark + Pfennig nur, wer eine Einkaufsberechtigung vorlegen kann: zum Beispiel eine Bescheinigung des Sozialamtes oder der Arbeitsagentur, einen Rentenbescheid oder einen Studierendenausweis.

In der Lutherkirche wird das Projekt von der Pfarrerin, Mitarbeitern der Diakonie und ehrenamtlichen Helfern betrieben.

Quelle: „Das tägliche Brot für die Bedürftigen“, Mannheimer Morgen vom 15.12.2004.

Weitere Informationen: *Mark+Pfennig, Diakonisches Werk Mannheim, C 3, 5-6, 68159 Mannheim*

Beispiel 4.8.2 Hamburger Spendenparlament

Das Hamburger Spendenparlament wurde vom damaligen Landespastor Dr. Stephan Reimers ins Leben gerufen. Mit einer Spende von 60 Euro jährlich oder mehr erhält man Sitz und Stimme im Spendenparlament. Förderschwerpunkte sind Projekte und Hilfsinitiativen, die gegen Armut, Obdachlosigkeit und Einsamkeit in Hamburg aktiv sind. Etwa viermal im Jahr treffen sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, um darüber abzustimmen, wie die eingegangenen Spenden verteilt werden sollen. Ende 2002 waren über 3100 Bürgerinnen und Bürger Mitglied im Spendenparlament.

Alle sozialen Projekte, die gegen Armut, Einsamkeit, soziale Isolation und Obdachlosigkeit aktiv sind, können finanzielle Hilfe beim Spendenparlament beantragen. Dabei werden insbesondere die Projekte und Initiativen berücksichtigt, die beim Ringen um private Spenden und um öffentliche Fördermittel zu kurz kommen. Eine Finanzkommission prüft die Anträge gründlich vor Ort; die Finanzkommission ist auch angehalten, nach der Verteilung der Gelder deren zweckgebundene Verwendung zu überprüfen.

Am 16. November 2004 kam das Hamburger Spendenparlament zu seiner letzten Arbeitssitzung in diesem Jahr zusammen. Zur Abstimmung standen Förderanträge von 20 sozialen Projekten aus Hamburg mit einem Volumen von insgesamt 106.078 Euro. Die rund 300 anwesenden Parlamentarier stimmten in allen Fällen mehrheitlich für die Unterstützung der Organisationen. Sie stellen damit sicher, dass sich die Projekte weiterhin erfolgreich gegen Obdachlosigkeit, Armut und Einsamkeit in Hamburg engagieren können. Seit seiner Gründung im Jahr 1996 hat das Hamburger Spendenparlament damit 480 Projekte mit rund 3,3 Millionen Euro gefördert. Der Verein gehört zu den erfolgreichsten Einrichtungen bürgerlicher Selbsthilfe in Hamburg und ist wichtige Anlaufstelle von sozialen Organisationen, die für den Fortbestand ihrer Arbeit dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

Das Spektrum der Projekte ist sehr groß, sowohl im Hinblick auf die Zielgruppen als auch auf die konkreten Hilfsangebote und die weltanschauli-

che Ausrichtung der Projektträger. 150 ehrenamtliche Kräfte investieren Zeit und Arbeitskraft, damit die Organisation reibungslos funktioniert.

Die Möglichkeit der Mitbestimmung ist für viele Grund zum Mitmachen. Die Spender wissen, wohin ihr Geld fließt. Sie können die Projekte besuchen, um sich vor Ort über die Verwendung der Mittel zu informieren und lernen dadurch die Vielfalt der sozialen Initiativen in Hamburg kennen.

Die Medien erweisen sich als wichtiges Instrument, die Öffentlichkeit mit den Problemen dieser Randgruppen zu konfrontieren und die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger auf diese Probleme zu lenken, sie zu sensibilisieren und ihre Vorurteile abzubauen. Eben ein solches Einfühlungsvermögen hat zur Gründung des Ausschusses "Neue Projekte" geführt. In diesem Ausschuss werden insbesondere Ideen in Projekte umgesetzt, die den Menschen helfen, die keine Hilfe beantragen. Eines dieser Projekte war der Mitternachtsbus, der die "Platten" Hamburgs abfährt und die Obdachlosen mit dem Nötigsten versorgt. Ein anderes Projekt war der Bau von 26 „Kirchenkaten“ auf Grundstücken von Hamburger Kirchengemeinden, um Obdachlosen Wohnraum anbieten zu können. Gefördert wurde auch der Freundeskreis Ochsenzoll e.V., der Schuldnerberatung für psychisch Kranke anbietet, sowie der Verein Such(t)- und Wendepunkt, der Hilfe für Kinder von Alkoholkranken anbietet.

Die Idee hat mittlerweile an vielen Orten Nachfolger gefunden – 16 Spendenparlamente haben sich mittlerweile nach dem Hamburger Vorbild gegründet, 13 davon sind bis heute aktiv, darunter in Dortmund, Reutlingen, Leipzig, Bremen, Celle oder dem Landkreis Dithmarschen.

Quelle: <http://www.spendenparlament.de>

Weitere Informationen: Hamburger Spendenparlament e. V. Königstr. 54, 22757 Hamburg

4.9. Projekte zur Förderung benachteiligter Gruppen

Die Agenda 21 von Rio beschäftigt sich in einigen Kapiteln mit der Lebenssituation benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft. Die Bekämpfung der Armut (Kap. 3), die Stärkung der Position der Frauen (Kap. 24), die Situation von Kindern und Jugendlichen (Kap. 25) und der Schutz indigener Bevölkerungsgruppen und ihrer Gemeinschaften (Kap. 26) werden in der Agenda 21 in eigenen Kapiteln behandelt. In Kapitel 23, der Präambel zu Teil III der Agenda, der sich mit der Stärkung der Rolle gesellschaftlicher Gruppen befasst, wird ausdrücklich festgehalten, dass ein wesentlicher Faktor für die wirksame Umsetzung der Ziele, Maßnahmen und Mechanismen, die von den Regierungen in allen Programmbereichen der Agenda 21 gemeinsam beschlossen worden sind, das Engagement und die echte Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen ist.

Engagement und Beteiligung ist in vielen Fällen jedoch nur möglich, wenn dazu erst einmal die Grundvoraussetzungen geschaffen werden. Benachteiligte Menschen sind in vielen Fällen zunächst nicht fähig, sich so zu artikulieren und in den gesellschaftlichen Diskussionsprozess einzubringen, dass sie ihre eigenen Interessen wirkungsvoll vertreten könnten. Dazu fehlen ihnen oftmals nicht nur die notwendige Bildung; Partizipation kann bereits an mangelnden materiellen Voraussetzungen scheitern. Stärkung der Rolle benachteiligter Gruppen bedeutet daher in der Praxis, dass in drei unterschiedlichen Dimensionen Unterstützung angeboten werden und Veränderungsprozesse begonnen werden müssen:

- Es müssen Institutionen geschaffen werden, die die Rechte der betroffenen Gruppen vertreten und sich für sie einsetzen;
- es müssen Wege gefunden werden, um die materielle Lage der betroffenen Gruppen zu verbessern und
- es müssen Angebote zur Aus-, Fort- und Weiterbildung gemacht werden, die auf die betroffenen Gruppen zugeschnitten sind und die sie auch wahrnehmen können.

Der Einsatz für die Schwachen der Gesellschaft ist für die Kirchen schon immer ein zentraler Punkt ihrer Arbeit gewesen. In Diakonie und Caritas finden Menschen vielfältige Formen der Unterstützung bei ihrer Suche nach Auswegen aus materiellen und seelischen Schwierigkeiten. Dazu gehören materielle Hilfen, Schuldnerberatung, psychologische Beratung, Schwangerschaftskonfliktberatung, Beratung und Begleitung im Umgang mit Behörden, Einrichtungen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt und beschützte Werkstätten, Sprachkurse und vieles mehr. Aus den „Rettungshäusern“ der Anfangszeit von Caritas und Diakonie ist eine Vielfalt von Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft geworden: Alten- und Pflegeheime, Heime für körperlich und geistig Behinderte; in den letzten Jahren ist die Hospizbewegung entstanden, die Einrichtungen zur Sterbebegleitung geschaffen hat.

Jede Zeit hat ihre eigenen Schwierigkeiten; die Nöte der Menschen wandeln sich. Caritas und Diakonie streben an, mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern flexible und individuell angepasste Hilfe leisten, um den neuen Herausforderungen hilfreich zu begegnen. Von der Politik wird erwartet, dass die soziale Arbeit der Kirchen anerkannt und die Qualität der Arbeit durch sinnvolle Rahmenbedingungen befördert wird, die nicht nur auf eine „Ökonomisierung des Sozialen“ zielen. Durch politische Entscheidungen muss die Arbeit unterstützt werden, die auf Gerechtigkeit zwischen den Generationen und den Geschlechtern zielt und die die Integration von Menschen in unsere Gesellschaft sich als vorrangigstes Ziel setzt.

Die kirchliche Arbeit in diesem Bereich findet überwiegend ganz unabhängig von Prozessen der Lokalen Agenda statt. In vielen Fällen kann es aber sehr fruchtbar sein, wenn einzelne Aktivitäten in Agenda-Prozesse integriert werden und sich als Teil der Agenda verstehen. Umgekehrt können auch kirchliche Gruppen und Mitarbeiter aus der lokalen Agenda-Arbeit wertvolle Anregungen zur (Neu-)Strukturierung ihrer Arbeit erhalten.

Auf den beiden folgenden Seiten werden zwei von vielen möglichen derartigen Tätigkeitsfeldern beschrieben:

Beispiel 4.9.1: Evangelisches Integratives Montessori-Kinderhaus Wahlscheid für behinderte und nicht behinderte Kinder in Wahlscheid

Das Kinderhaus besteht seit Januar 1988 und befindet sich im Gebäude der alten Schule in Wahlscheid, in unmittelbarer Nähe der Evangelischen St. Bartholomäuskirche in Wahlscheid. In zwei Gruppen werden jeweils 15 Kinder, davon 10 nicht behinderte und fünf behinderte Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren betreut und gefördert. Das Kinderhaus ist eine Tagesstätte und in der Zeit von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr geöffnet. Die „Kernzeit“ liegt zwischen 8:30 Uhr und 14:30 Uhr.

Ausführliche Informationen und Möglichkeit zur Anmeldung gibt es jeden letzten Freitag im Monat. Die Aufnahme erfolgt in der Regel immer zum neuen Schuljahresbeginn, in dem das Kind drei Jahre alt wird und endet mit Beginn der Schulpflicht im sechsten Lebensjahr. Die „neuen“ Kinder, die zum jeweiligen Jahr aufgenommen werden, werden vor der Aufnahme zu fünf Spielnachmittagen mit ihren Eltern ins Kinderhaus eingeladen, um MitarbeiterInnen, Räumlichkeiten und Materialien, etc. kennenzulernen. Das erleichtert den Einstieg.

Für Kinder bietet das Kinderhaus an:

- Pädagogische und heilpädagogische Betreuung und Förderung in integrativen Gruppen nach den Grundprinzipien Maria Montessoris
- Überprüfung des Entwicklungsstandes
- Förderung Psychomotorik
- Sprachtherapie
- Krankengymnastik auf ärztliche Verordnung

Aber auch die Eltern werden beraten und erhalten die Möglichkeit zum Austausch. Elternprojekte, ein Gesprächskreis, gemeinsame Feste, Hausbesuche und Kontakte zu Schulen, Behör-

den und anderen Einrichtungen gehören zur Arbeit des Kinderhauses.

Im Kinderhaus soll ein auf die kindlichen Lebensbedürfnisse abgestimmter Lern- und Lebensraum geschaffen werden. Dafür stehen pro Gruppe eine Fachkraft und eine Ergänzungskraft zur Verfügung. Zusammen mit der freigestellten Leitung, den eng mit den Gruppen arbeitenden Therapeut/-innen – Bewegungstherapeut/-in und Sprachtherapeut/-in – sowie evtl. Jahrespraktikanten/-innen bilden sie ein Team.

Im Kinderhaus soll eine gesicherte emotionale Atmosphäre entstehen, in der sich Kinder wohlfühlen und Geborgenheit erleben. Dadurch lässt sich positive Lebenshaltung vermitteln: Freude spüren, Spaß haben, glücklich sein, sich selber besser kennenlernen und dadurch auch andere Menschen besser verstehen zu können. So sollen die Kinder – unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Fähigkeiten und Bedürfnisse – in ihrer gesamten Persönlichkeitsentwicklung wirksam unterstützt und gefördert werden: im seelischen, sozialen, motorischen, sprachlichen und geistigen Bereich sowie in der Entwicklung der Sinneswahrnehmung.

Für das „Wie“ der Umsetzung der Ziele stehen die drei Säulen in der Namesgebung:

Evangelisches: Eine vertrauensvolle Atmosphäre, ausgerichtet nach dem evangelischen Glauben und christlichen Wertvorstellungen, ist die Voraussetzung, um Lernen, Entwicklung und Förderung erst zu ermöglichen. Dazu gehören Religiöse Rituale, wie z.B. das Beten vor dem Essen, Feiern von Festen des Kirchenjahres, die Gestaltung von Gottesdiensten sowie die Vermittlung von biblischen Geschichten. Sie sind fester Bestandteil unseres Zusammenseins und somit „das Dach“ unserer pädagogischen Arbeit.

Integratives: Das Miteinander nicht behinderter und behinderter Kinder ermöglicht, elementare emotionale Erfahrungen im Bereich der Toleranz, der Rücksichtnahme und Akzeptanz des Andersseins zu erlangen. Die Chance dieser Erfahrung erleben Kinder wie Erwachsene gleichermaßen in unserer Einrichtung. Die für die

Kinder notwendigen therapeutischen Maßnahmen werden in den pädagogischen Alltag und Ablauf sinnvoll eingeplant und individuell ausgerichtet.

Montessori: Das Leitmotiv Maria Montessoris: „Hilf mir, es selbst zu tun“ beinhaltet ihr Menschenbild sowie die Aufgabe der Erzieher gleichermaßen. Kinder entwickeln sich nach einem bestimmten inneren „Bauplan“, einem individuellen Muster. Das beobachtete M. Montessori schon vor 100 Jahren und neueste Hirnforschungen liefern nun den Beweis. Kinder im Vorschulalter brauchen Erfahrungen aus erster Hand, das heißt, sie lernen nur, wenn sie selbst etwas tun können und umso effektiver, wenn Bewegung dabei ins Spiel kommt.

Quelle: <http://ev-kirche-wahlscheid.de/kirche-Montessori-Kinderhaus.htm>

Weitere Informationen: Evangelisches Integratives Montessori-Kinderhaus Wahlscheid, Diemstraße 10, 53797 Lohmar

Beispiel 4.9.2 Arbeit mit Alleinerziehenden

Wer alleinerziehend ist als Mutter oder Vater – ganz gleich aus welchen Gründen – steht in Gesellschaft und Kirche nicht im Mittelpunkt des Interesses. Der Anteil der Alleinerziehenden wächst jedoch stetig. Darunter sind Verwitwete, getrennt Lebende, Geschiedene, ledige Mütter und Väter mit ihren Kindern. Längst sind Alleinerziehende keine gesellschaftliche Randgruppe mehr. Sie unterscheiden sich in der finanziellen Absicherung und darin, wie sie ihre Lebenssituation nach Trennung, Scheidung, Partnerverlust bewerten und verarbeiten. Durch entsprechende Angebote kirchlicher Träger sollen Alleinerziehende die Kirche als Raum erfahren können, in dem sie konkrete Hilfsangebote erhalten, aber auch miteinander über ihre Bedürfnisse sprechen und sich gegenseitig ermutigen können, ihr Leben nach einer Trennung oder dem Tod des Partners neu zu strukturieren. Das bedeutet, dass bei der Bewältigung von Lebensfragen und akuten Schwierigkeiten Unterstützung angeboten und geholfen werden muss, ein Netz von Kontaktmöglichkeiten und verlässlichen Beziehungen aufzubauen.

Zahlreiche katholische Diözesen – darunter Freiburg und Münster – haben eigene Fachreferate für die Arbeit mit Alleinerziehenden. Die Schwerpunkte dieser Referate liegen im Aufbau und der Förderung von Gruppen für Alleinerziehende sowie in der Durchführung von Seminaren für Multiplikatoren. Auch in Öffentlichkeit, Kirche und Politik muss immer wieder auf die Situation Alleinerziehender aufmerksam gemacht werden. Durch die Arbeit wird ein Beitrag geleistet, sich im Interesse Alleinerziehender für eine Verbesserung ihrer gesellschaftlichen und materiellen Situationen einzusetzen.

Auch einige Orts Caritasverbände legen einen Schwerpunkt auf die Arbeit mit Alleinerziehenden. Koordiniert vom Caritasverband Mannheim ist eine Gruppe von Alleinerziehenden – ausschließlich Frauen! – entstanden, die über sechs Jahre lang in unregelmäßigen Zeitabständen die „Mannheimer Alleinerziehenden Zeitung“ ver-

fasst und herausgegeben hat. Die Zeitung umfasste Sachartikel über das komplizierte System der staatlichen Hilfeleistungen, die Alleinerziehende in Anspruch nehmen können, Artikel über Erziehungsfragen und über die Situation von Alleinerziehungen, Erfahrungsberichte, Literaturtipps und vieles mehr. Da die Grundfinanzierung der Zeitung nach sechs Jahren entfiel, musste sie eingestellt werden; in den Jahren ihres Bestehens war das Konzept der Zeitung jedoch sehr erfolgreich und wurde von den Lesern und Leserinnen überwiegend sehr positiv aufgenommen.

Weitere Elemente der Alleinerziehenden-Arbeit des Caritas-Verbandes Mannheim bestehen in der Veranstaltung von Tages-Seminaren für Alleinerziehende mit begleitender Kinderbetreuung, der Durchführung regelmäßiger Gesprächsgruppen und der Organisation eines Kinderbetreuungsdienstes ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen.

Enge Kooperationen bestehen zur Frauenhaus-Arbeit des Caritas-Verbandes. Das Heckertstift ist eine Einrichtung für körperlich und seelisch misshandelte sowie bedrohte Frauen und Kinder. Sie finden hier Schutz und Beratung sowie Hilfe bei der Verarbeitung von Gewalterfahrungen. Die Mitarbeiterinnen des Heckertstift unterstützen die Frauen bei Behördengängen und beim Erledigen von Formalitäten. Außerdem wird versucht, sie bei Fragen der Existenzsicherung zu unterstützen, ebenso bei der Zukunfts- und Lebensplanung. Je nach der individuellen Situation bleiben die Frauen einige Wochen bis Monate im Heckertstift. Wenn gewünscht, halten die Mitarbeiterinnen den Kontakt auch nach dem Auszug aus dem Heckertstift aufrecht.

Quellen: www.kath.de/akademie/lwh/lwh-ttt/ttt002/e-blick.html

www.cv-mannheim.caritas.de/4697.html

Caritas-Verband Mannheim, D 7, 5, 68159 Mannheim

Weitere Informationen: Erzbischöfliches Seelsorgeamt, Frauenreferat – Alleinerziehende, Okenstr. 15, 79108 Freiburg; Referat für Allein-

erziehenden-Arbeit des Bischöflichen Generalvikariates im Ludwig-Windthorst-Haus Lingen, Gerhard-Kues-Str. 16, 49808 Lingen/Ems; <http://www.diemedien.de/frauennetz/>

4.10. Projekte zum nachhaltigen Investieren

Aus dem „Wittenberger Memorandum“:

Das Engagement für die Erhaltung der Tragfähigkeit der Erde und das Engagement für ein solides Finanzwesen verfügen über Gemeinsamkeiten. Beide sind bestrebt – um der Zukunft willen – die Substanz zu erhalten. Die Kirchen tragen als Verwalter von Anlagevermögen in mehrstelliger Milliardenhöhe eine große Verantwortung. Der Anteil der Erträge von Investments an den Einnahmen der Kirchen wird allerdings oft überschätzt. Er liegt deutlich unter 10 Prozent der jährlichen Einnahmen, stellt jedoch immerhin einen dreistelligen Millionenbetrag dar.

Die Anlageentscheidungen müssen neben finanztechnischen Erfordernissen (Sicherheit, Rendite, Liquidität) mit dem kirchlichen Auftrag und mit den von der Kirche zu vermittelnden Werten vereinbar sein. Ausschließlich auf Sicherheit und hohe Erträge ausgerichtete Finanzstrategien – wie in den Kirchen noch weitgehend üblich – sind nicht mit dem kirchlichen Auftrag vereinbar.

Die Kirchen haben seit einigen Jahren verstärkt erkannt, dass sie mit ihren Anlagegeldern dazu beitragen können, das Verhalten von Unternehmen in sozialer und ökologischer Hinsicht zu beeinflussen. Dabei geht es in erster Linie um einen konstruktiven Dialog mit der Wirtschaft. Es gehört zur Aufgabe und Gestalt der Kirche, dass sie die Wünsche und Wertvorstellungen, die sie an die Gesellschaft und die Menschen herantragen will, auch in ihren Investments anwendet. In Zusammenarbeit mit Banken engagieren sich die Kirchen daher zunehmend im Bereich des ethischen Investments. Ein wenn auch insgesamt noch sehr geringer Teil der kirchlichen Mittel wird heute nach ethischen oder nachhaltigen Kriterien angelegt.

Dabei haben die Kirchen durchaus Fortschritte und positive Erfahrungen gemacht. Wurden in ersten Schritten Negativkriterien aufgestellt, die bestimmte Unternehmen etwa aus dem Rüstungsbereich und der Atomindustrie ausschlossen, so kamen später positive Kriterien und Vergleiche von Firmen innerhalb einer Branche als Auswahlinstrumente hinzu. Nicht bestätigt hat sich dabei die anfängliche Befürchtung, dass ethisches Investment zwangsläufig mit einer geringeren Rendite verbunden sei. Die Erfahrung zeigt vielmehr, dass auch die Börsen nachhaltiges Unternehmensverhalten langfristig belohnen. In den zurückliegenden Jahren befanden sich Fonds, die unter nachhaltigen Kriterien geführt werden, bei der Ertragsermittlung nicht selten auf vorderen Rängen.

Die Kirchen als Großanleger mit ihren Pensionsfonds und Vermögensverwaltungen sind gut beraten, aktiv in Anlagen zu investieren, die Kriterien nachhaltiger Entwicklung gerecht werden. Die kirchliche Finanzverwaltung könnte eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung des ethischen Investments hin zu einem nachhaltigen Investment einnehmen. Dies ist auch aus Gründen der Rentabilität und der Anlagesicherung durch Diversifikation ökonomisch sinnvoll.

Mit einem an nachhaltigen Kriterien ausgerichteten Investment – das schrittweise eingeführt werden müsste, da es zur Zeit nur eine begrenzte, wenn auch stetig steigende Anzahl von geprüften nachhaltigen Finanztiteln gibt – kann die Arbeit der kirchlichen Finanzverwaltungen mit der kirchlichen Arbeit im Umwelt- und Entwicklungsbereich korrespondieren und gewisse Steuerungseffekte auslösen.

Beispiel 4.10.1 Oikocredit – die ökumenische Entwicklungsgenossenschaft

Immer mehr Menschen wollen Geld nicht einfach bei der Bank anlegen, die die höchsten Zinsen bietet, sondern fragen nach Möglichkeiten für sozial und ökologisch verantwortbare Kapitalanlagen. Wer bei Oikocredit Kapital anlegt, unterstützt Menschen in ihren Bestrebungen für eine zukunftsfähige Entwicklung. Genossenschaften in armen Gebieten der Welt bauen mit den Darlehen von Oikocredit ihre Unternehmen aus, schaffen Arbeitsplätze und verbessern ihre Lebensqualität. Die GeldanlegerInnen können verfolgen, was mit Ihrem Geld geschieht. Sie lernen mit einem Oikocredit-Anteilsschein viel über weltwirtschaftliche Zusammenhänge und über Geld- und Machtverteilung.

Armut bedeutet, dass Menschen vom Zugang zu Kapital ausgeschlossen sind. Oikocredit eröffnet ihnen den Zugang zu fairen Krediten: Kredite mit einer langen Laufzeit von fünf bis zehn Jahren und mit festen Zinssätzen. Die GeschäftspartnerInnen sind an der Ausarbeitung der Verträge beteiligt und können bei Bedarf die kostenlose Beratung der regionalen Oikocredit-Beauftragten in Anspruch nehmen. Zugang zu Kapital ermöglicht langfristiges Planen und eigenständiges Wirtschaften. Oikocredit-Darlehen richten sich in erster Linie an Gruppen: Genossenschaften kleiner KaffeepflanzerInnen zum Beispiel, die eine eigene Verarbeitungsanlage brauchen, um ihren Verdienst zu steigern, oder Mikrofinanz-Institute, die von dem Oikocredit-Darlehen Tausende kleiner Kredite an sehr arme Menschen vergeben. Aber auch alternative Handelsorganisationen, die ErzeugerInnen in der Dritten Welt einen fairen Preis für ihre Produkte zahlen, können Kredite erhalten.

Die Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit (damals EDCS) wurde 1975 vom Ökumenischen Rat der Kirchen gegründet. Der Sitz ist im niederländischen Amersfoort. Heute arbeitet Oikocredit weltweit mit Geschäftspartnern in 65 Ländern zusammen, von Argentinien bis Zaire. Oikocredit ist genossenschaftlich

strukturiert und versucht, Macht und Verantwortung zwischen Nord und Süd zu teilen. Jedes Mitglied hat unabhängig von der Höhe des investierten Kapitals eine Stimme. Oikocredit ist eine Kreditgenossenschaft nach niederländischem Recht.

Bis 2005 haben Einzelpersonen und Institutionen über 200 Mio. Euro in Oikocredit investiert. Sie erhalten eine jährliche Dividende von bis zu 2% auf ihre Anlage, die nach Wunsch ausbezahlt oder thesauriert werden kann. Die Förderung von wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit, von ökologischem Wirtschaften und der Selbständigkeit von Frauen sind wichtige Kriterien der Kapitalanlage. Eine Investition bei Oikocredit bedeutet in erster Linie eine Anlage mit sozialem Gewinn.

Die PartnerInnen von Oikocredit sind mit großen Problemen konfrontiert, wie instabilen Rohstoffpreisen, Naturkatastrophen oder Währungsschwankungen. Dennoch arbeiten 90% von ihnen erfolgreich und zahlen ihre Kredite zurück. Durch Rücklagenbildung kann Oikocredit die Verluste auffangen.

Wer bei Oikocredit Geld anlegen will, erwirbt als Mitglied einer der regionalen Förderkreise in Deutschland Anteile zu je 200 Euro, die der Förderkreis treuhänderisch verwaltet und auf Wunsch jederzeit wieder zurückzahlt. Kirchengemeinden und kirchliche Gruppen, aber auch Agenda Gruppen sind aufgerufen, zumindest symbolisch geringe Beträge als Zeichen ihrer Solidarität bei Oikocredit zu investieren.

Quelle: <http://www.oikocredit.org>

Über die Homepage ist auch eine Liste aller deutschen Förderkreise abrufbar.

Weitere Informationen: Oikocredit Westdeutscher Förderkreis, Adenauerallee 37, 53113 Bonn

Beispiel 4.10.2: Nachhaltigkeitsfonds kirchlicher Banken

Damit Kunden die Zielsetzung nachhaltiger Entwicklung auch bei der Geldanlage berücksichtigen können, hat die KD-Bank, zusammen mit den anderen Kirchenbanken in Deutschland und der Union-Investment, zwei Investmentfonds konzipiert:

- den Fonds „KCD-Union Nachhaltig Aktien“ mit dem Anlageschwerpunkt Aktien und
- den „Fonds KCD-Union Nachhaltig Renten“, der hauptsächlich in Euro-Rentenscheine investiert.

Bei beiden Fonds erfolgt die Auswahl der Wertpapiere im Fonds nach Prinzipien, die von der „SAM Sustainability Group“ entwickelt wurden. Basis hierfür ist der Dow Jones Sustainability Group Index (DJSI). Der „Dow Jones Sustainability World Index“ war der erste weltweite Nachhaltigkeitsindex. Er basiert auf einem Best in Class-Ansatz, demzufolge die führenden Unternehmen einer Branche, die so genannten Sustainability Leader, ermittelt werden. Bei SAM werden hierbei die drei bekannten Dimensionen der Nachhaltigkeit, Ökonomisches, Soziales und Ökologisches, gleichgewichtig in die Bewertung einbezogen. Die Chance auf eine Wertsteigerung in nachhaltig geführten Unternehmen wird darin gesehen, dass ein frühzeitiges Erkennen und Umsetzen von ökonomischen, sozialen und ökologischen Trends erfolgt, die nach Meinung von SAM die Unternehmenslandschaft in Zukunft maßgeblich bestimmen werden. Im Bereich der ökonomischen Trends wird dem Thema Wissen und lebenslanges Lernen eine besondere Bedeutung beigemessen. Auch spielen neben technologischen Veränderungen und Innovationen kürzere Produktlebenszyklen eine Rolle. Im sozialen Bereich ist auf die Transparenz, gesundes Leben, ethische Lebensstile, Armutsschere, fairer Handel und Leben in Megastädten einzugehen. Als ökologische Trends werden der Verlust an Biodiversität, Bevölkerungswachstum, Umweltverschmutzung und Abfall, globale Erwärmung sowie ökologisches

Risikobewusstsein ausgemacht. Aus diesen und anderen Trends leitet SAM dann für alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen Analyse Kriterien ab, die sowohl auf ihre Chancen als auch auf ihre Risiken hin definiert werden.

Nachhaltig wirtschaftende Unternehmen erreichen demnach ihre Ziele durch die Einbeziehung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien. In diesem Rahmen werden fünf Kernprinzipien formuliert:

- Einsatz innovativer, sparsamer und effizienter Technologien,
- ausgeprägte Unternehmenskultur,
- Berücksichtigung des Shareholder Value,
- Vorbildcharakter innerhalb der Branche sowie
- Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch das Unternehmen.

Außerdem werden Anteile von Unternehmen, die sich überwiegend mit der Produktion von Tabakwaren und Alkoholika sowie dem Anbieten von Glücksspielen befassen, grundsätzlich nicht in die beiden Fonds aufgenommen. Grund ist die Einstufung dieser Produkte als Suchtmittel, deren Gebrauch unter sozialverantwortlichen Gesichtspunkten abzulehnen ist.

Den beteiligten Banken ist bewusst, dass mit der Auswahl der Unternehmen nach diesen Grundsätzen eine Art Kompromiss versucht wird, nämlich ein praktikables Konzept zur Auswahl von Wertpapieren zu entwickeln, das sowohl zentralen Forderungen der christlichen Soziallehre gerecht werden und gleichzeitig für die Anleger eine gute Wertentwicklung erwirtschaften soll.

Quelle: <http://www.kd-bank.de/C1256D33003B1ACF/CN/8BE12ECBB08F5283C1256DC700514A37!OpenDocument>

Weitere Informationen: KD-Bank, Postfach 100163, 47001 Duisburg

Beispiel 4.10.3: Kirchliche Investitionen in erneuerbare Energien: Kirchenwindmühle Gangloffsömmern und Kreuzkirche Ludwigsburg

Kirchliche Anleger können nicht nur in mehr oder weniger anonyme Nachhaltigkeits-Fonds investieren, sondern auch durch ihr Kapital konkrete Nachhaltigkeitsprojekte in Deutschland im kirchlichen Bereich in Gang setzen.

Die Kirchengemeinde Gangloffsömmern bei Sömmerda hat am 17. Mai 2003 mit einem Festgottesdienst eine Windkraftanlage in Betrieb genommen. Das Windrad liefert bereits seit November 2002 Strom ins öffentliche Netz und ist von dem Verein „Schöpfung bewahren konkret“ in Gangloffsömmern installiert worden. Der Verein ist aus der Umweltarbeit der Evangelischen Landeskirche in Bayern hervorgegangen. Betrieben wird die Anlage von der Firma GoldSolarWind.

Dass Windkraftenergie nicht nur Befürworter hat, wissen auch die Betreiber der Anlage. Der Gemeindegemeinderat von Gangloffsömmern hat sich für diese Anlage entschieden. Sicher ist der materielle Anreiz dabei wichtig, vor allem aber wird in diesem Engagement ein kleiner Beitrag gesehen, den Kirche für die Zukunft leisten kann. Langfristig gebe es keine Alternativen zu erneuerbaren Energien.

Die Idee zum Projekt „Kirchenwindmühle“ hatte der Umweltverein „Schöpfung bewahren konkret“. Der Verein ist einziger Gesellschafter der „Kirchenwind GmbH“, die bereits seit 2001 in Neukirchen bei Eisenach eine Windkraftanlage aus Spendengeldern gebaut hat und seitdem betreibt. In Gangloffsömmern wurde ein neues Konzept entwickelt. 53 Gesellschafter haben die Anlage finanziert und verzichten auf ein Drittel ihrer Rendite. Dieses Geld kommt der evangelischen Umweltarbeit in Bayern zugute; mit einem Teil der Erträge aus der Kirchenwindmühle werden aber auch ökologische Projekte der Partnerkirche in Tanzania unterstützt.

Aus diesem Grund reiste ein Vereinsmitglied nach Tanzania und übergab den ersten Solarkocher an einen Kindergarten. Die Bauteile für den Kocher werden von einer Altöttinger Berufsschule in Deutschland gefertigt und von einer Werkstatt in Tanzania zusammengebaut und verkauft. Mit dem ersten Kocher können täglich Mahlzeiten für 15 behinderte Kinder zubereitet werden.

Andere kirchliche Einrichtungen und Kirchengemeinden finanzieren Investitionsprojekte erneuerbarer Energietechniken über Beteiligungen von Gemeindegliedern. So hat die Evangelische Kreuzkirchengemeinde in Ludwigsburg im Rahmen ihres Projekts „Zukunft sichern – Schöpfung bewahren“ eine 6 kWh-Photovoltaikanlage auf dem Dach des Kindergartens geplant, für die Spenden eingeworben und Menschen gesucht wurden, die für diese Anlage ein zinsloses oder niedrig verzinstes Darlehen geben. Außerdem soll ein Solarprojekt in einem Berufsbildungszentrum für Jugendliche im Norden Argentiniens unterstützt werden. Im Rahmen des Gesamtprojekts wird auch versucht, Menschen zum Wechsel zu einem ökologischen Stromanbieter und zur Einsparung von Energie zu bewegen.

Quelle:

http://66.102.9.104/search?q=cache:GyucdirtOhEJ:www.bayern-evangelisch.de/web/img/umwelt_umweltbrief2003-2.pdf+windenergie+kirche+hennig&hl=de&ie=UTF-8
www.gold-solarwind.de

Weitere Informationen:

Pfarrer Gerhard Monninger, Augustenstr. 17/1, 80333 München, Evangelisches Pfarramt der Kreuzkirchengemeinde, Brahmsweg 31, 71640 Ludwigsburg, www.kreuzkirche-ludwigsburg.de

4.11. Lokale Projekte zur zivilen Konfliktbearbeitung

Aus der Charta der „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“, verabschiedet bei einem Treffen in der Evangelischen Akademie Loccum im November 1998:

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert steht die Welt vor einem unerträglichen Ausmaß an Gewalt, besonders bei innerstaatlichen Konflikten. Die Reduzierung und Überwindung dieser Gewalt erfordern vorrangig und zunehmend eine Entfaltung vielfältiger Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung. Dazu ist es notwendig, dass sich Nicht-Regierungsorganisationen vermehrt engagieren und die Fähigkeit in der Gesellschaft zur konstruktiven Konfliktbearbeitung insgesamt gestärkt wird.

Ziele: Die „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung ist ein offenes Netzwerk von Personen, Organisationen und Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, die ihrerseits Teil einer internationalen Gemeinschaft zivilgesellschaftlicher Akteure sind. Sie zielt darauf ab, die in diesem Netzwerk Beteiligten bei ihrer gewaltmindernden Arbeit zu unterstützen, miteinander zu verbinden und in ihrer Arbeit vor Ort effektiver zu machen. Sie unterstützt die Beteiligten bei ihrem Bemühen, eine konstruktive, Frieden fördernde Transformation von Konflikten voranzubringen durch

- 1.1 *Krisen und Gewaltprävention,*
- 1.2 *Deeskalationsbemühungen und Streitbeilegung;*
- 1.3 *Aufbau- und Versöhnungsarbeit;*
- 1.4 *Stärkung der Konfliktfähigkeit benachteiligter Gruppen;*
- 1.5 *die Verbreitung von demokratischen Streit-Kulturen und die Entwicklung einer interkulturellen Handlungskompetenz bei Konflikten zwischen Gruppen.*

Aufgaben: Die „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ sieht als ihre zentrale Aufgaben an,

- 2.1 *die Informationsbasis über das Arbeitsfeld der zivilen Konfliktbearbeitung so zu erweitern, dass die Vielfalt der bereits*

vorhandenen Kapazitäten und Erfahrungen besser genutzt und der Austausch zwischen den verschiedenen Handlungsfeldern ... erleichtert wird;

- 2.2 *in der Öffentlichkeit den Kenntnisstand über die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung und ihre Notwendigkeit zu erhöhen und die gesellschaftliche Basis für zivile Konfliktbearbeitung zu verbreitern...;*
- 2.3 *in gesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen für die zivile Konfliktbearbeitung und ihren Vorrang ... einzutreten sowie die Verankerung der zivilen Konfliktbearbeitung in politischen Programmen und Handlungsfeldern zu fördern ...;*
- 2.4 *die wechselseitige fachliche Beratung und Unterstützung zu fördern sowie die Entwicklung von Qualitätsstandards und die Evaluation von Vorhaben, Methoden und Projekten der zivilen Konfliktbearbeitung zu unterstützen ...;*
- 2.5 *die Verbindung zu anderen nationalen Plattformen ... und zu internationalen Organisationen ... herzustellen und zu fördern.*

3. *Grundsätze und Arbeitsweise: Die Plattform ist keine Mitgliedsorganisation, sondern ein gemeinsames Projekt von teilhabenden Personen, Organisationen und Einrichtungen aus den Feldern Friedensarbeit, Menschenrechtsarbeit, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sowie derjenigen wissenschaftlichen Arbeit, die auf alle diese Bereiche bezogen ist. Die Zusammenarbeit innerhalb der Plattform berücksichtigt die Handlungsspielräume und Interessen aller Teilhabenden. ... Die Plattform orientiert sich an den Prinzipien der Subsidiarität, Dezentralität und Arbeitsteilung und ist dem Grundsatz der Synergieschaffung verpflichtet. ...*

Die Plattform ist für alle diejenigen offen, die sich den gemeinsamen Zielen verpflichtet fühlen.

Beispiel 4.11.1: Die ökumenische Friedens-Dekade

Seit 1980 begehen die Kirchen in Deutschland die „ökumenische FriedensDekade“ – im Jahre 2004, an zehn Tagen im November, zum 25. Mal insgesamt. Vor 25 Jahre hatte die Aktion in Magdeburg ihren Anfang genommen. Im Oktober 1992 beschloss die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), gemeinsam mit der Trägergruppe Ökumenische Dekade Frieden in Gerechtigkeit ein „Gesprächsforum“ zu bilden. Dieses sollte die Aufgabe erhalten, jedes Jahr ein gemeinsames, biblisch orientiertes Thema und einen Plakatentwurf für die „Ökumenische FriedensDekade“ festzulegen. Die Mitglieder des „Gesprächsforums Ökumenische FriedensDekade“ setzen sich bis heute aus VertreterInnen dieser beiden Gruppen zusammen.

Motto im Jahr 2004 war der Bibelvers „Recht ströme wie Wasser“ (Amos 5, 23-24). Über 2.000 Veranstaltungen von Kirchengemeinden, Friedensinitiativen, Menschenrechts- und Aktionsgruppen wurden in den zehn Tagen der diesjährigen Ökumenischen FriedensDekade vom 7.-17. November durchgeführt. In allen Bundesländern in Deutschland fanden Veranstaltungen, Gottesdienste, Diskussions- und Kulturabende, Abendgebete und Gedenkveranstaltungen statt, die sich dem Thema Frieden und Gerechtigkeit zuwenden und auf die Gefahr aufmerksam machen wollen, dass internationales Völkerrecht und auch die allgemeinen Menschenrechte in Gefahr stehen, den (militärischen) Anti-Terrormaßnahmen und den ökonomischen Globalisierungsprozessen untergeordnet zu werden. Der Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF) in Bonn, die neben der Ökumenischen Centrale der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Frankfurt zu den Organisatoren der FriedensDekade zählt, verzeichnete in diesem Jahr 2.200 Materialbestellungen. Die Steigerung im Vergleich zum Vorjahr von über 15% macht deutlich, wie lebendig die Friedensgruppen an der Basis sind und wie groß das Interesse auch in diesem Jahr an der Ökumenischen FriedensDekade war.

Noch im Oktober hatten der katholische Bischof von Fulda, Heinz Josef Algermissen als Präsident von Pax Christi Deutschland, und die Bischöfin der Evangelisch Lutherischen Landeskirche von Hannover, Margot Käßmann, gemeinsam zu einem breiten Mitwirken an der diesjährigen FriedensDekade aufgerufen. „In einer Zeit, in der weltweit der Einsatz von Gewalt und Krieg zur vermeintlichen Lösung von Konflikten zunimmt, halten wir es für umso wichtiger, sich Zeit zur Besinnung zu nehmen und über friedliche Alternativen zur Lösung von Konflikten nachzudenken“, hatten die Kirchenvertreter in einer Pressemitteilung der FriedensDekade erklärt.

Mit dem Motto „*Wer kriegt was?*“ wird die FriedensDekade 2005 den Finger in die Wunden legen, die der Konsumterror, die fortschreitende Steigerung der Rüstungsausgaben und die zunehmende gesellschaftliche Marginalisierung sozialer Randgruppen in unsere Gesellschaft reißen. „Das altdeutsche Wort ‚kriegen‘ steht mit seiner Mehrdeutigkeit für diese bedauernswerte Entwicklung“, so Jan Gildemeister (AGDF). Mit dem biblischen Bezug zu „Schwerter zu Pflugscharen“ (Micha 4.3) wird ein Rückbezug zu den Wurzeln der FriedensDekade geschlagen: Christen in Ostdeutschland haben dieses Motiv vor über 25 Jahren zum zentralen Bezugspunkt ihrer Friedensarbeit gemacht.

Die Kirchengemeinden in Deutschland haben teilweise eine lange Tradition der Partizipation an der Friedensdekade. Aber gerade auch Gemeinden, die sich bislang nicht beteiligt haben, sind eingeladen zu überlegen, inwieweit die thematische Ausrichtung der FriedensDekade in diesem Jahr zu ihrer Arbeit passt. Gerade 2005 wäre es sehr naheliegend, einen Bezug zu den verschiedensten Aktivitäten der Lokalen Agenda 21 herzustellen.

Quellen: www.friedensdekade.de

Weitere Informationen: Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen e.V. (ACK) Ludolfusstraße 2-4, 60487 Frankfurt am Main, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF), Blücherstraße 14, 53115 Bonn

Beispiel 4.11.2 Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden

„Konflikte erkennen, gewaltfrei austragen und gewaltfreien Widerstand leisten – einen Boden bereiten für eine Kultur der Gewaltfreiheit.“ Mit diesem Grundgedanken wurde die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden 1984 als friedenspolitische Bildungseinrichtung und Trainingszentrum gegründet. Denn Gewalt und Krieg, Diskriminierung und Unfreiheit erfahren täglich zahllose Menschen. Passiv bleiben oder sich gewaltsam wehren erscheint vielen als einzige Handlungsmöglichkeit. Dem setzt die Werkstatt hoffnungsvolle und konstruktive gewaltfreie Alternativen entgegen.

Die Werkstatt bietet einen Lern-Raum, in dem erfahren werden kann, dass die Welt veränderbar ist – auch ohne Gewalt. Die Werkstatt:

- unterstützt politische Gruppen bei der Vorbereitung und Durchführung gewaltfreier Aktionen und Kampagnen,
- führt Seminare und Trainings in gewaltfreier Konfliktaustragung mit Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Berufsgruppen und Initiativen durch;
- bietet Ausbildungskurse und Qualifizierungen in gewaltfreier Konfliktbearbeitung an.

Die Werkstatt behandelt in dieser Arbeit unter anderen die folgenden Themen:

- Ist Gewaltfreiheit eine erfolgsversprechende Aktionsmethode in politischen Auseinandersetzungen oder ein Lebensprinzip, das auf philosophischen oder ethisch-moralischen Grundlagen beruht? Oder ein gesellschaftlicher Gegenentwurf zu den bestehenden und als Unrecht empfundenen Verhältnissen? In welchen Konflikten wird die gewaltfreie Aktion sinnvoll angewandt?
- Entscheidungsfindung mit Konsens: Konflikte in Gruppen haben oft ihre Ursache darin, dass Entscheidungen getroffen werden, denen nicht alle Beteiligten zu-

stimmen können. Minderheiten werden von der Gruppe überstimmt, Schwächere können ihre Meinung nicht ausreichend darstellen. Mit dem herrschaftsfreien Konsensverfahren kann es auch anders gehen.

- Kampagnen für soziale Bewegungen: In der Tradition von Martin Luther King und Mahatma Gandhi sind Kampagnen als ein Konzept zur politischen Interessendurchsetzung und Artikulation von begrenzten Zielen zu verstehen. Kampagnen sind zeitlich befristet und bestehen aus einer Reihe von aufeinander bezogenen, eskalierend aufgebauten Aktionen im öffentlichen Raum.
- Boykott: Durch ethische Kaufentscheidungen können KonsumentInnen ihren ökologischen, friedenspolitischen und menschenrechtlichen Forderungen Geltung verschaffen. Beispielsweise wurde mit „Kauft keine Früchte aus Südafrika“ die Gleichberechtigung der Schwarzen dort unterstützt. Und allein die Drohung mit einem Boykott half, Daimler-Benz zur Aufgabe der Produktion von Panzermi-
nen zu bewegen.
- Zivile Konfliktbearbeitung - eine Alternative zum Militär: Die Friedensbewegung bietet mit der Zivilen Konfliktbearbeitung ein Gesamtkonzept für eine Politik, die sich nicht auf Militär stützt und Kriege verhindert. Die Dimensionen der ZKB sind vielfältig und beruhen auf einer politischen Konfliktkultur, die mittels vielfältiger Verfahren und Handlungsstrategien Wege eröffnet, die Gewaltspirale zu verlassen und Konflikte auch tatsächlich zu bearbeiten.
- Zivilcourage: Häufig fehlen nicht nur die Worte, sondern auch der Mut, um öffentlich und laut in Diskriminierungs- und Gewaltsituationen eingreifen zu können. Statt wegsehen, draufhauen oder fliehen werden in dem Workshop eine Vielfalt von Handlungsmöglichkeiten zum Umgang mit Gewalt entwickelt. Mit praktischen Übungen, z.B. zur Kommunikation

- werden Eingreifmöglichkeiten ausprobiert und reflektiert.
- Mediation – Vermittlung in Konflikten: Konflikte sind oft so eskaliert oder festgefahren, dass eine konstruktive Konfliktlösung nicht mehr möglich erscheint. Einer hinzutretenden dritten Person kann es jedoch gelingen, die Konfliktparteien aus der Sackgasse herauszuführen und beim Finden einer gemeinsamen Lösung behilflich zu sein.

Quelle: <http://www.wfga.de/>

Weitere Informationen: Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, c/o R. Wanie, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg; c/o C. Besemer, Vauban-Allee 20, 79100 Freiburg

4.12. Kirche als Initiator, Partner oder Mediator der lokalen Agenda 21 insgesamt

Aus dem „Wittenberger Memorandum“:

Den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, der seit 1983 viele Impulse u.a. zur Bürgerbewegung in der DDR geleistet hat, und die Agenda 21 verbindet eine gemeinsame Vision: eine umwelt- und sozialverträgliche Welt, in der weder der Süden gegen den Norden, noch künftige gegen heute lebende Generationen ausgespielt werden. Mittlerweile haben in Deutschland rund 2.400 Kommunen Beschlüsse zur Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler und regionaler Ebene gefasst. Die lokalen Agenda 21-Prozesse sind Möglichkeiten vor Ort, nachhaltige Entwicklungen anzustoßen. Auch hier sind Verantwortliche aus den christlichen Gemeinden engagiert beteiligt.

Lokale Agenda 21 im kirchlichen Kontext heißt: Gemeinsam mit der kommunalen Verwaltung, kommunalen Parlamenten, Gruppen, Verbänden, Initiativen und Vertretern der Wirtschaft „der Stadt Bestes“ zu suchen und als „Christenge-

meinde“ an der zukunftsfähigen Gestaltung der „Bürgergemeinde“ mitzuwirken. Kirchen bringen häufig vor allem Impulse aus dem sozialen und dem Eine-Welt-Bereich in diese Prozesse ein. Die Lokale Agenda 21 bietet für Kirchengemeinden auch Chancen für die Gemeindeentwicklung.

Wie sieht kirchliches „Agenda 21-Engagement“ konkret aus? Vier Bereiche sind von besonderer Bedeutung:

In Arbeitskreisen und Foren der Lokalen Agenda mitarbeiten:

Zentrale kirchliche Arbeitsbereiche sind häufig deckungsgleich oder haben zumindest große Schnittmengen mit den Kernbereichen der Lokalen Agenda 21. Beispielhaft ist hier an die Eine-Welt-Arbeit und die Arbeit mit Asylsuchenden und Migranten von Kirchengemeinden zu erinnern, an das kirchliche Engagement für fairen Handel und an ökumenische Partnerschaften. Ebenso verhält es sich mit dem kirchlichen Engagement für sozial Benachteiligte, der Arbeit mit Arbeitslosen oder der kirchlichen Umweltarbeit. In diesen Bereichen besitzen Kirchen Kompetenzen, langjährige Erfahrung und Kontakte, die als Bereicherung und Vertiefung in den Agendaprozess eingebracht werden können.

Agenda initiieren und moderieren:

Parteilosophisch neutral, vor Ort präsent, in ihrem Engagement für eine menschengerechte Zukunft akzeptiert, sind Kirchengemeinden und kirchliche Gruppen ideale Initiatoren und Moderatoren von Lokalen Agendaprozessen. Kirchliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen besitzen oft die nötige Methodenkompetenz, Agenda-Arbeitskreise und Foren zu moderieren oder innovative Planungs- und Erarbeitungsprozesse (z.B. Zukunftswerkstätten, Zukunftskonferenzen, Open-Space-Veranstaltungen) zu begleiten. Vielfach bieten Gemeindehäuser und kirchliche Tagungszentren beste Voraussetzungen für die Durchführung von Arbeitskreisen und Agendaforen.

- Die Beteiligung der Öffentlichkeit stärken
In einigen Städten spricht die Lokale

Agenda 21 hauptsächlich Eliten sowie Vertreter und Vertreterinnen von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden an. Kirchliche Initiativen setzen sich dafür ein, dass Bevölkerungsgruppen mit schwächerer Lobby ihre Interessen und Vorstellungen in die lokale Agenda einbringen können. Im Lokalen Agendaprozess muss mit ihnen (und nicht über sie!) gesprochen werden. Zu nennen sind hier besonders Jugendliche, Kinder, Migranten, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger. Sie brauchen einen starken Partner. Das kann unter anderen eine Kirchengemeinde oder kirchliche Gruppe sein.

Konstruktiv-kritisch die Agenda begleiten:

Die Praxis zeigt: Agendaprozesse stehen häufig in der Gefahr, Akzeptanzbeschaffung für die herrschende Kommunalpolitik zu sein. Bürgerbeteiligung wird schnell – wenn keine echte Mitsprache und Mitplanung möglich ist – zur „Bürgerbeschäftigung“. Eine produktive Vernetzung unterschiedlichster Interessen unter dem Dach einer nachhaltigen Entwicklung kann so nicht gelingen. In einer solchen Situation sollte sich die Kirche nicht scheuen, deutliche Kritik zu üben und eine beteiligungs- und ergebnisorientierte Weiterentwicklung des Agendaprozesses einzufordern. Die Lokale Agenda setzt dort an, wo Umweltbelastungen und soziale Probleme offen zu Tage treten. Sie braucht Menschen, die bei Problemen nicht länger wegsehen und ihre Ideen, Wünsche, Fähigkeiten in die Gestaltung einer lebenswerten, zukunftsfähigen Kommune einbringen. Es geht darum, neue Formen der Demokratie und Partizipation zu entwickeln.

Zukunft braucht auch die Einübung in eine zukunftsfähige Lebensweise. Diese ist unter anderem gekennzeichnet durch eine Bewegung vom „viel Haben“ zum „gut Leben“, von der Konkurrenz zur Solidarität und von materiellen zu spirituellen Werten.

Zur Beteiligung der Kirchen gehört auch, dass diese von ihren besonderen Erfahrungen in der Ökumene und Partnerschaft die Frage nach der weltweiten Gerechtigkeit offensiv in die Agenda 21 einbringen. Von ihrem Glauben an die Zusa-

ge des Evangeliums können sie mit langem Atem und Gelassenheit zu immer neuem Engagement in der Agenda ermutigen. Die Agenda-Bewegung ist eine große Herausforderung für das kirchliche Handeln, geht es doch darum, mit kleinen Schritten, der Vision von weltweiter Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung vor Ort näher zu kommen.

Beispiel 4.12.1: Agenda-Netz Unterfranken

Schon 1999 ist in Unterfranken das „Agenda-Netz“ geknüpft worden – unter maßgeblicher Beteiligung der Diözese Würzburg. Das Netz soll einen verbesserten Austausch, Zusammenarbeit, Vernetzung der Agenda-Aktiven und die Entstehung von Synergie-Effekten hervorrufen.

Am Agenda-Netz Unterfranken sind drei Gruppen von Akteuren beteiligt:

- Das Agenda-Team wurde begründet von der Katholischen Akademie Domschule Würzburg, der Kreisgruppe Würzburg des BUND Naturschutz, dem Förderkreis Umweltschutz in Unterfranken (FUU e.V.), dem Martin-Ehrenfried-Haus Würzburg sowie der Arbeitsstelle des Umweltbeauftragten der Diözese Würzburg.

Das Agenda-Team organisiert Treffen zum Erfahrungsaustausch, vor allem aber ist über die Homepage des Bistums Würzburg eine Liste mit Agenda-Projekten aus Unterfranken nach thematischen Gruppen zusammengestellt worden, die fortlaufend aktualisiert und erweitert werden soll.

- Die Agenda 21-Beauftragten der Landkreise und kreisfreien Städte in Unterfranken bilden den Arbeitskreis „Lokale Agenda 21 Unterfranken“. Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt dieses Arbeitskreises war der Austausch zu Projekten im Bereich der Wirtschaft.

Die Landkreise Würzburg und Main-Spessart haben Umweltmanagementsysteme im eigenen Haus installiert. Aber auch kirchliche Einrichtungen der Region haben sich am kirchlichen Umweltmanagementprojekt beteiligt. Die Stadt Würzburg führte in Kooperation mit der Handwerkskammer für Unterfranken ein Projekt „Qualitätsverbund Umweltbewusster Handwerksbetriebe“ durch. Auch der Bereich Regionalvermarktung ist in Unterfranken ein wichtiges Agendathema. In diesem Zusammenhang ist der Verein „Pro Regio Würzburg“ gegründet worden.

Ein Beispiel für die Verknüpfung von wirtschaftlichen und sozialen Aspekten ist die Initiative zur Kooperation verschiedener Behindertenwerkstätten im Landkreis Bad Kissingen.

- Der dritte Akteur im Agenda-Netz ist die „Nachhaltigkeitsgruppe“ bei der Regierung von Unterfranken, die sich gebildet hat, um das Thema auf Regierungsbezirksebene verstärkt im Bewusstsein von Behörden und gesellschaftlichen Gruppen zu verankern, Projekte anzustoßen und Umsetzungsmaßnahmen zu unterstützen. Der Arbeitsgruppe gehört je ein Vertreter aus allen acht Abteilungen der Regierung an.

Die kirchlichen Akteure bildeten von Anbeginn ein wesentliches Element des Agenda-Netzes. Durch die Kooperation im Netz ist es möglich, Anregungen in die kirchlichen Einrichtungen zu vermitteln wie auch den spezifischen Zugang zum Thema „Nachhaltigkeit“ der Kirchen in das Agenda-Netz einzubringen.

Quelle: Edmund Gumpert, Umweltbeauftragter der Diözese Würzburg, Postfach 110362, 97032 Würzburg

Weitere Informationen: http://www.bistum-wuerzburg.de/bwo/opencms/information/umwelt/agenda_21/index.html

http://www.bayern.de/lfu/komma21/zeitung/index_zeitung.php?1_next_page=2

Beispiel 4.12.2: Nordelbische Kirche: Agenda 21 für Kirchengemeinden

„Nach uns die Sintflut? Nein. Wir wollen eine Welt, die für unsere Kinder und Enkel noch lebens- und liebenswert ist. Das politische Konzept, das sich darum kümmert, heißt Agenda 21. Gemeint ist die Handlungsanweisung für ein nachhaltiges Leben, die 1992 von den Regierungen beschlossen wurde. Nachhaltigkeit beinhaltet ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte. Aber was verbirgt sich genau dahinter? Was hat dieser abstrakte Begriff mit dem Evangelium, mit einer christlichen Lebensgestaltung, mit kirchlichen Einrichtungen in Nordelbien zu tun?“ Mit diesen Worten beginnt ein Internet-Angebot der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche zum Thema Lokale Agenda 21 und verschiedenen „Einstiegsmöglichkeiten“ für Kirchengemeinden und kirchliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Von grundlegenden Informationen bis zu spezielleren Themen wie umweltfreundliche Verkehrsmittel, regenerative Energien und Ökologisches Bauen, Einkaufen, Textilien und anderes mehr wurden hier viele Informationen zusammengetragen. Die Initiatoren legen hohen Wert auf praktische Tipps, wie man Wasser oder Energie sparen kann, Adressen für fair gehandelte Produkte und Handwerksbetriebe, die ohne Tropenholz bauen. So soll gezeigt werden, dass Konsum nachhaltiger sein kann und jede® täglich viele Möglichkeiten hat, etwas zum Erreichen der Zeile der Agenda 21 beizutragen. Zudem wird zu jedem Thema ein „gutes Beispiel“ vorgestellt – Mitglieder der Nordelbischen Kirche, die den Gedanken der Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21 bereits im Alltag umsetzen: Sie berücksichtigen bei ihrer Arbeit soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte und tragen die Ideen der Agenda 21 in die Welt.

Zu den Beispielen gehört der Weltladen im Kirchturm der Heikendorfer Gemeinde ebenso wie das Umwelt- und Energiemanagement in den Kirchenkreisen Schleswig und Angeln. Beim Thema Mobilität werden zwei kirchliche Mitarbeiter vorgestellt, die ihr Auto abgeschafft haben und dafür viele Strecken mit einem High-tech

Faltfahrrad unterwegs sind. Beim Thema Textilien wird das Tagungshaus des Kirchenkreises Stormarn vorgestellt, das unter anderem besondere Bettwäsche aus Naturtextilien – Baumwolle aus kontrolliert ökologischem Anbau – angeschafft hat. Der Ausschuss für kirchliche Weltdienste der Nordelbischen Kirche (AKWD) hat einen Teil der Rücklagen seiner Rücklagen bei Oikocredit angelegt.

Besondere Beachtung verdient das „Haus der Kirche“ im Hamburger Stadtteil Niendorf, das als „Ökohaus“ konstruiert ist. Die Fläche von 1.200 Quadratmetern bietet verschiedenen kirchlichen Gruppen Platz: Jugendpfarramt, Diakonisches Werk, Weltladen, Seminargruppen für Familienbildungs- und Erwachsenenarbeit. Zudem hat die non-profit Einrichtung OIKO-Kredit hier ihre Geschäftsstelle. Die Dämmung der Wände und des Daches erfolgte mit Blähton. Fenster wurden aus einheimischen Hölzern getischlert. Der Boden ist mit Holzparkett belegt, das nur geölt und nicht mit Lacken versiegelt ist. Der Wandanstrich in den Räumen besteht aus mineralischen Farben, die keine giftigen Lösungsmittel enthalten. Als 1995 die Räume bezogen wurden, waren Raumluft und Atmosphäre vom ersten Tag an angenehm, weil keine schädlichen Emissionen auftraten. Es gab kein Neubaussyndrom.

Das Grasdach sorgt dafür, dass ein Teil der versiegelten Fläche wieder für Pflanzen und Tiere zur Verfügung steht. Ein weiteres Ökokriterium des Hauses ist die Regenwasser-Rückgewinnung. Das Wasser wird von den Dächern gesammelt und in einem unterirdischen 10.000 Liter-Tank gesammelt, um es von dort den Toilettenspülungen zuzuleiten. So verbrauchen die WCs kein kostbares Trinkwasser. Auch der Garten und die Blumenbeete werden mit dem ungechlorten, natürlichen Regenwasser versorgt.

Quelle/Weitere Informationen: <http://kednordelbien.de/fix/ked-stat2004/agenda21.html>

Beispiel 4.12.3: Lindenfels: Kooperation Kirche – Lokale Agenda

In Lindenfeld ist eine befruchtende Kooperation zwischen Kirche und Lokaler Agenda 21 entstanden.

Die Lokale Agenda 21 in Lindenfels nahm mit den örtlichen Kirchengemeinden Verbindung auf, als sie das Thema „Wasser“ zum Schwerpunkt ihrer Arbeit gewählt hatte. Die Trinkwasserversorgung der Haushalte erfolgt durch ein eigenes und dezentrales Netz von Quellen. Träger der Wasserversorgung ist die Kommune. Um einwandfreies Trinkwasser zu gewährleisten, gibt es praktische und gesetzliche Auflagen, welche die landwirtschaftliche Nutzung von Flächen einschränken, die in den Quellgebieten der Zonen I bis III liegen. Das führte und führt zu sozialen Spannungen zwischen den Landwirten und den übrigen Bürgern, wenn das Trinkwasser abgekocht werden musste. Nach einer Ortsbegehung der Quellgebiete in Kolmbach, Winkel und Winterkasten mit Fachleuten und mehreren Bürgerversammlungen wird jetzt der Versuch unternommen, mit den Landwirten und der Kommune zu Kooperationsverträgen zu kommen. Inzwischen gibt es mit einzelnen Bauern Kooperationsverträge. Weil aus der Grundwasserabgabe seitens des Landes Hessen keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden, wurde von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, mit anderen Odenwälder Gemeinden eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung der Kooperation abzuschließen. Diese Vereinbarung der Kommunen trägt einerseits zur Sicherung des sozialen Friedens zwischen sonst benachteiligten Landwirten und geschädigten Trinkwasserentnehmern bei. Andererseits gewährleistet sie das Fortbestehen einer autonomen und dezentralen Versorgung mit Trinkwasser, ohne dass Trinkwasser zugekauft werden muss, wie angedroht wurde. So ist die Bürgerquelle ein Beispiel für soziale Diakonie in nicht religiöser Gestalt geworden.

Zur nachhaltigen Sicherung und Verbesserung der eigenen städtischen Trinkwasserversorgung aus den vielen Odenwaldquellen ist auch eine breite öffentliche Bildungs- und Kulturarbeit nötig. Neues Bewusstsein zu schaffen und altes

Wissen über das Wasser zu aktivieren – dies konnte der gemeinsame Nenner der Zusammenarbeit von Kirche und Agenda 21 werden, denn die Bibel erwähnt Wasser unzählige Male: als Element und im übertragenen Sinne. Noch das letzte Kapitel der Bibel verweist in der Offenbarung des Johannes auf das Angebot des Heils: „Wen dürstet, der komme und nehme das Wasser des Lebens umsonst.“

Die evangelische und die katholische Kirchengemeinde der Stadt Lindenfels waren zur Zusammenarbeit bereit. Sie wählten für ihre ökumenischen Passionsgespräche biblische Erzählungen über den „Segen“, aber auch den „Fluch“ des Wassers als Folge menschlicher Uneinsichtigkeit.

Der Konfirmandenunterricht bot einen weiteren Anknüpfungspunkt zu einer Kooperation zwischen Kirche und Lokaler Agenda 21. Die Jugendlichen der Konfirmandengruppe untersuchten den Schlierbach. Sie wurden dabei angeleitet von den beiden Umweltbeauftragten der Stadt. Ohne Chemie bestimmten die Konfirmandinnen und Konfirmanden die Wasserqualität des Schlierbachs; sie benutzten dabei eine Tafel, die ihnen anhand des Vorkommens von Tieren, Pflanzen und der Wasserfarbe erlaubte, die Wassergüte festzustellen.

Die Mitglieder der Gruppe bekamen die Hausaufgabe, diese Untersuchungen auch bei den Bächen in dem ländlichen Kirchspiel Schlierbach durchzuführen. Über die Ergebnisse berichteten sie in der nächsten Konfirmandenstunde, auch über die Folgen von Verschmutzungen. Auch der Moderator der Lokalen Agenda in Lindenfeld hat an der Arbeit mit den Konfirmandinnen und Konfirmanden teilgenommen.

Quellen:

www.lindenfels.de/sites/stadt/agenda21/ag21_konzept.pdf;

www.rkw-hessen.de/doc/fileadmin/user_upload/Agenda21/Newsletter/RKWHesseninformiert2003-14.pdf

Weitere Informationen: Prof.Dr. Bernhard Suin de Boutemard, Kappstr. 29, 64678 Lindenfels

Beispiel 4.12.4: Aktion Pro Schöpfung - Lokale Agenda 21 der Kirchengemeinde St. Marien Osnabrück-Lüstringen

Die Broschüre „Aktion Pro Schöpfung“, herausgegeben vom Bistum Osnabrück, ist ein Werkbuch zur Initiative des Bistums Osnabrück zur Agenda 21.

Zunächst einmal wird ganz allgemein über Kirchengemeinden im Prozess der Lokalen Agenda 21 berichtet: wie sie etwa durch umweltgerechte und naturschonende Landbewirtschaftung der kircheneigenen Grundstücke oder durch die Beachtung ökologischer Kriterien bei kirchlichen Bauten Impulse setzen können, oder wie die Kirchengemeinden einfach durch geistig-spirituelle Orientierung das Engagement der Menschen fördern können. Um ein Beispiel aufzuzeigen, wird das Bistum Osnabrück und der dortige Agenda-21-Prozess vorgestellt.

Ein großer Teil der Broschüre widmet sich dem Thema „Handlungsfelder für Pfarrgemeinden, Verbände und Einrichtungen“, indem konkrete Tipps vermittelt werden, wie unter christlichen Aspekten nachhaltiger gehandelt werden kann: angefangen beim Kauf von Lebensmitteln, die man möglichst bei lokalen Erzeugern erwerben sollte, über den Energieverbrauch, zu dem eine Checkliste abgedruckt ist, bis hin zum Umweltschutz. Hier wird auch der Blumenschmuck in den Kirchen angesprochen, der häufig aus Übersee stammt. Stattdessen wird unter anderem empfohlen, mehr auf Blumen zurückzugreifen, die in der heimischen Region produziert wurden. Die Eine-Welt-Arbeit, die die Kirchengemeinden durch Kontakte zu anderen Menschen in anderen Ländern oder durch das Engagement für interkulturelles Lernen unterstützen können, wird ebenso behandelt wie Fragen sozial gerechter Entwicklung, bezogen auf internationale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung wie auch auf die Situation von Frauen und Jugendlichen. Ein Beispiel für die Praxis ist das Projekt der Katholischen Landjugendbewegung Niedersachsen (KLJB), das die Begriffe Nachhaltigkeit und Agenda 21 in der Bevölkerung und vor allem auch unter den Jugendlichen verankern und Agenda-21-Prozesse unterstützen will. Weitere Ziele des Projektes sind die Regionalvermark-

tung von Lebensmitteln und die Durchsetzung eines sanften Tourismus.

Unter der Überschrift „Erziehung zur Nachhaltigkeit“ findet man zwei Berichte, die dazu aufrufen, die Natur in ihrer ganzen Schönheit wieder mehr wahrzunehmen und zu bestaunen. Es folgen praktische Tipps, dieser Aufforderung durch umweltbewusste Ernährung, Vermittlung positiver Naturerfahrungen, schließlich auch durch die Verbreitung und Diskussion der kirchlichen Texte zur Schöpfungsverantwortung nachzukommen.

Für interessierte Kirchengemeinden ist unter der Fragestellung „Wie anfangen?“ ein 10-Schritte-Plan zur Durchführung von Projekten, dazu ein Beispiel einer Pfarrgemeinde und zahlreiche Spruchweisheiten, Gedichte und Zitate, die man zum Einstieg gebrauchen kann, abgedruckt.

Am Ende des Heftes findet man zahlreiche Literaturtipps und wichtige Adressen zum Thema Lokale Agenda 21 und Kirche.

Die Lokale Agenda 21 der Kirchengemeinde St. Marien Osnabrück-Lüstringen ist ein beeindruckendes Beispiel für die Umsetzung der Agenda-Arbeit in einer Kirchengemeinde. In einer Liste der Aktivitäten werden über 50 einzelne Punkte festgehalten, die sich auf die Gesamtheit der Agenda-Arbeit beziehen und die in der Kirchengemeinde angegangen wurden.

Quellen: Bistum Osnabrück, Bischöfliches Generalvikariat und Katholikenrat, Aktion Pro Schöpfung, Osnabrück o.J.;

Zur Kirchengemeinde St. Marien Osnabrück-Lüstringen:

<http://members.aol.com/StMarien/agenda21.htm>

Weitere Informationen: Bernward Rusche, Umweltbeauftragter des Bistums Osnabrück, Domhof 12, 49074 Osnabrück

5. Weitere Hinweise: Literatur

Im Bereich der evangelischen Kirchen gibt es drei Zeitschriften, die regelmäßig über Umweltfragen und Themen der lokalen Agenda 21 informieren:

- Forum – Kirchliches Umweltmagazin, hrsg. von der Ev. Kirche im Rheinland, der Ev. Kirche von Westfalen und der Lippischen Landeskirche
- Mitwelt – Umweltinformationen, hrsg. vom Referat für Umweltfragen der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, in Kooperation mit den Umweltbeauftragten der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck
- Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde, hrsg. vom Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg

Folgende Literatur kann als Hintergrund und Arbeitsmaterial zur kirchlichen Arbeit im Bereich Umwelt und Lokale Agenda 21 genommen werden:

- Wittenberger Memorandum: Nachhaltigkeit als Aufgabe der Kirchen – epd-Dokumentation Nr. 30 vom 22.7.2002
- Hennig, Rainer (Hrsg.) (1995): Einfach – sieben Bibeltage zum Lebensstil. München: Konferenz der Umweltbeauftragten der Ev.-Luth. Kirche in Bayern
- Arbeitsgemeinschaft für Ev. Erwachsenenbildung in Bayern (Hrsg.) (1999): Agenda 21 und Kirche. München: Verlag Ökologie und Pädagogik
- Vogt, Markus/Sellmann, Matthias (1999): Handeln für die Zukunft der Schöpfung – Bausteine für die kirchliche Bildungsarbeit. Hamm: Hoheneck-Verlag
- Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Baden-Württemberg (Hrsg.) (2000): Lokale Agenda 21 – Eine Einladung auch an die Kirchen (Faltblatt). Stuttgart: ACK; ders. (Hrsg.) (2002): Schöpfungsleitlinien – Kirchen für nachhaltige Entwicklung (Faltblatt). Stuttgart: ACK
- Evangelische Kirche im Rheinland (Hrsg.) (2000): Lokale Agenda 21 – Kirchliche Betei-

ligung. Auftrag und Chance für Gemeinden. Düsseldorf: Selbstverlag

- Schroedter, Elisabeth (Hrsg.) (2003): Der Agenda auf die Sprünge geholfen. Brüssel: Fraktion Die Grünen

Vor sieben Jahren hatte die FEST 120 Projekte dokumentiert, die im Rahmen von Agenda-Prozessen verwirklicht werden konnten:

- Teichert, Volker/Diefenbacher, Hans et al. (1998): Lokale Agenda 21 in der Praxis. Heidelberg: FEST

Neuere Sammlungen von Projektbeschreibungen und -ideen finden sich in:

- Vogt, Markus (1999): Der Zukunft Heimat geben – Pfarrgemeinden im Agenda-21-Prozess. Benediktbeuern: Clearingstelle Kirche und Umwelt
- Württembergische Evangelische Landessynode (Hrsg.) (2000): Gottes Schöpfung feiern. Stuttgart: Evangelisches Medienhaus
- Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (Hrsg.) (2004): Mit Energie in die Zukunft – Aktionsbausteine zur Kampagne. Iserlohn: Selbstverlag

Zum Themenbereich Bauen und rationelle Energieverwendung sind viele Publikationen erschienen – auch von Projektbeschreibungen, die aus Platzgründen in diese Broschüre nicht aufgenommen werden konnten. Genannt werden sollen hier explizit:

- Beauftragter für Umweltfragen der Ev.-Luth. Kirche in Bayern (Hrsg.) (2003): Kirchliche Baufibel. München: Selbstverlag
- Centrales Agrar-Rohstoff-Marketing- und Entwicklungsnetzwerk (Hrsg.) (2003): Biomasseheizanlage Kloster Plankstetten. Straubing: Selbstverlag

Im internationalen Bereich hat das European Christian Environmental Network (ECEN) eine Dokumentation seiner Arbeit auch in deutscher Sprache vorgelegt:

- Europäisches Christliches Umweltnetz (Hrsg.) (2004): Die ersten fünf Jahre, 1998 – 2003; eine Dokumentation. Bruxelles: ECEN.